



DYNAMIKEN DER JUNGLES

Calais und
das europäisch-britische Grenzregime

**Dynamiken der Jungles
Calais und das europäisch-britische
Grenzregime**

Thomas Müller
Uwe Schlüper

Herausgeber

bordermonitoring.eu e.V.

Westendstr. 19

80339 München

www.bordermonitoring.eu

office@bordermonitoring.eu

Autoren: Thomas Müller, Uwe Schlüper

V.i.S.d.P.: Bernd Kasperek

Satz, Layout: Bernd Kasperek

Titelbild: Äthopisch-orthodoxe Kirche im New Jungle (Th. Müller, Okt. 2017)

Lizenz: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International

Band 03 der Edition *bordermonitoring.eu*.

1. Auflage, Juli 2018, München.

Druck: druckwerk Druckerei GmbH, München

Auflage: 500 Stück

Preis: 9,00 EUR

ISBN: 978-3-947870-00-4

Bestellung: bestellung@bordermonitoring.eu

Inhaltsverzeichnis

Der öffentliche Jungle	5
In der Grenzfall	13
Calais	13
Die expandierende Grenze	17
Grenzpassagen und Grenztote	31
Dynamiken der Jungles. Die Entwicklung bis 2014	43
Sangatte	43
Heraustreten aus der Klandestinität	48
Der Archipel	61
Der New Jungle (2015/16)	65
Raumzuweisung und Raumzonierung	65
Demographie und Lebensverhältnisse	74
Faktische Extraterritorialität und informelle Urbanisierung	84
Die Räumung	98
Exkurs: Grande-Synthe	102
Eine neue Phase (ab Ende 2016)	109
Verbringung in die CAO	109
Rückkehr nach Calais	117
Der sublimen Jungle	131
Sandhurst	134
Perspektiven	139
Literatur	145
Autoren	157

Der öffentliche Jungle

Das Schlagwort „Dschungel von Calais“ steht seit etwa zehn Jahren für das Phänomen informeller Camps von Migrant_innen *on the move*, die auf ihrem Weg nach Großbritannien an der Küste des Ärmelkanals stranden und eine Gelegenheit abwarten, die letzte Etappe ihrer Migration zu realisieren. Dieser Begriff, den wir in einer abweichenden Weise (nämlich nicht eingedeutscht, ohne Anführungszeichen und zuweilen im Plural) verwenden, weckt im europäischen Kontext eine Vorstellung des Fremden, Exotischen, Undurchdringlichen, Chaotischen, Bedrohlichen, Abenteuerlichen oder Romantischen. Darin mag der koloniale Blick auf die Welt ebenso nachklingen wie zivilisationskritische Diskurse der Moderne. Sehr viel konkreter aber waren die Camps Projektionsflächen migrationspolitischer Diskurse, Debatten, Mobilisierungen und Konflikte. Calais wurde zu einem Symbolort, an dem die Probleme einer ‚illegalen‘ Migration und ein ‚Kontrollverlust‘ des Staates geradezu physisch greifbar seien, an dem sich die Krise der europäischen Migrationspolitik (und die Krise der europäischen Integration selbst) zuspitze und der nicht zuletzt die Erosion der Demokratie verstärkte, indem er der extremen Rechten Wähler_innen zutriebe (vgl. exemplarisch: Fourquet/Manternach 2017). Dieses öffentliche Bild verkürzte das Phänomen der Jungles von Calais auf ein griffiges Narrativ, das sich leicht in europäische Diskurse über Migration, Identität, Sicherheit und Grenzschutz einfügte. Als eines der Camps schließlich zu einer Zelt- und Hüttenstadt mit zeitweise mehr als 10.000 Menschen anwuchs, das aufgrund seiner elenden Lebensumstände mehr und mehr als ‚humanitäres Krisengebiet‘ inmitten der EU wahrgenommen wurde, lag es nahe, die dann folgende Räumung im Herbst 2016 als einzig mögliche Antwort zu begreifen. Das Problem schien vordergründig gelöst und ist aus dem medialen Fokus zumindest in Deutschland weitgehend verschwunden.

Der öffentliche Jungle

Der vorliegende Text wird zeigen, dass die Entwicklung keineswegs ein Ende erreicht hat. Wir verstehen das enorme Wachstum und die anschließende Zerstörung des Jungle vielmehr als Phase einer drei Jahrzehnte umfassenden und nach wie vor offenen Entwicklung, deren Grundzüge und Dynamiken wir beschreiben werden. Sie lässt sich als Herausbildung eines spezifischen innereuropäischen Migrationsraums und Grenzregimes zwischen den britischen Inseln und dem Festland verstehen, die einsetzte, nachdem der Bau des Kanaltunnels in den 1980er und 1990er Jahren eine neuartige Verkehrssituation am Ärmelkanal geschaffen hatte. Diese Entwicklung vollzog sich im Windschatten der Militarisierung und Vorverlagerung der Migrationsabwehr an den Außengrenzen der EU und wurde in Deutschland, als sie 2015/16 einen Höhepunkt erreichte, von den viel aufmerksamer verfolgten Ereignissen auf dem Balkan überlagert. Vieles spricht jedoch dafür, dass sich das in Calais heute sichtbare britisch-französische Grenzregime als Nukleus eines britisch-kontinentalen Grenzregimes nicht nur für den Ärmelkanal, sondern auch für den Nordseeraum und den Golf von Biskaya erweisen könnte. In diesem Sinne begegnet uns Calais als Kulminationspunkt einer sehr viel radikaleren Transformation der Grenze, als es zunächst scheint.

Beginnen wir mit dem Begriff „Dschungel“, an dessen Stelle wir die vor Ort geläufige französische und englische Bezeichnung *Jungle* verwenden. Sie ist sehr wahrscheinlich eine Anglizifizierung des paschtunischen Worts *Dzhangal*, das seit Mitte der 2000er Jahre für ein Industriegebiet am Rand von Calais benutzt wurde, in dem sich die meisten Camps befanden, da es einen günstigen Ausgangspunkt für Migrationsversuche bot und über besiedelbare Brachflächen und Gebüsche verfügte. Außerdem gab es dort einen kleinen Wald namens Dubrulle, in dem vor allem paschtunische Afghan_innen siedelten. *Dzhangal* bedeutet *Wald* und bezeichnet damit den Charakter dieses Siedlungsplatzes. *Jungle* kann damit sowohl als Toponym (Ortsname), als auch als Bezeichnung für einen bestimmten Typus von Siedlungsplätzen verstanden werden, die durch Namenszusätze wie *Pashtun Jungle*, *Hazara Jungle*, *Kurdish Jungle* oder (in Anlehnung an eine Fabrik) *Tioxide Jungle* voneinander unterschieden wurden. Auch Camps in anderen Grenzgebieten,

etwa auf dem Balkan, werden zuweilen als Jungles bezeichnet. Varianten des Paschtu-Wortes *Dzhangal* existieren zudem in Persisch, Arabisch, Hindi, Französisch, Englisch, Deutsch und einigen anderen Sprachen. *Jungle* ist damit ein ausgesprochen polyglotter Begriff, der sowohl innerhalb, als auch außerhalb der Camps funktionieren kann. Allerdings divergieren die normativen, symbolischen und politischen Konnotationen erheblich und können auch gegen die Jungles zugespitzt sein, so etwa in Berichten der Boulevardpresse, in den Überfremdungsszenarien der extremen Rechten und der Aufforderung der französischen Polizei: „Geht doch in euren Jungle!“ (zit. n. Mörsch 2016: 209).

Es ist für das Verständnis der Jungles von Calais elementar, sich ihre Transformation zu einem eminent *öffentlichen Ort* bewusst zu machen. Waren die Vorläufer der Jungles versteckte Camps, die öffentlich kaum wahrgenommen wurden, so gerieten sie in den späten 2000er Jahren in den Fokus der französischen und britischen, später auch der internationalen Öffentlichkeit. Gleichzeitig durchliefen sie eine rasante Entwicklung, indem sie immer sichtbarer in den öffentlichen Raum der Stadt vordrangen, ein quantitatives und qualitatives Wachstum erlebten und einen multiethnischen Charakter annahmen, bevor es 2015 durch eine staatliche Intervention zur Konzentration der Migrant_innen auf einem einzigen großen Siedlungsplatz, dem New Jungle, kam. Dieser lag neben der Autobahn A 216 (auch *Rocade Est* genannt) zum Fährhafen von Calais und war von der Fahrbahn aus unmittelbar einsehbar. Der Autobahnzubringer gehört als Teil der Europastraße 40 zu den am stärksten frequentierten Fernstraßen Europas. Wer also 2015/16 mit einer Fähre zwischen Calais und Dover übersetzte, sah den New Jungle unweigerlich.

Die Öffentlichkeit dieses Jungle resultierte nicht nur aus seiner exponierten Lage und der medialen Aufmerksamkeit. Sie ergab sich auch aus der Anwesenheit zahlreicher zivilgesellschaftlicher Gruppen und Initiativen, die sich aus einer karitativen, humanitären, politischen, subkulturellen, intellektuellen oder künstlerischen Motivation im Jungle engagierten und beispielsweise die materielle Grundversorgung gewährleisteten, informelle

Der öffentliche Jungle

Institutionen gründeten oder Projekte durchführten. Dies bedeutete, dass kontinuierlich eine große Zahl europäischer Freiwilliger im Jungle anwesend war, seine Entwicklung mitgestaltete und in die europäische Zivilgesellschaft vermittelte. Dies geschah weitgehend unabhängig von medial-diskursiven Filtern und politisch-administrativen Kontrollen. So entstand ein multipler diskursiver Raum mit eigenen medialen Kanälen – von *social media* über investigative Blogs bis hin zu aufwändigen Architektur-, Dokumentations-, Forschungs-, Musik-, Film-, Theater- und Kunstprojekten. Je mehr der Jungle wuchs, je komplexer seine Infrastrukturen wurden und je stärker sie sich institutionalisierten, umso mehr wurde er (auch) zu einem Ort kritischer Wissensproduktion. Diese Entwicklung war Ausdruck einer Dynamik, die lange zuvor eingesetzt und ihre wesentlichen Prägungen erfahren hatte.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung verwundert es nicht, dass gerade jetzt eine Vielzahl neuer Publikationen französisch- und englischsprachiger Autor_innen erschienen ist oder in Kürze erscheinen wird. An erster Stelle zu nennen ist das Buchprojekt der *Calais writers*, einer Gruppe von 22 migrantischen Autor_innen aus dem New Jungle, mit biographischen Schilderungen und Reflexionen. Ihr Buch geht zurück auf einen Kurs der University of East London über lebensgeschichtliches Schreiben, der in einigen informellen Schulen des New Jungle angeboten worden war (vgl. Møller Hansen 2015). Die maßgebliche wissenschaftliche Analyse wurde während der Drucklegung dieses Berichts von einem gemischten Team aus Wissenschaftler_innen, Beobachter_innen bzw. Aktivist_innen um den Anthropologen Michel Agier veröffentlicht (Agier et al. 2018). Wesentlich sind zudem die Arbeiten der Aktivistin und Migrationsforscherin Natasha King, die langjährige eigene Erfahrungen in Calais und Athen mit einer theoretischen Fundierung der anarchistischen *No borders*-Bewegung verknüpft (King 2016; 2017).

Hinzu kommen eine Sammlung literarischer, künstlerischer und politischer Essays (Lequette/le Vergos 2016), monographische Recherche- und Erfahrungsberichte (Eurin 2010; Sabéran 2012; Mayer 2017; Freyburger/Gerges 2015; Khamis 2016; Djigo 2016), weitere programmatische Schriften politi-

scher Aktivist_innen (Non 2015; Collectif 2017), fiktive Erzählungen mit dem Anspruch einer realitätsnahen Schilderung (Popoola/Holmes 2016; Puri 2017), Theaterstücke (Boutinova 2015; Waters 2017), Fotobände (Wildschut 2017; Mendel 2017; Oeschger 2017), Comicbände von *Le Monde* und *Charlie Hebdo* (Mandel/Bouagga 2017; Coco-Foolz 2016) und eine *graphic novel* (Evans 2017). Calais ist außerdem Gegenstand akademischer Projekte mehrerer britischer und französischer Universitäten, von denen die Universität Lille zudem ein Programm für Studieninteressierte aus dem New Jungle auflegte (vgl. Calais writers 2017: 238ff). Deutschsprachige Publikationen hingegen sind seltener und beschränken sich bislang auf Essays (AnArchitektur 2002; Mörsch 2016; Müller 2017), Erfahrungsberichte (Non 2015; Khamis 2016) und Vorträge – unter diesen allerdings die Frankfurter Adorno-Vorlesung des Jahres 2016 (Fassin 2017). Dieser Literaturkorpus wird ergänzt durch eine Vielzahl elektronischer Quellen, die in ihrer Gesamtheit ein Archiv der Jungles bilden. Exemplarisch genannt seien der virtuelle *Atlas d'une ville potentielle* sowie planungs- und stadttheoretische Studien der interdisziplinären Gruppe PEROU und der Universität Lille, das Webportal *Calaid-ipedia* mit dem *Calais Archive* aus dem Kontext der zivilgesellschaftlichen Initiativen, der Weblog *Passeurs d'hospitalités* von Philippe Wannesson und nicht zuletzt die Websites der *Calais Migrant Solidarity* und des *Calais Research Network*.¹

¹ Die Gruppe *Pôle d'Exploration des Ressources Urbaines* (PEROU) dokumentiert den New Jungle (2015–16) umfassend und legte u.a. den virtuellen „Atlas einer potenziellen Stadt“ (reinventercalais.org) vor (weitere architektonische Studien z.B.: Hanappe 2016a; Atelier public de paysage 2016a/b; Benoît et al. 2016; Collectif SANS PLUS ATTENDRE 2016; Eczet/Cometti o.J.). Der Weblog *Passeurs d'hospitalités* berichtet seit 2014 (englisch: 2016) vor allem über die politische und rechtliche Dimension der Entwicklung; er zeichnet sich durch eine exzellente Kenntnis der Situation, einen unaufgeregten Stil und einen feinen Humor aus (passeursdhospitalites.wordpress.com). Das Portal *Calaid-ipedia* bietet einen übergreifenden Zugang zu den zivilgesellschaftlichen Institutionen und Freiwilligen-Initiativen sowie wertvolle Text- und Bildarchive, Bibliographien und Linklisten, mit deren Hilfe sich zahlreiche verstreut publizierte Arbeiten erschließen lassen (calaidipedia.co.uk). *Calais Migrant Solidarity* repräsentiert die *No Borders*-Bewegung und ist seit 2009 ein wesentlicher Akteur in Calais (s. Kap. 2, calaismigrantsolidarity.wordpress.com). Das *Calais Research Network* ist ein Projekt von *Passeurs d'hospitalités*, *Calais Migrant Solidarity* und *Corporate Watch*, das sich momentan vor

Wir werden im ersten Kapitel zunächst die grundlegende Veränderung der Grenze und der Migration seit dem Bau des Kanaltunnels skizzieren. In diesen Kontext gehören die zunehmende Kontrolle der grenzübergreifenden Verkehrswege, die Vorverlagerung der britischen Grenzkontrollen auf französisches Territorium, die Verknappung der Migrationsressourcen und die Zunahme von Menschen, die sich, mit Michel Agier gesprochen, in der „Grenzfall“ (Agier 2016: 58ff) wiederfanden. Das zweite Kapitel setzt die Verfestigung der Grenze zur Entwicklung der Jungles in Beziehung. Diese kulminierte bereits 1999 in der Fortschaffung der Transitmigrant_innen aus der Stadt Calais und der Einrichtung eines Lagers in der Nachbargemeinde Sangatte, das, medial skandalisiert, zum Jahresende 2002 wieder geschlossen wurde. Sechs Jahre danach gewann die Entwicklung eine bis dahin unbekannte Dynamik, die mit exponiert gelegenen Camps, einer Folge von Hausbesetzungen und massiven Protesten um 2013/14 einen Höhepunkt erreichte. Als die Behörden abermals mit einer Gettoisierung außerhalb der Stadt reagierten und so den New Jungle schufen, setzte sich die Dynamik der Vorjahre dort in einer Art und Weise fort, die manche Beobachter_innen von der Entstehung einer informellen Stadt (im Sinne von frz. *bidonville*, engl. *shantytown*) sprechen ließ (vgl. Damon 2017; Hanappe 2016b). Wir werden dieses für ‚kerneuropäische‘ Lebensorte von Flüchtlingen ungewöhnliche Phänomen im dritten Kapitel näher untersuchen, bevor wir kurz auf die aufschlussreiche Situation in Grande-Synthe in der Nähe des Nachbarhafens Dunkerque eingehen. Die Entwicklung nach der Räumung und Zerstörung des New Jungle ist Gegenstand des vierten Kapitels. Sie vollzog sich auf verschiedenen Ebenen und an wechselnden Orten in räumlicher Distanz zur Grenze, bevor Calais im Laufe des Jahres 2017 erneut zum Mittelpunkt eines Geschehens wurde, dessen überregionale und langfristige Dimension nun immer deutlicher sichtbar wird. Allerdings: Zu einem *öffentlichen* Ort und Laboratorium, wie oben umrissen, hat sich unter diesen Bedingungen kein weiteres Camp entwickeln können.

allem mit den Interessenhintergründen der politischen und ökonomischen Akteur_innen beschäftigt (calaisresearch.noblogs.org). Alle Abrufe von Internetquellen hier und im Folgenden: 10.11.2017, 12.12.2017, 24.2.2018.

Der vorliegende Text beruht auf Feldforschungen in Calais und Grande-Synthe in den Jahren 2016 bis 2018, Hintergrundgesprächen mit langjährigen Beobachter_innen und einer Auswertung der publizierten v.a. englischsprachigen Quellen. Schwerpunkt der Recherchen, die den Zeitraum bis zum französisch-britischen Vertrag von Sandhurst vom 18. Januar 2018 berücksichtigen, ist das Verständnis der geographischen und historischen Dimensionen sowie der spezifischen Konflikte und Dynamiken in den vergangenen drei Jahrzehnten. Der Begriff *Migrant_innen* wird als übergeordneter Terminus für eine Vielzahl von Menschen verwendet, die sich in Fluchtsituationen befinden oder aus anderen (einschließlich ökonomischen) Gründen *displaced* sind. Er wird losgelöst von rechtlichen und administrativen Kategorien gebraucht und nicht gegen den Begriff *Flüchtling/Geflüchtete_r* ausgespielt.

In der Grenzfalle

Calais

Calais liegt an der mit 34 Kilometern engsten Stelle des Ärmelkanals, in deren Mitte die französisch-britische Staatsgrenze verläuft. Aufgrund dieser exponierten Lage ist die Geschichte der heutigen 76.000-Einwohner-Stadt seit jeher von Mobilität und Migration, aber auch von Konflikt-, Kriegs- und Widerstandserfahrungen und nicht zuletzt von informellen Grenzökonomien (z.B. Schmuggel) geprägt. Mehrere Schichten frühneuzeitlicher und moderner Befestigungen bis hin zu den im Folgenden beschriebenen Grenzanlagen sind sichtbar und überlagern einander. Am deutlichsten zeigt sich die Grenzsituation heute in den Verkehrsinfrastrukturen des Fährhafens und des Kanaltunnels mit etwa 30 Millionen Durchreisenden pro Jahr, von denen im Jahr 2016 etwa 9,1 Millionen auf den Fährhafen und 20,6 Millionen auf den Tunnel entfielen. Das Passagieraufkommen des Tunnels lag im gleichen Jahr etwa so hoch wie das aller grenzübergreifenden Fährverbindungen Großbritanniens zusammen, bei denen wiederum 46 % auf die Linie Calais-Dover entfielen (vgl. Department of Transport 2017: 2, 5).² Den Fährhafen passieren außerdem etwa 6.000 Lastwagen täglich, den Tunnel mehr als 10.000. Der von der örtlichen Handelskammer verwaltete Hafen und der vom Unternehmen *Eurotunnel* betriebene Kanaltunnel stehen in scharfer Konkurrenz zueinander, doch haben beide Anlagen die ohnehin dominante Stellung Calais' im kanalübergreifenden Verkehr noch weiter gefestigt. Auch aus diesem Grund werden Fährhafen und Kanaltunnel von Großbritannien und Frankreich als sicherheitsrelevant

² Gegenüber 2,9 Millionen Passagieren auf der Linie von Dunkerque nach Dover, 1 Million von Caen nach Portsmouth und 0,7 Millionen aus dem Raum Rotterdam nach Harwich.



Großbritannien ist in Calais vielfach präsent: Rathaus mit symbolischen Bezügen zum Big Ben. (Foto: T. Müller, Mai 2016)

betrachtet, sodass beide Staaten über entsprechende Zugriffs- und Kontrollmöglichkeiten verfügen.

Trotz dieser Mobilitätsindustrie befindet sich die Stadt seit Langem in einer Strukturkrise, die durch den Niedergang traditioneller Industrien und Gewerbe ausgelöst wurde und sich 2008 in einer Ablösung der dafür mitverantwortlichen kommunistischen Stadtregierung durch die Rechte fortgesetzt hat. Die Stadt versucht, den Niedergang u.a. durch Maßnahmen zur Stadterneuerung und Tourismusförderung zu kompensieren, doch sind Armut und Leerstand im Stadtbild auch heute noch sichtbar. In diesem Kontext spielt die informelle Migration eine ambivalente Rolle, was beispielsweise in einer doppelten

Taktik der konservativen Bürgermeisterin Natacha Bouchart sichtbar wird. Ihre oft rechtspopulistischen Äußerungen und Maßnahmen richten sich radikal gegen die Migrant_innen und ihre Camps, sind andererseits jedoch so angelegt, dass sie zu landesweiter medialer Aufmerksamkeit führen und als Begründung für die Akquise finanzieller Mittel zugunsten der Stadt dienen können. Oft übersehen wird auch, dass die Transitmigration direkt und indirekt zur lokalen Ökonomie beiträgt und wie ein informelles Konjunkturprogramm wirkt. Realistische Modellrechnungen gehen von einem Volumen von mindestens 100 Millionen EUR jährlich aus, die in der Phase des New Jungle durch Konsum, Beschaffung von Hilfsgütern, Übernachtungen, Sicherheitsmaßnahmen usw. in den regionalen Wirtschaftskreislauf geflossen sei (vgl. Hanappe 2016c). Darüber hinaus wurde beispielsweise die Ansiedlung eines Freizeitparks namens *Heroic Land* mit einem Investitionsvolumen von rund 275 Millionen EUR als Kompensation für vermeintliche Belastungen durch die Migration begründet. Calais dürfte mithin zu den Profiteuren der Situation gehören.

Aufgrund seiner exponierten Lage war und ist Calais der Kreuzungspunkt globaler Migrationsrouten aus dem Mittleren und Nahen Osten und dem subsaharischen östlichen Afrika nach Großbritannien. Um die Jahrtausendwende trafen hier insbesondere Migrant_innen zusammen, die über den Großraum Paris, über die italienisch-französische Grenze, über Süddeutschland oder über Nordrhein-Westfalen hierhin gelangten (vgl. Clochard 2007: 247). Auf diesem Zeithorizont, der vor allem durch das in Kapitel 2.1 umrissene Lager Sangatte geprägt war, setzte eine physische wie administrative Befestigung der Grenze ein, die bis heute anhält. Sie hat weite Teile von Calais und seinen ländlichen Nachbargemeinden Fréthun, Coquelles und Peuplingues (über deren Gebiete sich das Betriebsgelände von *Eurotunnel* und die zugehörigen Anlagen der französischen Bahngesellschaft SNCF erstrecken) in Zaunlandschaften verwandelt, die optisch eher an militärische Anlagen als an zivile Einrichtungen denken lassen. Die an sich bereits gigantischen Anlagen des Fährhafens und des Kanaltunnels mit seinem Betriebsbahnhof Fréthun sind mit Hochsicherheitszäunen und Klingendraht umgeben. Die

Zäune können zu mehrfach gestaffelten Systemen angeordnet und in den Boden verlängert sein, um ein Untergraben zu verhindern. Die Schaffung glacisartiger³ Sichtfelder, die am Kanaltunnel durchgeführte Flutung eines vorgelagerten Geländes und die Schaffung verbotener Zonen⁴ weiten die Kontrolle in das Vorfeld aus. Hinzu kommen technische Hilfsmittel wie biometrische Systeme, CO₂-Sensoren zum Erkennen von Atemluft, Herzschlagdetektoren, Röntgen- und Millimeterwellenscanner, Thermosensoren, Videoüberwachungsanlagen und Drohnen (vgl. Bee 2017). Diese Sicherheitsarchitekturen reichen entlang von Straßen und Eisenbahnen kilometerweit in das Umland hinein. Als eine der jüngsten Ausbaustufen wurden die Hochsicherheitszäune entlang der Zubringerautobahn A 216 zum Fährhafen 2016/17 durch eine vier Meter hohe und einen Meter in den Boden reichende Betonmauer mit aufgesetztem Kletterhindernis erweitert. In einem Umkreis von mehr als 100 Kilometern wurden Autobahnrastplätze gesperrt.⁵ Die Lastwagenfahrer_innen sind gehalten, ihre Fahrzeuge anhand spezieller Checklisten zu sichern und zu beaufsichtigen oder auf ihrem Weg nach Großbritannien erst gar nicht mehr anzuhalten.

Die Grenzlinie ist damit zu einem Raum expandiert, der mehr und mehr von der Stadt und der Küstenregion Besitz ergreift, sich in ihren Alltag einschreibt und ihre Wahrnehmung durch die Außenwelt prägt. Dass Calais in den vergangenen Jahren vor allem als Standort der *Jungles medial* präsent war, ist die unmittelbare Folge dieser Grenzsituation und der spektakulären Bilder, die sie erzeugt.

³ Der Begriff *Glacis* bezeichnet im neuzeitlichen Festungsbau das von Sichthindernissen befreite, jedoch mit Annäherungshindernissen versehene, Vorfeld der eigentlichen Festung. In Festungsstädten (z.B. Köln im 19. Jahrhundert) war das *Glacis* in der Regel mit Aufenthalts-, Bau- und Nutzungsbeschränkungen verbunden.

⁴ Der *New Jungle* war durch eine schmale, aber lang gestreckte Zone, die offiziell als Jagdgebiet ausgegeben war, vom nahe gelegenen Strand getrennt, der wiederum an den Fährhafen grenzte. Am Zaun dieser Zone warnten mehrsprachige Tafeln vor Schüssen und Fallen.

⁵ Aufschlussreich ist in dieser Hinsicht eine Fahrt über die Küstenautobahn vom belgischen Oostende über Dunkerque nach Calais.

Die expandierende Grenze

Der französische Geograph und Migrationsforscher Olivier Clochard wies bereits 2007 darauf hin, dass die britische Migrationsabwehr „in den letzten zwanzig Jahren [...] von den europäischen Staaten als Modell für die Außengrenzen der Union angesehen“ worden sei. Dabei entfalte sie ihre Wirkung hauptsächlich in ihrem französischen Vorfeld, also in der Calaiser Küstenregion, die dadurch zu einem exemplarischen „Kooperationsgebiet“ für die Schengen-Staaten und Großbritannien werde. „Der Ausbau dieser europäischen Grenze“ am Ärmelkanal war für Clochard „wahrscheinlich das am stärksten entwickelte Dispositiv im Bereich einer Politik der externalisierten Migrationskontrollen“ (Clochard 2007: 303). Calais kann somit als ein *innereuropäisches* Laboratorium für ein *Außengrenzregime* der EU verstanden werden, das ebenfalls auf der Externalisierung der Migrationsabwehr beruht. Neue Technologien, Sicherheitskonzepte und Geschäftsmodelle können hier eingefordert, erprobt, angewandt und legitimiert werden. Dabei bilden staatliche und private Akteure nicht selten ein Amalgam:

„Calais ist nur eine von vielen zentralen Stellen der Profitabilisierung von Grenzsicherheit in der EU und an ihren externen Rändern. [...] In Calais verdichten sich die Elemente dieser allgemeinen Entwicklungen jedoch wie unter einem Brennglas: Die Verteidigungsindustrie möchte ihre ‚Lösungen‘ als entscheidend im Kampf gegen die ‚Bedrohung‘ durch Migration darstellen. [...] Mittlerweile ist eine blühende Industrie in Calais entstanden, bestehend aus der Privatisierung von Grenzkontrollen bis hin zur Herstellung von Tränengas und Drohnen; von der Konstruktion von Abschiebegefängnissen und der ‚Begleitung‘ von Häftlingen bis hin zu den stetig wachsenden Zäunen und Mauern entlang der Autobahn.“ (Bee 2017)

„Die Regierungen haben die Grenzsicherheit an das Unternehmen [Eurotunnel] ausgelagert und zig Millionen zur Finanzie-

„... die Ausrüstung einer 300 Mann starken privaten Sicherheitstruppe unter der Leitung eines ehemaligen Polizeichefs und eines ehemaligen Armee-Oberst sowie für Überwachungs- und Sicherheitstechnologien bereitgestellt. Bei Eurotunnel laufen politische, finanzielle und militärische Interessen im Herzen des Calaiser Grenzsystems zusammen.“ (CRN 2017b)

Die Expansion der Grenze und ihre Nutzbarkeit als Laboratorium sind Ausdruck eines spezifischen Grenzregimes, das seinerseits auf den Bau des Kanal-tunnels in den Jahren 1987 bis 1993 zurückgeht. Die Unterquerung des Ärmelkanals stellte damals zum ersten Mal eine feste Verbindung (*fixed link*) zwischen beiden Ländern her und bewirkte dadurch eine Neuregelung der Grenzkontrollen. Im britisch-französischen Vertrag von Canterbury vom 12. Februar 1986, der die rechtlichen Grundlagen für den Tunnelbau schuf, wurden zu diesem Zweck vorgezogene Grenzkontrollen in eigens dafür definierten Kontrollzonen vorgesehen. Sie sollten es, so der Vertragstext, den Behörden erlauben, „ihre Aufgaben in einem Gebiet auf dem Territorium des anderen Staates wahrzunehmen, in dem die Kontrollen einander gegenübergestellt (*juxtaposed*) sind“ (Treaty of Canterbury: Art. 4). Gleichzeitig regelte der Vertrag, dass die private Betreibergesellschaft des Tunnels die Gebäude und Infrastrukturen für die vorgezogenen Grenzkontrollen bereitstellen müsse, dafür aber von der jeweiligen Regierung entschädigt werde. Dies ermöglichte ein partielles Outsourcing von Grenzüberwachungsaufgaben an die heutige Aktiengesellschaft Eurotunnel, die bis zum Jahr 2086 die Konzession für den Tunnel besitzt.

Bis zur Eröffnung des Tunnels im Jahr 1994 folgte die Festlegung der genauen Verfahrensabläufe und Zuständigkeiten durch das französisch-britische Protokoll von Sangatte vom 25. November 1991. Damit entstand der Nukleus für ein System vorgezogener britischer Grenzkontrollen auf französischem Territorium (und umgekehrt, was in unserem Kontext jedoch nicht relevant ist). Waren sie zunächst auf die Verladung von Fahrzeugen auf die Eurotunnel-

Shuttlezüge beschränkt, so weiteten verschiedene Abkommen,⁶ darunter das Zusatzprotokoll von Sangatte vom 25. Mai 2000 (in Kraft seit dem 25. Mai 2001) und der Vertrag von Le Touquet vom 4. Februar 2003 (in Kraft seit dem 1. Februar 2004), sie auf die Abfahrtbahnhöfe der Direktzüge nach Großbritannien in Paris, Lille, Calais und Brüssel sowie auf die französischen Fährhäfen an der Kanal- und Nordseeküste aus. Ausgehend von Calais, entstand also ein großräumig wirksames Grenzregime, das in erster Linie auf zwischenstaatlichen Verträgen und nicht auf europäischem Gemeinschaftsrecht beruhte. Dies zeigt sich auch in der Sonderrolle Großbritanniens im Geltungsbereich des Schengener Abkommens, dem das Land erst spät (2000) und nur unter Beibehaltung seiner nationalen Grenzkontrollen beigetreten ist. Die französisch-britische Grenze funktioniert faktisch wie eine EU-Außengrenze. Und da sie primär zwischenstaatlich verfasst ist, wird der 2017 beantragte Austritt Großbritanniens aus der EU hierauf keine *unmittelbaren* Auswirkungen haben.

In Calais schlug sich die Vorverlagerung der Kontrollen nicht sofort in signifikanten Sicherheitsarchitekturen nieder. Ihr Bau begann vielmehr erst im Frühjahr 2000, als die Anzahl der Transitmigrant_innen in der Region auf über 500 anstieg. Das im Vorjahr verschärfte britische Einwanderungs- und Asylrecht erlaubte außerdem die Bestrafung der Fahrer_innen von Privat- und Lastwagen sowie von Reedereien, wenn sie die illegale Einreise einer Person unterstützten. Die Eurotunnel-Gesellschaft und die Unternehmen des Fährhafens reagierten zunächst mit verstärkten Kontrollen. Da sich die Migration damals auf den Fährhafen konzentrierte, wurden dort außerdem physische Barrieren in Form 2,8 m hoher Zäune mit moderner Sensorik errichtet. Zugleich begann die verstärkte polizeiliche Überwachung der Zubringerautobahn und der von Fernfahrer_innen frequentierten Plätze (vgl. Clochard 2007: 268f).

⁶ Einen Überblick über die Vielzahl der zwischenstaatlichen Vereinbarungen bietet: CNCDH 2015: Anm. 2f. Im vorliegenden Bericht sind lediglich die explizit genannten Abkommen nachgewiesen.



Hochsicherheitszaun an der Grenze des Fährhafens von Calais. (Foto: T. Müller, April 2016)

Am Kanaltunnel hingegen scheint es zunächst keine relevanten Versuche von Migrant_innen gegeben zu haben, auf das leicht zugängliche und nicht permanent überwachte Betriebsgelände zu gelangen. Dies änderte sich nach der Einrichtung des Lagers Sangatte (1999–2002, s. Kap. 2), das sich in Reichweite des Tunnels befand, vom Fährhafen jedoch knapp 10 Kilometer entfernt war. Als sich die Migrationsversuche zum Kanaltunnel verlagerten, folgten im Frühjahr 2001 auch dort Sicherheitszäune mit Klingendraht und Sensorik. Im gleichen Jahr verkündete das Unternehmen eine Null-Toleranz-Politik, installierte 280 Überwachungskameras und ließ das Vorfeld der Zäune roden. Hinzu kam am 13. Februar 2002 ein Haftzentrum für Migrant_innen, die von



Mehrfach gestaffelte Zaunanlage in der Nähe des Kanaltunnels. (Foto: T. Müller, April 2016)

britischen Grenzbeamt_innen festgenommen wurden und der französischen Grenzpolizei übergeben werden sollten (vgl. ebd.: 279).

Diese Verschließung der Migrationswege verstärkte ab 2001 die Suche nach Alternativen im Hinterland von Calais, an anderen Hafenorten, Güterbahnstrecken und abgelegenen Bereichen der Autobahnen. Mit dem Zusatzprotokoll von Sangatte und dem Vertrag von Le Touquet weiteten die Regierungen daher bis 2003 die in Calais entstandenen Kontrollverfahren auf die übrigen Fährhäfen und die Abfahrtbahnhöfe der Eurostar-Züge aus. Auf einem trilateralen Treffen im belgischen Zeebrugge am 26. September 2002 einigten sich die Innenminister Großbritanniens, Belgiens und der



Betonmauer entlang der Zubringerautobahn zum Fährhafen. Der untere Teil befindet sich heute im Boden und verhindert ein Untergraben der Anlage. (Foto: T. Müller, November 2016)

Niederlande außerdem auf die Ausweitung britischer Kontrollen auf die belgischen und niederländischen Häfen sowie den Bahnhof Brüssel-Midi, was bis 2004 umgesetzt war (vgl. ebd.: 288). Innerhalb eines halben Jahrzehnts war das britisch-französische Grenzregime damit zu einem ansatzweise britisch-kontinentalen Grenzregime expandiert. Eine Ausweitung auf die deutschen Fernbahnhöfe Frankfurt, Köln und Aachen schien zu Beginn der 2010er Jahre möglich, scheiterte jedoch an verkehrstechnischen Problemen und ist seitdem nicht erfolgt. Entsprechende Vereinbarungen zwischen

Deutschland und Großbritannien bestehen nicht und sind nach Auskunft der Bundesregierung auch nicht in Vorbereitung.⁷

Gleichwohl blieb Calais der zentrale Ort des Geschehens. Auf die Dynamik der Jahre ab 2009 und noch stärker ab 2013 reagierten die Regierungen mit einer Vielzahl neuer Maßnahmen und Memoranden. Darin setzte sich die bauliche und technologische Aufrüstung der Grenze fort, und in allen Fällen bekundeten die Akteur_innen ihren Wunsch nach starkem *law enforcement* sowie einer möglichst hohen Zahl von Abschiebungen (auch nach Afghanistan und in den Sudan, woher zu diesem Zeitpunkt die meisten Migrant_innen kamen) und freiwilligen Rückreisen. In den Vordergrund jedoch trat nun eine *Institutionalisierung* des Grenzregimes und insbesondere der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zur Migrationsabwehr. Die Regierungen begriffen Calais mehr und mehr als eine Angelegenheit von nationalem Interesse für beide Staaten und waren bereit, entsprechende personelle, finanzielle und administrative Ressourcen bereitzustellen. Am Beginn dieser neuen Phase stand der französisch-britische Gipfel am 7. Juli 2009 in Evian, einem – ob gewollt oder nicht – migrationsgeschichtlich sehr belasteten Konferenzort.⁸ Neben ihrer Absicht, die gemeinsame Grenze „undurchlässig“ zu machen, die Anzahl von Abschiebungen „signifikant“ zu erhöhen und „abschreckende Informationen“ verbreiten zu wollen, kündigten die Regierungen die Schaffung eines gemeinsamen Lagezentrum zur Bekämpfung krimineller Schleusernetzwerke und eine Evaluierung der künftigen Erfordernisse an der Kanal- und Nordseeküste an (Evian Summit). Ein von den Innenministern am gleichen Tag in Evian unterzeichnetes Verwaltungsabkommen trug den bezeichnenden Titel *Strengthening the Fight against Immigration* (vgl. CNCDH 2015: 2).

⁷ Vgl. Antwort des Bundesministeriums des Innern auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Alexander Ulrich v. 16.1.2018 (Monat Januar 2017 Arbeits-Nr. 1/221).

⁸ Im französischen Evian fand auf Initiative des US-amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt im Juni 1938 eine internationale Konferenz über die Aufnahme von meist jüdischen Flüchtlingen aus dem nationalsozialistischen Deutschland statt. Die Konferenz scheiterte weitgehend, weil sich die teilnehmenden Staaten mit wenigen Ausnahmen weigerten, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Die Konferenz wird als Symbol für das Scheitern der internationalen Gemeinschaft am Vorabend des Holocaust rezipiert.

Auf der Grundlage der Evian-Übereinkunft entstand im britischen Folkestone, dem Endpunkt des Kanaltunnels, die *Joint Intelligence Unit*. Die Einrichtung „umfasst Beamte der OCRIEST (französische Behörde zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung)⁹, SOCA,¹⁰ der Polizei von Kent und der *UK Border Agency*“ und operierte nicht nur gegen klandestine Einwanderung, sondern auch gegen Drogenschmuggel und -handel, Geldwäsche und andere Bereiche organisierter Kriminalität (Pendry 2010: 42). Als Gegenstück auf französischer Seite entstand im Februar 2010 – ebenfalls auf der Basis von Evian – das *Joint Operational Coordination Centre* (JOCC) am Hafen von Calais. „Personal der *UK Border Agency*, der *Police aux Frontieres*, des Zolls und der Handelskammer von Calais arbeitet in einem Büro zusammen, wo es Zugriff auf gemeinsame Informationen und die Videoüberwachung hat und als zentrale Kontaktstelle für alle Behörden innerhalb des Hafens agiert und ihnen eine sofortige Kommunikation über Risiken und Bedrohungen ermöglicht“ (ebd.). Auf dem französisch-britischen Folgegipfel am 2. November 2010 in London kündigten die Regierungen den Beginn einer „zweiten Phase der Evian-Übereinkunft“ an. Neben dem Ausbau der Sicherheitstechnologien nach Vorschlägen des *Joint Operational Coordination Centre* gehörten hierzu die Einladung an Belgien zur Mitwirkung in der *Joint Intelligence Unit* und Verhandlungen zu einem Abkommen über den Austausch von Informationen und *intelligence* zur Bekämpfung ‚illegaler‘ Einwanderung (vgl. London Summit).

Die Übereinkommen der Jahre ab 2014 setzten diese Institutionalisierung fort, verdichteten sie zu permanenten Mechanismen und stellten einen *Joint Intervention Fund* bereit, an dem sich Großbritannien zunächst mit jährlich 5 Millionen Euro für die Dauer von drei Jahren beteiligte (vgl. Joint Declaration 2014). Dieser Fonds wurde der Öffentlichkeit vor allem dadurch bekannt, dass Großbritannien auf diese Weise den größten Teil der in Calais neu errichteten

⁹ Das *Office central pour la répression de l'immigration irrégulière et de l'emploi d'étrangers sans titre* (OCRIEST) ist Teil der *Police Nationale* und untersteht wie diese dem französischen Innenministerium.

¹⁰ *Serious Organized Crime Agency*.

Hochsicherheitszäune finanzierte. Sein Volumen wurde 2015 mit 27 Millionen £ zuzüglich weiterer 10 Millionen £ bis 2017 beziffert, doch macht dies nur einen Teil der insgesamt mobilisierten Mittel aus. Die Summe der aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen, nationaler britischer Programmen und Förderungen durch die Europäischen Kommission in den Jahren 2014 bis 2016 zusätzlich zu den laufenden Ausgaben etwa für Polizeikräfte bereitgestellten Gelder dürften zwischen 104 und 152 Millionen Euro oder höher liegen.¹¹ In dieser Phase fanden regelmäßige Treffen der Innenminister_innen zu Calais statt, das nun als zentraler migrationspolitischer Hotspot begriffen wurde, den es effektiv zu managen gelte. Dies zeigt sich in einer Vielzahl evaluierender und priorisierender Maßnahmen, in Analysen zur Bewertung künftiger Risiken und nicht zuletzt in der Verknüpfung von Handlungsfeldern und Akteuren.

Ein Schlüsseldokument dieser Phase ist die gemeinsame Erklärung *Managing Migratory Flows in Calais* des französischen Innenministers und späteren Premierministers Bernard Cazeneuve und seiner britischen Amtskollegin und heutigen Premierministerin Theresa May vom 20. August 2015. Die Minister_innen definierten Calais als „Schlüsselgrenze“ (*key frontier*) und benannten die „starke, sichtbare und effektive Sicherung“ auch deshalb als „Kern“ ihrer Strategie, weil sie „den Anreiz für mögliche illegale Migranten [reduziert], nach Calais zu reisen oder dort zu verbleiben“ (Joint Declaration 2015: pos. 10). Das Spektrum der fortgeführten, ausgeweiteten und neu hinzukommenden Maßnahmen ist breiter als in allen vorausgegangenen Erklärungen und zudem mit Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen beider Staaten bei der Implementierung eines europäischen Außengrenzregimes unter Einbeziehung Libyens und der subsaharischen Staaten verbunden. Auf der organisatorischen Ebene kündigten May und Cazeneuve die Bündelung der Kommandogewalt der in den Vorjahren immer stärker verknüpften Si-

¹¹ Die Schätzung beruht auf einer Auswertung der vom *Calais Research Network* zusammengestellten Daten (vgl. CRN 2016). Die Unschärfe der Schätzung ergibt sich aus der nicht immer eindeutigen Zuordnung der Maßnahmen in den Kontext des britisch-französischen Grenzregimes bzw. allgemeiner migrationspolitischer/grenzpolizeilicher Maßnahmen.

cherheitsbehörden in den Händen zweier jeweils von der französischen und britischen Seite zu benennender *gold commander* mit intermediärer Stellung, weit reichenden Befugnissen gegenüber den übrigen Sicherheitsbehörden und einer direkten Berichtspflicht an den jeweiligen Innenminister an (vgl. ebd.: pos. 15). Das gemeinsame Kontroll- und Kommandozentrum unter Leitung der französischen Polizei in Calais sollte nun, unterstützt durch die *Joint Intelligence Unit* in Folkestone, „in Echtzeit gegen kriminelle Aktivitäten auf beiden Seiten des Kanals“ vorgehen können (ebd.). Hinzu kamen nun halbjährliche Treffen auf Ministerebene, monatliche Konsultationen zwischen Botschaften und Ministerien (ebd.: pos. 27f) und Projektteams auf lokaler Ebene, die u.a. die Zahl der Abschiebungen maximieren sollten; ein aus „hohen Funktionsträgern“ bestehendes *UK/France Migration Committee* sollte die Implementierung überwachen. Liest man das Papier vor dem Hintergrund der Geschichte des New Jungle (s. Kap. 3), so wird deutlich, dass die wesentlichen staatlichen Interventionen, die zu seiner Entstehung führten, seine Entwicklung lenkten und seine Räumung vorbereiteten, als Bestandteile eines gemeinsamen Krisenmanagements begriffen wurden, an dessen Ende die „Umsiedlung der Migranten außerhalb von Calais“ stehen sollte, wie Bernard Cazeneuve und die britische Innenministerin Amber Rudd am 10. Oktober 2016 erklärten (Cazeneuve/Rudd 2016). Anlass dieser Erklärung war eines von mehreren Treffen zur Vorbereitung der Räumung, die, wie Rudd vor dem britischen Unterhaus erklärte, eine Angelegenheit „im nationalen Interesse sowohl Frankreichs als auch Großbritanniens“ sei (Rudd 2016).

Auf dem Zeithorizont der gemeinsamen Erklärung *Managing Migratory Flows in Calais* stieg die Anzahl der in Calais eingesetzten Polizei- und Gendarmeerkräfte (ohne die britische Grenzpolizei, Zollbehörden und private Sicherheitsdienste) auf etwa 2.100. Darunter waren 840 Angehörige der *Compagnies Républicaines de Sécurité* (CRS), einer auf Aufruhr- und Massensituationen eingestellte Spezialeinheit der Nationalpolizei, die nach dem Rotationsprinzip aus allen Teilen Frankreichs zusammengezogen wird. Anders als sonst üblich, ist sie in Calais nicht punktuell, sondern seit Jahren permanent ein-

gesetzt und konstituierte damit einen informellen Ausnahmezustand, lange bevor die französische Regierung nach den Pariser Terroranschlägen vom 13. November 2015 den förmlichen Ausnahmezustand über das Land verhängte.¹² Im Zuge der Räumung des New Jungle erreichte die Polizeistärke mit etwa 6.000 Personen ein Maximum und blieb danach auf einem im Vergleich zur Zahl der Migrant_innen hohen Niveau (vgl. Bee 2017).

Die Expansion der Grenze spiegelt sich auch in einer – gemessen an anderen Regionen und Situationen in Frankreich – heftigen Polizeigewalt. Die Aktivist_innen von *Calais Migrant Solidarity* haben dies seit 2009 kontinuierlich und oftmals unter erheblichem Risiko dokumentiert. Sie machten Routinen im Graubereich legaler und illegaler Maßnahmen insbesondere bei den CRS sichtbar, die von Festnahmen ohne Angabe konkreter Gründe und Mehrfachfestnahmen nach erfolgter Entlassung über regelrechte Menschenjagden und körperliche Misshandlungen bis hin zur systematischen Zerstörung von Siedlungsplätzen und zur Kontamination von Wasser- und Schlafstellen reichen. Oftmals ging und geht dies mit einem exzessiven Gebrauch chemischer Waffen wie CS-Gas und Pfefferspray einher – auch aus kurzer Distanz in das Gesicht einer Person, gegen Minderjährige oder in den Innenraum einer Unterkunft hinein.¹³ Hinzu kommen Praxen individueller und kollektiver Demütigung (vgl. CMS 2011: 2014a/b). Vergleichbare Befunde zeigen alle seitdem durchgeführten Untersuchungen über die Menschenrechtslage bzw. das Polizeiverhalten, darunter Berichte des UN-Menschenrechtsausschusses, der UN-Unterausschusses zur Verhütung der Folter und des *Défenseur des Droits*, d.h.

¹² Der am 14. November 2015 verhängte Ausnahmezustand wurde mehrfach verlängert und endete erst am 1. November 2017, allerdings wurden wesentliche Elemente in ein Antiterrorgesetz aufgenommen und dadurch verstetigt.

¹³ Der Einsatz von CS-Gas ist nach internationalem und europäischem Recht bedingt zulässig. Unzulässig sind allerdings der Einsatz überhöhter oder gesundheitsschädlicher Mengen, unnötiger oder unverhältnismäßiger Einsatz, Einsatz gegen Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie Gebrauch in beengten oder geschlossenen Räumen (vgl. BHRC 2016: pos. 38b). In Calais trifft jedes dieser Kriterien zu. Die Quantität der CS-Gas-Einsätze war beispielsweise an der Anzahl leerer Gaskartuschen nach Polizeiaktionen leicht ablesbar.



Ein Beamter der Polizeieinheit CRS mit Abschussgerät für CS-Gas im New Jungle. (Foto: Calais Migrant Solidarity, August 2016)



Eingesammelte Gaskartuschen nach einem einzigen CS-Gas-Einsatz im New Jungle am 22. September 2015. Er galt Migrant_innen auf dem Weg zur Autobahn und bezog ein eritreisches Wohnviertel ein. (Foto: Calais Migrant Solidarity)

des Ombudsmanns der Französischen Republik für Menschenrechte (zusammengestellt: BHRC 2017: pos. 56; Défenseur des Droits 2015).

Einen Eindruck von diesen Routinen vermitteln drei vom *Legal Advice Centre*, einer freien Rechtsberatung in Calais, dokumentierte und zur Anzeige gebrachte Fälle aus einem Zeitraum von sechs Tagen im Jahr 2016. In einem Fall hatten die CRS einen 16jährigen Iraner in einem Kühltransporter entdeckt, ihn gefesselt und gemeinsam mit anderen auf einem Feld außerhalb der Stadt gezwungen, sich in einer Reihe hinzuknien. Dort wurden die Festgenommenen mehrmals hintereinander mit Schlagstöcken misshandelt. In einem anderen Fall hatten die CRS einen afghanischen Mann in einem parkenden Lastwagen gefunden. Nach dem Verlassen des Fahrzeugs sprühten sie ihm CS-Gas ins Gesicht und schlugen ihn derart, dass er mit einem gebrochenen Arm behandelt werden musste. Im dritten Fall ging ein Syrer in den frühen Morgenstunden durch Calais. Ein CRS-Wagen folgte ihm. Die Polizisten stiegen aus, verprügelten ihn mit Schlagstöcken, traten ihn gegen die Brust und sprühten ihm CS-Gas ins Gesicht (vgl. BHRC 2016: pos. 51). Hinzu kommen Angriffe durch Einwohner_innen der Stadt und rechte Aktivist_innen. Wiederholt berichteten Migrant_innen auch, dass ihrer Meinung nach „die Polizei selbst in solche Attacken verwickelt sein könnte. Viele [...] erklärten, dass die Angreifer oft Polizeiuniformen trügen oder ähnliche Schlagstöcke oder Stiefel hätten wie die CRS“ (ebd.: pos. 85; vgl. Calais writers 2017: 197f). Ob und in welchem Ausmaß dies zutrifft, bleibt ungewiss.

Der entscheidende Punkt war und ist die Alltäglichkeit der Übergriffe, die ein Klima permanente Bedrohung, Demütigung und Angst evozieren und jederzeit in ihrer Intensität gesteigert werden können. Die Exekutive folgte damit, so der *Défenseur des Droits*, der in den 2000er Jahren etablierten Linie der französischen Regierung, die Bildung permanenter Camps zu verhindern, die Migration möglichst unsichtbar werden zu lassen und die Migrant_innen zu entmutigen, sich in der Region zu sammeln. Menschenwürdige Behandlung und angemessener Zugang zu rechtlichen Verfahren erscheinen in dieser Logik als ‚Magneteffekte‘, die es gleichsam präventiv zu vermeiden gelte (vgl. Dé-

fenseur des Droits 2015: 9ff). Dem entspricht, dass keines der im Folgenden beschriebenen Camps in Calais länger als etwa neun Monate existieren konnte, bevor es geräumt wurde. Dabei flankierten die Behörden ihr Vorgehen auch mit humanitären Argumenten, in den meisten Fällen allerdings ohne einen Ausweg aus einem Leben in der Informalität zu eröffnen. Sie perpetuierten also genau jene Lebensweise, die sie einem Angstregime unterwarfen (vgl. CMS 2011: 2014a/b).

Dies kann in einem zentralistischen Staat wie Frankreich und innerhalb eines so hochgradig (und auf hoher Ebene) institutionalisierten Dispositivs zweier Regierungen nicht ohne Weisung, Billigung oder zumindest Toleranz von höchster Stelle geschehen. Die Gewalt sollte daher gerade auch in ihrer abschreckenden und abstoßenden Wirkung als integraler Bestandteil des Grenzmanagements begriffen werden.

Grenzpassagen und Grenztote

Das am häufigsten genutzte Mittel zur informellen Passage des Ärmelkanals ist der Lastwagen, hinzu kommen Züge, Container, Boote und in geringem Umfang wohl auch Flugzeuge. Die Befestigung der Grenze verringerte die Erfolgsaussichten eines selbstorganisierten Grenzübertritts, machte sie jedoch zu keinem Zeitpunkt gänzlich unmöglich. Allerdings wurden die verbliebenen Migrationspfade zu einem knappen Gut, sodass immer profitablere Geschäftsfelder sowohl für traditionelle regionale Schmuggler_innen, als auch für internationale Schleusernetzwerke entstanden, die wiederum um sektorale und lokale Hegemonien konkurrierten. So überlagerten sich Praxen individueller und kollektiver Selbstorganisation und solidarischer Fluchthilfe mit kommerziellen Dienstleistungen und kriminellen Strukturen.

Wie selbstorganisierte Grenzpassagen erfolgten und erfolgen, beschreibt der Blogger Philippe Wannesson am Beispiel eines kleinen Camps außerhalb von Calais:

„Es gab vor einigen Jahren im Camp von Norrent-Fontes, in der Nähe eines Parkplatzes an der Autobahn nach Calais gelegen, keine Schmuggler, und die Migrant_innen organisierten ihre Passage kollektiv. Wenn dabei eine Gruppe in einen Lastwagen sprang und einer zurückbleiben musste, um die Tür zu verschließen, so wurde diese Person für die Polizei zum Schmuggler, denn diese Person ermöglichte anderen die Passage. Wir haben nur ein wirklich unvollständiges Verständnis für Situationen, in denen Solidarität und Freundschaft existieren – sei es mit oder ohne Geld –, und in denen Solidarität Verfolgung bedeuten kann.“ (*Passeurs d’hospitalités*, 25.6.2017)¹⁴

War Norrent-Fontes ein ethnisch homogenes Camp, so führte die Verknappung und Kommerzialisierung der Migrationsmöglichkeiten in Calais zu gewaltsamen Konflikten, wenn unterschiedliche Communities miteinander und mit Schmuggler_innen um ihren jeweiligen Migrationspfad konkurrierten, andere von ihm fernzuhalten versuchten oder einen neuen übernehmen wollten. Im Jahr 2014 erreichten diese Verteilungskämpfe eine bis dahin ungekannte Heftigkeit und eskalierten zu einer Reihe von offenen Kämpfen und Überfällen auf die Camps. Ein Aktivist, der Zeuge der Ereignisse war, berichtet:

„[D]er Weg zu den Lastwagenplätzen wurde zum Schauplatz sehr gewalttätiger Kämpfe mit vielen Verletzten. Diese Kämpfe können manchmal über Tage andauern, hunderte Menschen involvieren und sich auf die Camps ausweiten, in denen die Leute schlafen. Im Laufe des Jahres 2014 hatten wir die schlimmsten Kämpfe überhaupt. Verschiedene Leute erlitten teils lebensgefährliche Stichwunden oder Knochenbrüche, als Ägypter, Sudanesen und Albaner gegen Afghanen kämpften –

¹⁴ Später agierten in Norrent-Fontes auch kriminelle Gruppen. Wannesson berichtet von einem vermutlich von Schmugglern verübten Mord an einem Bewohner (vgl. *Passeurs d’hospitalités*, 20.10.2016), UNICEF von Praxen sexueller Ausbeutung (UNICEF 2016: 24, 42).

alle wollten den Lastwagenplatz der Afghanen übernehmen, der von einer Bande gewalttätiger Schmuggler verteidigt wurde, die mit Schusswaffen, Messern und CS-Gas bewaffnet waren. Diese Schmuggler wiederum verletzten auch andere Afghanen, die dorthin gelangen oder einfach nur an einem von ihnen kontrollierten Platz übernachten wollten, ohne dafür zu bezahlen. Sie unterschieden sich sehr von anderen afghanischen Schmugglern (von 2009 bis 2013), die meist nette Typen waren, die zwar ihr Territorium gegen andere Schmuggler verteidigten, sonst aber keine Probleme verursachten und freundlich mit ihren eigenen Leuten umgingen. 64 Leute [...] wurden während eines zweitägigen Kampfes zwischen Sudanesen und Eritreern verletzt, vier von ihnen schwer. Bei diesem Kampf ging es um die Kontrolle über einen anderen Lastwagenplatz, von dem die Sudanesen die Eritreer fern halten wollten. Eine dreitägige Auseinandersetzung (*battle*) zwischen Eritreern und Äthiopiern brach aus, nachdem die Eritreer den Äthiopiern erklärt hatte, sie sollten nicht länger zu einem von ihnen benutzten Parkplatz gehen: Ich sah 400 Leute Steine gegeneinander werfen und mit Eisenstangen hinter ihren Rivalen herrennen, knapp außerhalb des Tioxide Jungle. Die Polizei schaffte es, den Kampf zu beenden, und ich muss sagen, sie haben sich bei dieser Gelegenheit gut verhalten, auch weil sie keine exzessive Gewalt einsetzten. Die Eritreer forderten die Äthiopier auf, Tioxide zu verlassen, und zerstörten ihre Zelte; 50 äthiopische und eritreische Frauen, Kinder und einige Teenager gingen zum Schlafen ins Squat Galloo [ein von Aktivist_innen besetztes Fabrikgelände in Calais, s. Kap. 3], weil sie Angst hatten, oder in das Frauenhaus [ein ebenfalls besetztes Gebäude, d.Verf.]. Es dauerte eine Weile, wieder Frieden zwischen den beiden Communities zu stiften. Etwas später gab es eine nächtliche Attacke von Sudanesen auf unschuldige Afghanen, die im Dubrulle-Wald schliefen und

nichts mit den Schmugglern zu tun hatten, sondern gerade deshalb dorthin gegangen waren, um ihrer Kontrolle zu entgehen. [...] Die Behörden wissen, dass all das geschehen ist, aber sie kümmern sich nicht darum und setzten die Leute der Gefahr aus.“ (Watch the borders 2016)

Auseinandersetzungen zwischen Communities ereigneten sich mehrfach (zuletzt im Januar 2018), wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Eine andere Qualität von Macht-, Abhängigkeits- und Gewaltverhältnissen stellen die ‚Mafias‘ dar, wie kriminell agierende Schleuser („Reiseagenten“) in Calais sowohl von Migrant_innen, als auch von Aktivist_innen genannt werden. Zwar ist ihre Bekämpfung ein wesentlicher Bestandteil des Grenzregimes und insbesondere der grenzübergreifenden Polizeizusammenarbeit, was nach Angaben der britischen Innenministerin Rudd im Jahr 2015 und in der ersten Hälfte von 2016 zur Aufdeckung von 56 Gruppen geführt habe (vgl. Joint Statement 2016). Doch hat sich die Situation dadurch nicht wirklich verändert:

„Die Netzwerke der Schmuggler haben infolge der Grenzschließung stark zugenommen, die Preise haben angezogen, und die Polizei sagt selbst, dass sie noch nie so viele Schmuggler festgenommen hat – aber sie haben nur kleine Fische erwischt, ohne irgendwelche Netzwerke zu zerschlagen. An die Stelle der unabhängigen oder halb-unabhängigen Schmuggler, die meistens besser zu den Leuten waren und nicht so viel Geld verlangten, sind regelrechte Mafiamänner getreten, die sehr gewalttätig sind, bis an die Zähne bewaffnet mit Schusswaffen, Messern und Gas. Manche sind dafür bekannt, dass sie Frauen und Kinder missbrauchen.“ (Watch the borders 2016)

Die Macht solcher Mafias umfasst neben der Vermarktung von Migrationmöglichkeiten auch die Kontrolle über Camps und Unterkünfte sowie die Regulierung des Zugangs zu Essensausgaben einschließlich der von staatlich mandatierten Organisationen betriebenen. Lokale Aktivist_innen berichteten uns zudem von vermuteten Kooperationen mit Polizei- und

Grenzbeamten_innen, um hochpreisige Schleusungen via Fährhafen bzw. Kanaltunnel durchführen zu können. Zwischen den 2000er und 2010er Jahren stiegen die verlangten Preise für eine erfolgreiche Schleusung etwa um das Zehnfache (vgl. Yaghmaian 2017). Soweit ersichtlich, liegen die heutigen Preisspannen zwischen etwa 5.000 EUR und über 10.000 EUR, während der Zugang zu einem Lastwagenplatz oder der ‚Eintritt‘ in bestimmte Camps für etwa 500 EUR gehandelt werden (vgl. Beddoe 2017: 9; UNICEF 2016: 42, 80; eigene Feldforschung). Von den im Kerngebiet des Calaiser Grenzraums und in den kleineren Camps des Hinterlandes aktiven Mafias ist bekannt, dass sie von mittellosen Klient_innen beispielsweise verlangen, den Preis für die Passage durch ökonomische, kriminelle und/oder sexuelle Ausbeutung zu erwirtschaften:

„Diese Form des Zwangs ist ein gemeinsames Merkmal in einer ganzen Reihe von Fällen und ähnelt der Schuldknechtschaft. Die jungen Mädchen (minderjährig oder erwachsen) wissen, dass es sehr viel schwieriger für sie sein wird, Großbritannien zu erreichen, wenn sie die von den Schleusern geforderte Summe nicht aufbringen können. Ohne Geld oder enge Angehörige, die ihre Passage finanzieren können, finden sie sich in einer Situation gefangen, in der sie sexuell ausgebeutet werden. Auf der Grundlage der gesammelten Informationen lässt sich zusammenfassen, dass entlang der [nordfranzösischen] Küste zwei Formen von Prostitution stattfinden: Die erste ist eine Prostitution, mit der sich einige Frauen ‚abfinden‘, um schneller über die Grenze zu gelangen, was nicht notwendigerweise organisiert sein muss; die zweite ist verbunden mit Zuhältern, die die jungen Frauen an Orten außerhalb der Küstenregion ausbeuten (Paris, Lille, eventuell Madrid).“ (UNICEF 2016: 80f)

„Obwohl [die betroffenen Frauen] sagen, dass sie auch Freier ablehnen können, lässt der von ihnen angegebene Satz – pro Mal ungefähr 5 EUR – den Druck erahnen, unter dem sie stehen, um

die für eine Passage verlangen 5.000 bis 7.000 EUR aufzubringen. Theoretisch sind Minderjährige (*children*) hiervon nicht betroffen, aber alle, die wir befragten, erklärten, dass die in Prostitution verwickelten Kinder sich bei Polizeikontrollen als Erwachsene ausgeben.“ (ebd.)

Das repressive Grenzregimes ließ also hoch profitable illegale Geschäftsfelder entstehen und bewirkte eine Verschiebung hin zu mafiosen Strukturen, allerdings zeigt sich zugleich eine Vielschichtigkeit selbst- und fremdorganisierter, solidarischer und kommerzieller, fairer und ausbeuterischer Phänomene, die unterschiedlich gemischt und gewichtet auftreten können.

Angesichts solcher Schwierigkeiten und Kosten wenden gerade die mittellosen Migrant_innen risikoreiche Techniken an, um die Grenze individuell oder in Kleingruppen zu passieren. So springen sie von Brücken auf fahrende Lastwagen und Züge oder laufen auf die Fahrbahn, um ein Fahrzeug anzuhalten, wobei es immer wieder zu Verletzungen und Todesfällen kommt. Es liegt daher nahe, Verkehrsstaus auf der Autobahn zum Fährhafen zu nutzen oder diese künstlich zu erzeugen, etwa indem man Gegenstände auf die Fahrbahn legt. In derartigen Situationen kommt es regelmäßig zu Konfrontationen mit CRS-Posten sowie mit Lastwagenfahrer_innen. Diese berichten innerhalb ihrer Netzwerke und in öffentlichen Stellungnahmen ihrerseits von gewaltsamen Übergriffen auf Fahrer_innen (etwa *Guardian*, 3.3.2016), die wiederum von der extremen Rechten kampagnenhaft ausgeschlachtet werden.¹⁵ Selten,

¹⁵ Ein Beispiel ist der Fall eines ungarischen Fernfahrers, der am 21. Juli 2017 in der Nähe von Calais wohl von Schleusern überfallen und schwer verletzt wurde. Dabei wurde der Lastwagen gestohlen, offenbar um die Grenze zu passieren. Nachdem die Boulevardzeitung *Daily Mail* den Fall am 26. Juli aufgegriffen hatte, taucht er in unterschiedlichen Versionen in rechtsextremen und rechtspopulistischen Medien auf; das der FPÖ nahestehende österreichische Blatt *Wochenblick* startete eine Spendenaktion für den Fahrer. In diesem Kontext wird der Fall als unterdrückte Nachricht inszeniert und genutzt, um die gängigen Stereotypen zu bedienen. Dabei werden die Fernfahrer_innen zur Projektionsfläche für eine Art Gegen-Solidarisierung (mit Calais als zentralem Symbolort), die aggressiv gegen karitative, humanitäre und antirassistische Konzepte ausgespielt wird.



Verkehrsstau als Chance zur Grenzpassage. (Foto: Calais Migrant Solidarity, Oktober 2015)

aber in der Medienberichterstattung präsent, waren Massenaktionen mit dem (zum Teil auch erreichten) Ziel, den Verkehr durch brennende Barrikaden zu stoppen, die Zäune am Kanaltunnel zu stürmen oder schwimmend zu einer Fähre zu gelangen. Daneben gab und gibt es Versuche, den Ärmelkanal auf Schlauchbooten zu überqueren und im Einzelfall auch zu durchschwimmen.¹⁶ Dies ist aufgrund der nautischen Verhältnisse und der geringen Größe der Boote extrem riskant, wie der Fall zweier syrischer Flüchtlinge zeigt, die seit dem 7. Oktober 2014 in Calais vermisst waren und deren Leichen nach Monaten an der niederländischen und norwegischen Küste gefunden wurden.

Offizielle Angaben, wie viele Migrant_innen bei der Passage der kontinental-britischen Grenze ihr Leben verloren haben, gibt es nicht. Allerdings erlauben die zunächst von *Calais Migrant Solidarity*, später auch von der *International Organisation for Migration* gesammelten und jüngst vom *Calais Research Network* und *Safe Passage* vervollständigten Daten zumindest eine Schätzung. Demnach haben zwischen 1999 und dem 18. Januar 2018 (Abschluss des Vertrags von Sandhurst), je nach Erfassung, zwischen 205 und 208 Migrant_innen in der Kanalregion ihr Leben verloren, wobei von einem Dunkelfeld nicht dokumentierter Fälle auszugehen ist.¹⁷ Dies bedeutet, dass wir es mit der riskantesten Grenze im Kerngebiet der EU zu tun haben. Die Häufung der dokumentierten Fälle spiegelt dabei den Verlauf des Migrationsgeschehens. So fällt die erste Zunahme (Ende 2001 bis Mitte 2003) in die Zeit des Lagers Sangatte und

¹⁶ Die Passage des Ärmelkanals mithilfe von (Kinder-)Schlauchbooten und im Einzelfall mit einem selbstgebautes Segelboot ist in der Berichterstattung wenig präsent, aber verschiedentlich dokumentiert (z.B. *Independent*, 6.5.2014; *Express*, 5.7.2014; zuletzt Yaghmaian 2017). Versuche, den Kanal zu durchschwimmen, wurden 2009 von Regisseur Philippe Lioret im Kinofilm *Welcome* verarbeitet.

¹⁷ *Calais Migrant Solidarity* veröffentlichte bekannt gewordene Fälle unter der Rubrik *Deaths at the Calais border* auf ihrer Website (s. Anm. 1). Vollständiger und aktueller ist eine Zeitleiste, die unter timeglider.com oder als Link des *Calais Research Network* (s. Anm. 1) abrufbar ist. Kartographische Darstellungen finden sich bei Lequette/le Vergos (2016: 104f) und auf der Website von *Safe Passage*: neocarto.github.io. Unabhängig davon erfasst das *Missing Migrants Project* der IOM auch die Todesfälle in der Kanalregion. Der entsprechende Datenbankauszug liegt vor.



Namen von Grenztoten. Gedenkdemostration von Migrant_innen unterschiedlicher Nationalität und französischen Unterstützer_innen in Calais am 8. Oktober 2015. (Foto: Calais Migrant Solidarity)

die Monate nach dessen Schließung. Danach häuften sich die Fälle ab 2006, verstetigten sich ab 2008 und erreichten auf dem Zeithorizont des New Jungle 2015/16 ein Maximum. Danach, als die Krise scheinbar gelöst erschien, starben zwölf Migrant_innen. Der letzte dokumentierte Fall unseres Berichtszeit-

In der Grenzfall

raums ereignete sich an der Autobahn Dunkerque-Calais am 9. Januar 2018 (vgl. CMS 2018a), acht weitere folgten in den Monaten bis zur Drucklegung unseres Berichts im Juli 2018. Mehrere Jugendliche gehören zu den Opfer, der jüngste war 14 Jahre alt (vgl. Pope 2017b: 7).



Gräber von Grenztoten auf dem muslimischer Begräbnisplatz des Nordfriedhofs von Calais. Das Friedhofspersonal ist von der Bürgermeisterin schriftlich angewiesen, das Fotografieren der Gräber durch Journalist_innen zu unterbinden. (Foto: T. Müller, April 2016)

Zu den dokumentierten Opfern gehört eine Gruppe von 58 chinesischen Flüchtlingen, die im Juni 2000 während einer Schleusung von Zeebrugge nach Dover erstickten. Sieht man von diesem Sonderfall ab, so zeichnet sich für die am besten dokumentierte Zeit ab 2014 folgendes Muster ab: Etwa drei Viertel der Opfer starben in Calais und in der unmittelbaren Umgebung der

Stadt, die meisten anderen im Umfeld von Dunkerque und einzelne entlang der nach Calais führenden Autobahn- und Eisenbahnstrecken. Rund die Hälfte der Opfer starb im Zusammenhang mit dem Lastkraftverkehr, meist weil sie auf der Autobahn von einem Fahrzeug erfasst wurden, beim Sprung auf ein Fahrzeug verunglückten oder zwischen Fahrzeuge gerieten; einzelne erstickten durch Sauerstoffmangel während der Passage.¹⁸ Rund ein Achtel der Todesfälle ereignete sich im Zusammenhang mit dem Eisenbahnverkehr, etwa durch Stromschläge oder Überrollen, und ungefähr ebenso viele Menschen ertranken. Einzelne wurden Opfer von Gewaltverbrechen, starben bei Auseinandersetzungen innerhalb der Jungles oder durch Suizid. Mit zwei Todesfällen brachten Aktivist_innen vorausgegangene Polizeiaktionen, mit anderen die Mafias und Lastwagenfahrer in Verbindung. Auch Kleinkinder gehören zu den Opfern. Ein sechs Tage alter Säugling starb, als die Familie im Winter gezwungen war, im Freien zu leben, und ein weiterer Säugling im Zuge einer Fehlgeburt beim Sturz der Mutter von einem Lastwagen. Im Juni 2017 starb ein polnischer Fahrer auf einer Autobahn nahe Calais, als er an einer von Flüchtlingen angelegten Sperre auf andere Fahrzeuge auffuhr (vgl. *Guardian*, 20.6.2017). Es war der erste und bislang einzige Todesfall eines EU-Bürgers im Kontext der Grenzsituation.

In der Nacht vom 16. auf den 17. Mai 2018 stoppten belgische Polizisten einen Kleinlaster, auf dem sich rund 30 Migrant_innen befanden, auf einer Autobahn in der Nähe der Stadt Mons. Dabei schossen sie unter unklaren Umständen auf das Fahrzeug und trafen das zweijährige kurdische Mädchen Mawda tödlich (vgl. *Passeurs d'hospitalités*, 21.5.2018). Unter den informell in Grande-Synthe lebenden Migrant_innen, zu denen die Familie des Kindes gehörte,

¹⁸ Außerdem besteht die Gefahr, dass ein Fahrzeug mit luftdichtem Frachtraum länger als erwartet unterwegs ist oder wider Erwarten nicht nach Großbritannien fährt. In den Jahren 2014 und 2015 wurden auf Autobahnen in der Nähe der nordrhein-westfälischen Städte Aachen und Eschweiler zweimal Gruppen von 12 bzw. 13 Flüchtlingen in Kühltransportern entdeckt, die aus Calais bzw. Dunkerque (wo der Fahrer lediglich getankt hatte) kamen. In beiden Fällen war der Sauerstoff nach Angaben der Bundespolizei nahezu aufgebraucht; allein die rechtzeitige Entdeckung habe Todesfälle verhindert (vgl. *Aachener Zeitung*, 22.1.2014; 22.3.2015).

In der Grenzfall

kam es zu spontanen Protesten, und an der Beisetzung des Kindes nahmen tausende Menschen teil. In Belgien selbst löste der Fall eine breite mediale und politische Solidarisierung aus.

Dynamiken der Jungles.

Die Entwicklung bis 2014

Sangatte

Die Muster des Migrationsgeschehens in Calais reichen weit zurück. In den 1980er Jahren gelangten vor allem pakistanische und vietnamesische Migrant_innen über den Fährhafen nach Großbritannien, gefolgt von osteuropäischen und tamilischen in den frühen 1990ern und kosovarischen, afghanischen und (meist irakisch-) kurdischen am Ende des Jahrzehnts. Im Jahr 1986 entstand mit *La Belle Étoile* eine erste zivilgesellschaftliche Initiative, die sich um gestrandete Migrant_innen kümmerte und rechtliche Hilfe anbot. 1999 übernahm sie die Betreuung einer von den Behörden geschaffenen Nachtunterkunft für etwa 100 bis 120 Kosovar_innen in Calais, die jedoch ein Jahr später wieder geschlossen wurde. Kurz darauf untersagte die Unterpräfektur von Calais (vermutlich erstmals) die Verteilung von Lebensmitteln an die obdachlos oder in improvisierten Hütten lebenden Migrant_innen (vgl. Fassin 2012; Clochard 2007: 134–346).

In dieser Phase lebten die Menschen unter extremen Bedingungen in der Nähe des Bahnhofs, in öffentlichen Anlagen und in der *Zone Industrielle des Dunes*,¹⁹ wo später der Name *Jungle* entstehen sollte.

¹⁹ Es handelt sich hierbei um ein Industriegebiet im Osten der Stadt, in dem sich ein Großteil des Geschehens abspielte und wo sich ab den späten 1990er Jahren immer wieder Camps/Jungles bildeten, teils mehrmals hintereinander an gleicher Stelle. Der Grund hierfür liegt in der Lage und Beschaffenheit des Gebiets. Es grenzt nach Norden an das Hafengelände, nach Osten an die dorthin führende Zubringerautobahn und nach Westen an ein gemischtes Gewerbe- und Wohngebiet, hinter dem die Innenstadt beginnt. Die *Zone des Dunes* wird axial durch die Rue des Garennes durchzogen. An dieser Straße und in ihrer Nähe

„Die Flüchtlinge verteilen sich nach ethnischen Gruppen in der Stadt. Überwiegend Kosovo-Albaner halten sich im Stadtpark auf. Afghanen und Iraner im Industriegebiet ‚Zone des Dunes‘. Auf einer Restfläche zwischen Schnellstraße und Kanal nahe dem Fährhafen übernachteten zum Großteil Kurden. Sie werden von lokalen Hilfsorganisationen mit Lebensmitteln versorgt. Im August [1999] veranlassen starke Regenfälle einige Flüchtlinge, sich mit gesammelten Baustellenmaterialien kleine Hütten zu bauen.

Mitte August 1999 sollen für die Teilnahme am ‚Villes Fleuri‘-Wettbewerb die Parks und Grünanlagen der Stadt hergerichtet werden. Die kampierenden Leute werden auf Weisung des Präfekts vom Departement Pas-de-Calais von Polizei und Rotem Kreuz an verschiedene Orte transportiert. Von den insgesamt circa 370 Menschen werden 60 Familien vorübergehend in einem Krankenhaus untergebracht, 120 Alleinstehende in die konfiszierte Lagerhalle nach Sangatte gebracht und die Übrigen nach Italien ausgewiesen.

Das Lager in Sangatte wird von der Polizei geführt und kontrolliert. Es wird aber schon Anfang September 1999 auf Drängen von Hilfsorganisationen wieder geschlossen, weil es für diese polizeiliche Maßnahme keine rechtliche Grundlage gibt. Die Flücht-

befanden sich mehrere auf die Bedürfnisse von Lastwagenfahrer_innen spezialisierte Tankstellen sowie Park- und Rastmöglichkeiten. Parallel zur Rue des Garennes führt ein selten, aber regelmäßig befahrenes Eisenbahngleis zum Fährhafen. Es gibt mehrere größere Industriebetriebe (mit zum Teil toxischen und stechend riechenden Emissionen) sowie ausgedehnte Brachen, Gebüsche und das Waldstück des namensgebenden *Dzhangal*. Im Zuge der Migrationsbekämpfung wurden die meisten Tankstellen, sowie alle Rast- und Ruheplätze der Lastwagenfahrer_innen geschlossen. In den Jahren 2015/16 schloss sich der New Jungle nach Osten unmittelbar an die *Zone des Dunes* an und war lediglich durch die Zubringerautobahn von ihr getrennt, wodurch die Rue des Garennes zur Hauptverbindung zwischen Camp und Stadt wurde. Nach der Räumung befand sich die einzige offiziell tolerierte Ausgabestelle für Nahrungsmittel usw. in diesem Gebiet.

linge müssen sich erneut Übernachtungsmöglichkeiten suchen. Diesmal ist der Stadtpark polizeilich abgeriegelt, und die 300 bis 400 Personen werden ins Industriegebiet ‚Zones des Dunes‘ abgedrängt. Auf dem kontaminierten Gelände gibt es kein sauberes Wasser, und die provisorischen Hütten, die sich die Flüchtlinge bauen, werden von der Polizei sofort wieder eingerissen. Verschiedene kirchliche Gruppierungen und Bürgerinitiativen versorgen die Flüchtlinge und demonstrieren bei der Präfektur gegen die Zustände.“ (AnArchitektur 2002: 2)

Diese Situation mündete kurz darauf in der Wiedereinrichtung des Lagers²⁰ in Sangatte, einer kleinen Nachbargemeinde Calais‘ in der Nähe des Kanaltunnels. Die vom Roten Kreuz betriebene Einrichtung (*Centre d’hébergement et d’accueil d’urgence humanitaire*, kurz: CHAUH) befand sich in einer konfiszierten Halle der Eurotunnelgesellschaft und erinnerte an die Notunterkunft der Kosovar_innen, war jedoch bedeutend größer. Auf einige hundert Menschen ausgelegt, war sie mit zeitweise über 1.500 Personen stark überbelegt. Die Migrant_innen nutzten Sangatte hauptsächlich als Basis, um zum knapp 10 Kilometer entfernten Fährhafen zu gelangen, fanden mit dem nahe gelegenen Kanaltunnel nun jedoch eine günstige Alternative. Nach Angaben des Roten Kreuzes passierten zwischen Oktober 1999 und Oktober 2002 insgesamt 67.611 Migrant_innen das Lager, von denen die meisten nach Großbritannien gelangten (vgl. Clochard 2007: 246–254, 280ff; Fassin 2005: 362–365; 2012: 133ff). Als die britische Regierung das Unternehmen Eurotunnel im August 2001 mit Strafen für illegal einreisende Migrant_innen belegte und dieses die rechte britische Boulevardpresse mobilisierte, die daraufhin ein Invasionszenario heraufbeschwor, wurde Sangatte für eine breite Öffentlichkeit zum politischen Skandal, bis die Terroranschläge vom 11. September 2001 das Thema aus den Schlagzeilen verdrängten (vgl. Georgi 2014 118–124).

²⁰ Der Begriff *Lager* kennzeichnet hier in erster Linie die äußere Form und innere Struktur der Unterkunft. Allerdings waren die Bewohner_innen dort weder interniert, noch wurden sie registriert (was sich zuletzt änderte). Nachdem interne Konflikte eskaliert waren, war die Polizei kontinuierlich in der Halle anwesend.

Im Juli 2002 einigte sich der französische Innenminister und spätere Präsident Nicolas Sarkozy mit seinem britischen Amtskollegen David Blunkett auf die Schließung des Lagers bei gleichzeitiger Verschärfung des britischen Migrationsrechts und einem weiteren Ausbau der Grenzsicherung. Im Vorfeld der Schließung sicherte ein trilaterales Abkommen zwischen der französischen, britischen und afghanischen Regierung bei freiwilliger Rückkehr nach Afghanistan finanzielle Hilfen von 2.000 EUR für Erwachsene und 500 EUR für Kinder zu, wovon allerdings nur Einzelne Gebrauch machten. Außerdem begann die Registrierung der Migrant_innen, und Neuaufnahmen in das Lager erfolgten seit dem 5. November nicht mehr. Am 2. Dezember regelten Sarkozy und Blunkett die Modalitäten der Schließung, die nun von April 2003 auf Dezember 2002 vorgezogen wurde. Teil der Vereinbarung war ein legales Einreiseverfahren für einen Großteil der irakisch-kurdischen und afghanischen Bewohner_innen nach Großbritannien.

„Von den 1.268 Ausländern, die beim Verlassen des Lagers Hilfe erhielten, erklärten sich 11 Personen bereit, nach Afghanistan zurückzukehren, 25 wurden in anderen europäischen Ländern aufgenommen, 200 erhielten Unterkunft in Frankreich und 1.032 wurden nach England transferiert. Das Vereinigte Königreich verpflichtete sich, die Mehrheit der Migranten aus dem Lagers von Sangatte zu übernehmen, von denen fast alle Iraker (893) waren; im Gegenzug schloss Frankreich das Zentrum und verstärkte seine Migrationskontrolle in Calais und an den wichtigsten Bahnhöfen, insbesondere am Bahnhof Gare du Nord in Paris.“ (Clochard 2007: 265)

Die in Frankreich umverteilten Menschen wurden landesweit auf dezentrale Unterkünfte verteilt, während andere in Calais verblieben, weil sie von vornherein nicht in Sangatte gelebt hatten oder im Vorfeld der Schließung nicht aufgenommen worden waren. Noch vor der Schließung besetzten Migrant_innen, unterstützt von zivilgesellschaftlichen Gruppen, öffentliche Plätze und eine Halle, fanden Zuflucht in kirchlichen Räumen und erreichten zum

Teil, ebenfalls eine Unterkunft in Frankreich zu erhalten (vgl. ebd.: 289–292). Allerdings reichte die Anzahl verfügbarer Unterkünfte nicht aus – es gab landesweit nur etwa 12.000 Plätze für 52.000 Asylbewerber_innen (vgl. ebd.: 291) – was bis heute ein massives strukturelles Problem des französischen Migrationssystems darstellt. Im folgenden Winter boten die Behörden keine Hilfen mehr an, sondern erhöhten den Druck auf die Betroffenen und versuchten, das Migrationsgeschehen unsichtbar zu machen. Eine für diese Phase typische Form der Verstecke bestand in selbst gegrabenen Erdlöchern als Schutz vor Witterung und Kälte (vgl. ebd.: 292f), während massive Polizeigewalt nun zur Normalität wurde und bis heute anhält.

Das Lager Sangatte wurde unmittelbar nach der Räumung abgerissen. Seine langfristige Bedeutung für die politischen, administrativen und medialen Akteure darf jedoch nicht unterschätzt werden. Sangatte war ein wesentlicher Grund für die Entdeckung des Kanaltunnels als Migrationspfad. Es beschleunigte die Fortifikation der Verkehrsanlagen ebenso wie die Technisierung der Kontrollprozeduren und war Anlass für das französisch-britische Zusatzprotokoll von Sangatte, das die vorgezogenen Grenzkontrollen auf die Abfahrtbahnhöfe der Eurostar-Züge ausweitete. Es verlieh dem grenzregionalen Phänomen mithin nationale Bedeutung, machte es zum Gegenstand zwischenstaatlichen Regierungshandelns und zu einem ideologisch und symbolisch aufgeladenen Thema europäischer Medien. Zugleich verlief ‚Sangatte‘ im Modus einer humanitären Krise, zu deren Management Frankreich dieses eine Mal (und niemals wieder) eine internationale Organisation wie das Rote Kreuz heranzog. Als ein zugewiesener Lebensort außerhalb des Stadtraums war die Sangetter Halle zudem ein Vorläufer des New Jungle, den Kritiker_innen nicht ohne Grund als „Sangatte ohne Dach“ (Mörsch 2016: 214) charakterisierten. Auch die Modi zwischenstaatlicher ‚Problemlösung‘ durch die einmalige Aufnahme eines (im New Jungle jedoch sehr viel selektiver vordefinierten) Teils der Migrant_innen ähneln sich in beiden Fällen, ebenso wie die Verteilung der meisten übrigen auf dezentrale Unterkünfte in Distanz zur Grenze, das anschließende Unsichtbarmachen der Migration und nicht zuletzt ihre Kontinuität.

Heraustreten aus der Klandestinität

Im Jahr 2003 entwickelten sich in der *Zone Industrielle des Dunes* und in anderen Randgebieten der Stadt von Neuem informelle Camps. Ihre Entwicklung war durch eine Folge gewaltsamer Räumungen und Neugründungen an anderem Ort periodisiert; sie verlief also in einem permanenten Krisenmodus, der ein situatives Einstellen auf die jeweils neue Situation erforderte. Neben individuellen Verstecken, die es weiterhin gab, besetzten Migrant_innen seit 2003 auch leerstehende, meist völlig marode Gebäude und nutzten sie als Schlafstätten. Im Gegensatz zu den Jungles, lagen diese *Kharabas* (arab.: leer stehendes Gebäude) eher im Inneren der Stadt und ermöglichten daher eine gewisse Partizipation an den städtischen Ressourcen. Oft waren sie ethnisch homogen und nur für Angehörige einer einzelnen Community nutzbar, während andere von Schleusern kontrolliert oder informell vermietet wurden (vgl. CMS 2015a: 5f, 8f).

Im Zuge dieser Entwicklung wurde der Begriff *Jungle* zum Synonym der Camps. Sein Ursprung lässt sich zeitlich nicht genau verorten, doch bezog er sich hauptsächlich auf die *Zone des Dunes* und die dortigen Camps. Alles spricht dafür, dass er ab einem nicht mehr zu bestimmenden Zeitpunkt von Migrant_innen benutzt, aber erst im medialen Diskurs der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde. Hierzu trugen auch Arbeiten und Interventionen des Künstlers Henk Wildschut bei, der u.a. großformatige und auf Folie gezogene Fotografien auf geräumten Siedlungsplätzen anbrachte und damit als neues Baumaterial zur Verfügung stellte. Er beschreibt die Entwicklung der Jungles zwischen 2006 und 2009:

„Bei meiner Ankunft kam ich überall durch Gruppen von Männern. Es schienen mehr zu sein als 2001. Die, mit denen ich sprach, machten mich auf ein bewaldetes Gebiet knapp außerhalb von Calais aufmerksam. Das Gebiet war eingeklemmt zwischen einer Fabrik und einem Vorort. Von der Straße aus war nichts Besonders zu sehen, nur ein paar Häuser mit Hinter-

höfen, die an den Wald grenzten. Zwischen den Bäumen kam ich an farbigen Hütten vorbei, die aus Decken und Kleidern und allen möglichen weggeworfenen Materialien gemacht waren, welche sorgfältig mit Stücken von Seilen und Bändern zusammengefügt worden waren. [...]

Der Jungle unterteilte sich grob in drei Gebiete: den afrikanischen Teil (*section*), den indischen Teil und den pakistanisch-afghanischen Teil. Es bestanden gewisse Rivalitäten zwischen diesen Gruppen, die sich regelmäßig in Gewaltausbrüchen entluden, häufig ausgelöst durch nächtlichen Streit darüber, welche Gruppe es zuerst schafft, einen geeigneten Lastwagen zu finden. ‚Finden‘ bedeutet in diesem Kontext übrigens in Wirklichkeit, dass mafiaähnliche Banden einen Lastwagen für einen hohen Preis als Transportmittel angeboten haben....

Die Camps wurden regelmäßig von der Polizei geräumt, doch neue wurden so schnell wie möglich gegründet. Im Jahr 2009 wuchs eines der Camps regelrecht zu einem Mega-Camp heran, mit einer Moschee, einer Bäckerei und einem richtigen Camp-Laden. Auf seinem Höhepunkt beherbergte dieses Camp mehr als tausend Afghanen. Ende September 2009 wurde es mit Bulldozern plattgemacht, ein von hoher medialer Aufmerksamkeit begleitetes Ereignis.“ (Wildschut 2010)

Die neue Dynamik bestand, wie hier deutlich wird, nicht nur im quantitativen Wachstum der Siedlungsplätze, sondern in der Herausbildung multi-ethnischer Jungles mit ethnischer Binnendifferenzierung, einer informellen Ökonomie und eigenen Institutionen. Aufgrund der kontinuierlichen Zu- und Abwanderung von Menschen, die konstant aus denselben Herkunftsgebieten und auf ähnliche Weise nach Calais gelangten, wo sie durch die Expansion der Grenze zu einem längeren Aufenthalt gezwungen waren, entwickelten sich spezifische soziale und kulturelle Muster. Diese wurden in den Communities tradiert, sie konnten in den Jungles dieser Phase zueinander in Beziehung tre-



Verwüstungen im *Sudanese Jungle* nach einer Polizeiaktion (Foto: Calais Migrant Solidarity, September 2013)

ten und miteinander interagieren. Natasha King beschreibt diese Muster als „community of care“ (King 2016: 107) und verdeutlicht dies am Beispiel des *Tioxide Jungle* der Jahre 2014/15, in dem sie selbst zeitweise lebte und der ein unmittelbarer Vorläufer des New Jungle war:

„Nachdem sie so lange gereist waren, waren viele Leute im Camp sehr erfahren darin, ihre Bedürfnisse in Situationen von Konflikt und limitierten Ressourcen kollektiv und kooperativ zu erfüllen. Dies war für den Aufbau des Gemeinschaftlichen (*commons*) in einer so vergänglichen Community, wie es die Community der Calais Passierenden ist, fundamental. Diese Struktur oder dieser Habitus der Fürsorge (*care*) war eine Ressource, zu der jeder Ankommende Zugang hatte. Als solche hat sie die Anwesen-



Informelle Schule im *Tioxide Jungle*. (Foto: Passeurs d'hospitalités)

heit jedes einzelnen Individuums überdauert. Die Leute haben in einer Weise füreinander gesorgt, die mich, als ich wieder in Großbritannien war, beschämte [...]. Mit extrem begrenzten Ressourcen kochten und aßen die Leute zusammen, beteten zusammen, sangen und musizierten zusammen und halfen einander in Lastwagen, um die Passage zu versuchen. Dies war genau jene extreme Zuverlässigkeit, von der Papadoupoulos und Tsianos²¹ in ihrer Beschreibung der *mobile commons* sprechen. Einer der Interviewten beschrieb dies als ständige Präfiguration von *com-*

²¹ King bezieht sich auf dies.: After citizenship: autonomy of migration, organisational ontology and mobile commons, in: *Citizenship Studies*, 17 (2), S. 178–196, hier: 190.

munity: „So ist es nicht einfach nur der Versuch, eine Community aufzubauen, sondern die Werkzeuge zu bauen, die es uns erlauben, immer wieder neu zu beginnen.“ (King 2016: 107f)

Folgt man Natasha King, so war dies der Nukleus einer „eigenen Kultur“ (King 2017), in der die im Prozess des Reisens virulenten *mobile commons* wirksam blieben, die nun jedoch an einen fixen (wenngleich für die Einzelnen temporären) Ort gebunden waren und diesen zugleich transformierten. Bedingt durch die ständige Fluktuation, verlief dieser Vergesellschaftungsprozess beschleunigt, während die wiederkehrenden Zerstörungen und Neugründungen der Siedlungsplätze so etwas wie eine kulturelle Evolution bedingten. Wenn wir im folgenden Kapitel von einer möglichen Urbanisierung des New Jungle sprechen, so wäre hier ihr Ausgangspunkt zu sehen.

Mit einem Protestcamp der *No borders*-Bewegung im Juni 2009 und der Formierung der *Calais Migrant Solidarity* begann eine dauerhafte Präsenz anti-rassistischer Aktivist_innen aus mehreren europäischen Ländern (vgl. King 2016: 67–79). Auf der Grundlage eines anarchistischen Konzepts begriffen sie die Selbsthilfe der informell Reisenden als eminent politisch, kooperierten unmittelbar mit ihnen und wurden zu einem Schlüsselakteur der folgenden Jahre. Mit urbanen Hausbesetzungen und Möglichkeiten ihrer juristischen Absicherung vertraut, besetzten sie beispielsweise mehrere Gebäude und Gebäudekomplexe, die nach französischer Rechtspraxis in einen halblegalen Status überführt werden konnten. Diese *legal squats* stellten durch ihren relativen Schutz und ihre bessere Ausstattung eine Alternative zu den Jungles und vor allem den Kharabas dar. Sie dienten teils als selbstorganisierte Lebens- und Rückzugsorte, aber auch als soziale und gegenkulturelle Zentren. Da manche Aktivist_innen selbst in den Häusern lebten, gewannen sie tiefe Einblick in den Lebensalltag, waren zugleich aber mit vielschichtigen Binnenkonflikten konfrontiert (vgl. CMS 2015a: 5; No Borders 2015; Non 2015). Die Bedeutung dieser Lebensorte und Laboratorien an der Schnittstelle politischer und/oder migrantischer Akteur_innen kann kaum überschätzt werden, und die Berichte und Reflexionen der *Calais Migrant Solidarity* gehören, da sie dem Zentrum



Die Polizei stürmt am 27. Juni 2011 das *Africa House*, ein von ostafrikanischen Migrant_innen und der *Calais Migrant Solidarity* kollektiv organisiertes Zentrum. Es existierte in mehreren nacheinander besetzten Gebäuden. (Foto: Calais Migrant Solidarity)

der Konflikte entstammen, zu den aufschlussreichsten Texten überhaupt. Sie skizzieren das Experiment einer *radical migrant solidarity* und eines *collaborative community building* in einer innerhalb Europas seltenen Relevanz, Komplexität, Widersprüchlichkeit und Intensität, die manche Aktivist_innen an die Grenzen des Verkraftbaren führte (vgl. CMS o.J.; Non 2015; King 2016: 132–136).

Ein Beispiel dieser Entwicklung ist eine zunächst taktisch motivierte Hausbesetzung in der Rue Caillette, mit der ein Präzedenzfall für die juristische

Absicherung eines solchen Projekts geschaffen werden sollte. Das zunächst nur von europäischen Aktivist_innen genutzte Haus wurde im Frühjahr 2013 für Migrant_innen geöffnet, die nach einer Räumung obdachlos geworden waren. Das Projekt endete abrupt, als ein von Schleusern misshandelter Mann, der nach seiner Haftentlassung aufgenommen worden war, dort starb. Die Behörden nutzten den Fall als Anlass für eine Räumungswelle und eine dezidierte Null-Toleranz-Politik. Die Aktivist_innen reagierten mit einer Aktionswoche, in deren Verlauf im Februar 2014 so viele Gebäude besetzt und Besetzungen vorgetäuscht wurden, dass am Ende drei Besetzungen rechtlich abgesichert werden konnten. Während zwei von ihnen als Wohnquartiere dienten, entwickelte sich das dritte, eine ehemalige Fabrik in der Rue Masena, zu einem über Calais hinaus bekannten Sozialzentrum mit kostenloser Küche, Fahrradwerkstatt, Bibliothek, Ladestation für Mobiltelefone, Sprachunterricht und sportlichen Angeboten. Darüber hinaus spielte es eine tragende Rolle für eine Reihe von Protestaktionen, Hungerstreiks, innerstädtischen Campgründungen und weiteren Besetzungen im Sommer 2014 (vgl. CMS 2015: 8ff).

Die wichtigste dieser neuen Interventionen war die Besetzung eines weiteren Fabrikgeländes am Rand der Innenstadt während einer Demonstration. Hatte die *Calais Migrant Solidarity* bis dahin kaum mit der Unterstützung der lokalen Hilfsorganisationen rechnen können, so wirkten diese nun mit. Benannt nach der stillgelegten Fabrik und ihrer massiven metallenen Grenzwall, wurde das *Fort Galloo* zum größten Projekt dieser Phase (und zu einem weiteren Vorläufer des New Jungle):

„Umgeben von einer hohen Mauer, beinhaltete der 12.000 Quadratmeter umfassende Komplex ein Haus, einen Hallenbereich und einen großen Hof. Es war für absolut jeden offen, außer für die Polizei, und auf dem Höhepunkt lebten um die 400 Leute dort. Zu den Bewohner_innen gehörten Migrant_innen mit unterschiedlichem Geschlecht und Hintergrund sowie mit unterschiedlichem rechtlichem Status, aber auch einheimi-



„World with no borders“. Waldmalerei im Hof des Fort Galloo. (Foto: Passeurs d'hospitalités, Juli 2014)

sche Europäer_innen und Aktivist_innen der Calais Migrant Solidarity.“ (ebd.: 14)

Neben dem *Tioxide Jungle* und dem *Fort Galloo* gehört ein weiteres Projekt dieser Phase zur unmittelbaren Vorgeschichte des New Jungle, nämlich ein besetztes Haus der *Calais Migrant Solidarity* für Frauen und Kinder, das nach dem Namen der Straße, an der es lag, *Victor Hugo* genannt wurde. King beschreibt es als ein weiteres Laboratorium kollektiven Lebens und Agierens unter schwierigen Bedingungen und mit kaum lösbaren Binnenkonflikten, aber auch als ein Projekt, das neue Beziehungen zu humanitären Gruppen hergestellt und die negative Wahrnehmung der *Calais Migrant Solidarity* verändert habe (vgl. King 2016: 111ff). Außerdem wurde eine veränderte Strategie der Behörden sichtbar, denn das Projekt endete nicht mit einer Räumung.

„Im März 2014 wurde Victor Hugo von einer anderen Hilfsorganisation übernommen und den CMS-Aktivist_innen der Zutritt verboten. Die Politik der Exklusion hatte sich verändert. Victor Hugo wurde einige Monate später geschlossen, als ein staatlich gefördertes, von einer Hilfsorganisation betriebenes Frauenzentrum aus einer Reihe von Wohncontainern außerhalb der Stadt eröffnete. Dieses Zentrum wurde im Februar 2015 ebenfalls geschlossen, als seine Bewohner_innen, rund 80 Frauen und Kinder, größtenteils gegen ihren Willen in ein neues Tageszentrum in etwa 7 Kilometern Entfernung von Calais gebracht wurden.“ (ebd.: 115)

Dieses Tageszentrum wird uns unter dem Namen *Centre Jules Ferry* als Teil des New Jungle wieder begegnen (s. Kap. 3).

Doch sind die Dynamiken der Jahre 2013/14 damit noch nicht hinreichend beschrieben. Bedeuteten bereits die Haus- und Fabrikbesetzungen ein selbstbewusstes Hineintreten in den urbanen Raum, so entstanden nun zusätzlich mehrere exponiert gelegene und bewusst sichtbare Camps. Die Jungles reichten buchstäblich in den Kern der Stadt und an die Häuser der *Calaisiens* heran.



Camp am *Bassin de la Batellerie* in der Innenstadt von Calais. (Foto: Passeurs d'hospitalités, Februar 2014)

„Die mittlerweile auch in Calais angekommenen syrischen MigrantInnen besetzten medienwirksam den Fußgängerzugang zum Hafengelände und benutzen die Konstruktionen des Zuganges als Zeltstangen; sie waren somit für alle Calais-Reisenden sichtbar. Dann gab es den ersten Massenansturm auf den Hafen von einigen hundert MigrantInnen gleichzeitig, der erst unmittelbar vor den Fähren gestoppt werden konnte.

Im Frühsommer entstanden dann zwei Zeltlager innerhalb der Grenzen der Altstadt. Während deren Räumung organisierten sich die aus verschiedenen Ländern stammenden MigrantInnen

erstmalig spontan und besetzten trotz massiver Polizeigewalt das Gelände der Essensausgabe der Hilfsorganisation Salam, das noch ein bisschen zentraler in der Innenstadt lag. Nach einigen Wochen wurde dieses zwar wieder geräumt, aber die Zahlen stiegen und alles passierte gleichzeitig.“ (Mörsch 2016: 213)



Blockade des Fussgängerzugangs zum Fährhafen durch ein Protestcamp von 65 syrischen Migrant_innen am 3. Oktober 2013. (Foto: Calais Migrant Solidarity)

Damit war ein Heraustreten aus der Klandestinität vollzogen, das von spektakulären Bildern begleitet war und breite mediale Aufmerksamkeit erfuhr. Das Grenzspektakel war gleichsam von der Grenze in das Zentrum der Stadt hinein expandiert, es dominierte und überlagerte die Wahrnehmung der

Stadt und wurde sukzessive zu einem innereuropäischen Symbol der sonst in den äußeren Grenzübereichen verorteten ‚europäischen Flüchtlingskrise‘. Hatten die Behörden bis dahin auf ein Abdrängen und Unsichtbarmachen der ‚Illegalen‘ gesetzt, so war nun das Gegenteil eingetreten und das Scheitern dieser Strategie der internationale Öffentlichkeit offensichtlich geworden. Sichtbar geworden war damit auch ein autonomes politisches Agieren von Migrant_innen und ihre Fähigkeit zum Spiel mit medial-politischen Mechanismen, wenngleich die Behörden bemüht waren, all dies als Inszenierung der *Calais Migrant Solidarity* erscheinen zu lassen.



„Boote für Alle“: Demonstration von Migrant_innen im Zentrum von Calais. (Foto: Passeurs d’hospitalités, Juni 2014)

Parallel zu diesen Entwicklungen hatte sich auch das Spektrum der zivilgesellschaftlichen und humanitären Akteur_innen weiter ausdifferenziert. Neben landesweit tätigen kirchlichen Organisationen wie *Secours Catholique*, transnationale NGO's wie *Médecins Sans Frontières* und lokale Gruppen wie *Salam*, die sich angesichts der Notlage nach der Schließung von Sangatte gebildet hatte, trat als wichtiger neuer Akteur die *L'Auberge des Migrants* (2008). Aus der lokalen Entwicklung hervorgegangen, übernahm die Organisation einige Jahre später eine tragende Rolle für die Entwicklung des New Jungle und die Versorgung der Migrant_innen nach dessen Zerstörung – doch dazu später.

All dies war begleitet von einem Erstarren rechter und rechtsextremer Kräfte. Dieser Rechtsruck wird häufig als eine Reaktion der Wähler_innen auf die zugespitzte Konfliktkonstellation gedeutet, was nicht völlig falsch ist (vgl. Fourquet/Manternach 2017), jedoch ignoriert, dass er viel mit der sozioökonomischen Krise der Stadt zu tun hat. Bereits vor 2008 waren die früheren kommunistischen Mehrheiten soweit erodiert, dass die konservative Kandidatin Natascha Bouchart, eine Parteigängerin Sarkozys, zur Bürgermeisterin gewählt wurde. Bouchart nutzte das Migrationsgeschehen nun ihrerseits, um sich durch harte Maßnahmen gegen die ‚Illegalen‘ zu profilieren. Dabei operierte sie mit gezielten Provokationen wie etwa einem Aufruf in den sozialen Medien zur Denunziation versteckter Migrant_innen (was zur Bildung von Bürgerwehren führte) oder der Drohung, den Fährhafen schließen zu lassen, falls die Regierung keine schärferen Maßnahmen ergreife. Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, dass sowohl bürgerliche, als auch rechtsextreme Akteur_innen Calais immer wieder als Bühne nutzten, um durch die Ankündigung neuer Maßnahmen ihre Handlungsfähigkeit zu demonstrieren oder umgekehrt einen Kontrollverlust der Regierenden zu beklagen. Während Bouchart 2014 als Bürgermeisterin wiedergewählt wurde, entwickelte sich Calais zu einer Hochburg des Front National, dessen Vorsitzende Marine Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2017 einen Stimmenanteil von 57 % erzielte. Auch andere rechtspopulistische und rechtsextreme Organisationen nutzten Calais als Aktions- und Agitationsfeld, darunter die *Génération identitaire*, die lokale Neonazigruppe *Sauvons Calais*, die *British National Party*, die *UK Independen-*

dence Party und selbst *Pegida*. Innerhalb des ohnehin komplexen Geschehens war dies eine weitere Konfliktebene.

Der Archipel

Das europäische Festland und Großbritannien sind, sieht man von Calais ab, durch eine Anzahl weiterer Fährverbindungen miteinander verbunden, die jeweils einen potenziellen Migrationspfad bilden. Zwar nahm ihre Zahl in den vergangenen Jahrzehnten ab, doch verkehrten im Jahr 2016 Fährer von insgesamt acht französischen zu fünf britischen, einem belgischen zu einem britischen, drei niederländischen zu drei britischen und zwei spanischen zu drei britischen Häfen. Weitere Fährer verbinden drei französische mit drei irischen Häfen und ermöglichen einen potenziellen Zugang zur offenen Landgrenze zwischen der Republik Irland und dem britischen Nordirland. Ein Teil der von Schleusern organisierten Migration geschieht zudem über die Frachthäfen im Raum Rotterdam und im belgischen Zeebrugge sowie in geringerem Maße auch über Häfen in Deutschland und Skandinavien (vgl. Bolt 2017: 30). Weitere Migrationspfade bilden die Abfahrtsbahnhöfe der Eurostar-Züge wie Gare du Nord in Paris oder Brüssel-Midi, die nach Calais oder Dunkerque führenden Autobahnen und Eisenbahnen sowie in geringem Umfang auch kleinere Flughäfen in der französischen Provinz (vgl. Clochard 2007: 288).

Seit der Schließung des Lagers Sangatte entstanden und entstehen daher auch außerhalb von Calais jungleartige Camps – zeitweise waren es mindestens 17 (vgl. CFDA 2008; RRD 2016d; Alaux 2015: 3). Viele lagen in Reichweite der Hafenanlagen von Dunkerque, die bereits etwa 20 Kilometer östlich von Calais beginnen, andere in der Nähe der Häfen von Cherbourg, Dieppe, Ouistreham bei Caen, Roscoff, Oostende und Zeebrugge, der Autobahnen A 25 und A 26 und in Paris selbst. Calais war und ist also von einem Archipel aus Satelliten-camps umgeben und nimmt darin eine zentrale Rolle ein.

„Dies führte auch zu einigen nationalen und ethnischen Differenzierungen hinsichtlich der für die Passage gewählten Routen. Zum Beispiel wurde Calais zu einem Passageort hauptsächlich für Leute aus Afghanistan, Eritrea, Äthiopien und dem Sudan; Dunkerque für Leute aus Kurdistan und dem Irak usw. Mit der Zeit wurden ebenso bestimmte Bezirke von Paris so etwas wie Vororte von Calais, zunehmend wichtige Zwischenstopps für Leute auf dem Weg nach Calais und ein Netzwerk von Ruheplätzen, an die man zwischen den Versuchen zurückkehren konnte.“
(King 2016: 104)

Die Satellitencamps waren in der Regel kleine Zelt- oder Hüttensiedlungen mit einigen Dutzend bis wenigen hundert Bewohner_innen meist gleicher Herkunft. Manche bestanden über lange Zeiträume und konnten, wie in Norrent-Fontes, sogar einen halblegalen Status annehmen (vgl. *Passeurs d'hospitalités*, 13.10.2016). Der Umgang der lokalen Behörden und der einheimischen Bevölkerungen divergiert zwischen solidarischer Hilfe und gewollter Feindseligkeit, und während einige Camps wohl selbstorganisiert existieren konnten, waren andere von Mafias kontrolliert. Kam es zu Räumungen, so gründeten die Bewohner_innen ein neues Camp, nutzten ein anderes oder gingen nach Paris oder Calais, doch führten umgekehrt auch Räumungen in Calais zu Auffang- und Ausweichbewegungen innerhalb des Archipels. Als die Präfektur in den Jahren 2015/16 die Calaiser Migrant_innen auf einen einzigen Siedlungsplatz, den New Jungle, lenkte, folgte zeitversetzt eine Räumungswelle in den kleinen Camps. Dies reduzierte ihre Zahl 2016 auf ein Minimum und machte den New Jungle mehr denn je zum Zentralort, während die Camps in Paris und Grande-Synthe nach dessen Räumung enorm anwuchsen (s. Kap. 4).

So sind infolge dieser wellenförmig verlaufenden Such- und Ausweichbewegungen im Jahr 2017 wieder neue Camps entstanden, oft an früher bereits genutzten Orten. Dabei hat sich der Archipel nach Westen und Osten ausgeweitet: In der belgischen Hauptstadt Brüssel entstand im *Parc Maximilien* ein Jungle mit einigen hundert Bewohner_innen. Im spanischen Bilbao cam-

pieren Migrant_innen, von denen manche zuvor in Calais gewesen waren, in Reichweite des Hafens und warten auf ihre Gelegenheit, auf eine Fähre nach Großbritannien zu gelangen. Die Zahl der entdeckten Migrationsversuche stieg dort von 370 im Jahr 2016 auf 1.765 in der ersten Jahreshälfte 2017 (vgl. *BBC*, 15.9.2017). Auch im deutschen Cuxhaven, von wo aus Fahrzeuge dorthin verschifft werden, findet informelle Migration nach Großbritannien statt, allerdings hauptsächlich in Form kommerzieller Schleusung (vgl. *Die Welt*, 6.8.2017). Im Juli 2018 schließlich berichtete die Bundespolizei erstmals, dass Migrant_innen aus Eritrea, Sudan und Äthiopien an einem Autobahngrenzübergang bei Aachen in einen Lastwagen eingebrochen seien, vermutlich um nach Großbritannien zu gelangen (*Aachener Nachrichten*, 18.7.2018).

In diesen Prozessen manifestiert sich die Suche sowohl der Migrant_innen, als auch der Schleusernetzwerke, nach dem gangbarsten Weg über die Grenze. Die Suchbewegung ähnelt im Kleinen der Situation entlang der EU-Außengrenzen und stellt ein Spiegelbild des expandierenden Grenzregimes dar.

Der New Jungle (2015/16)

Raumzuweisung und Raumzonierung

Angesichts der Dynamik, die die Entwicklung im Sommer 2014 erreicht hatte, änderten die Behörden ihre Strategie. Diese war nach der Schließung des Lagers Sangatte auf ein Abdrängen in die Unsichtbarkeit gerichtet gewesen, doch war mit dem Heraustreten aus der Klandesinität eine diametral entgegengesetzte Situation entstanden. Die Behörden griffen nun auf ein Muster zurück, das an die Schaffung von Sangatte erinnert, denn sie unterbanden die Ansiedlung der Migrant_innen im Stadtraum und wiesen ihnen einen definierten Raum außerhalb der Stadt zu. Dieser zugewiesene Raum war der New Jungle, der insofern *formalisiert* war und als Instrument eines staatlichen Krisenmanagements zu verstehen ist. Anders als zur Zeit von Sangatte war dieses Management nun in ein bereits existentes Gefüge französisch-britischer Strukturen, Vereinbarungen und Institutionen eingebettet, war Gegenstand umfangreicher Investitionen und besaß bei den Regierungen beider Staaten hohe Priorität.

Die Geschichte des New Jungle begann Anfang 2015. In einem ehemaligen Freizeitzentrum namens *Centre Jules Ferry* neben dem späteren Siedlungsplatz eröffnete im Januar eine Tageseinrichtung für Migrant_innen (*Service d'Accueil et d'Aide aux Personnes Migrantes*). Sie wurde aus staatlichen und EU-Geldern finanziert und von der Hilfsorganisation *La vie active* betrieben, die nicht zu den bisherigen humanitären Akteuren gehörte. Die Einrichtung bot für die Dauer von 8,5 Stunden täglich einen Zugang zu Duschen, Toiletten, Waschmaschinen und elektrischem Strom für das Aufladen der Mobiltelefone. Später wurde die Verteilung warmer Mahlzeiten durch *Salam* dorthin verlegt, eine Klinik der *Médecins du Monde* eingerichtet und ein Lager aus Containern

und Zelten für 400 Frauen und Kinder geschaffen. Das Centre Jules Ferry ersetzte damit mittelbar das Victor Hugo und die nach und nach zerstörten Infrastrukturen der *Calais Migrant Solidarity*.

Nach der Räumung der innerstädtischen Camps ‚toleriert‘ die Präfektur stattdessen die ‚illegale‘ Ansiedlung auf einer Freifläche, die südlich an das Centre Jules Ferry angrenzt. Zu diesem Zweck hatte die Präfektur für die Dauer von sechs Jahren das Nutzungsrecht für das Gelände übernommen, das in offiziellen Texten meist als *la Lande* (frz. Heide, Gestrüpp) bezeichnet wird. Dieses ‚toleriert Camp‘, in das die Bewohner_innen der geräumten oder mit Räumung bedrohten Jungles (wie z.B. Tioxide) auswichen, war der eigentliche New Jungle.

Die Behörden wiesen dem Camp nicht den Status eines Flüchtlingslagers zu, sodass internationale etablierte Organisationen wie der UNHCR oder das Rote Kreuz kein Mandat besaßen, dort tätig zu werden. Stattdessen stellte der Staat selbst – erstmals – Infrastrukturen innerhalb eines Jungle bereit, allerdings in ausgesprochen rudimentärer Form. Sie beschränkten sich auf einige Entnahmestellen für Trinkwasser, eine Anzahl mobiler Toiletten, die Befestigung und Beleuchtung befahrbarer Wege, die Entsorgung von Abfällen und einige weitere kleinere Maßnahmen. Zu diesem Zweck mandatierte er ACTED, eine im Kontext des Afghanistan-Krieges entstandene Nichtregierungsorganisation, mit einem indirekten Management des Camps. Die semistaatliche Organisation war bis dahin hauptsächlich in außereuropäischen Flüchtlingslagern tätig gewesen, nicht jedoch in Calais. Dennoch beanspruchte sie eine koordinierende Rolle gegenüber den unabhängigen Initiativen und band Repräsentant_innen der Communities auf unterer Ebene ein (vgl. ACTED 2016: 163). So entstand eine letztlich aufgepfropfte Struktur, die nicht über die Expertise der ansässigen Akteur_innen verfügte und nicht in der Lage war, menschenwürdige Bedingungen herzustellen. „Wir sind Zeuge der Schaffung eines rassistischen Gettos (*racial ghetto*) unter dem Deckmantel humanitärer Besorgnisse“, kommentierte *Calais Migrant Solidarity* (CMS 2015b).



Autobahnbrücke zwischen dem New Jungle und der Zone Industrielle des Dunes. Der Schriftzug *London Calling* war ein Symbol des New Jungle. (Foto: T. Müller, April 2016)

Der New Jungle erstreckte sich über ein annähernd rechteckiges Areal von etwa einem Kilometer Länge und einem halben Kilometer Breite, das sehr viel größer war als alle vorangegangenen Siedlungsplätze. Es lag am Rand der *Zone Industrielle des Dunes*, war jedoch durch die Autobahn A 216 wie durch einen Wall von ihr (und der Stadt) getrennt. Der New Jungle grenzte mit der Längsseite unmittelbar an den besonders sensiblen Abschnitt dieser Autobahn kurz vor dem Erreichen des Fährhafens, wo sich die meisten dokumentierten Todesfälle ereigneten. Genau in der Hälfte endeten die Zaunanlagen entlang der Fahrbahn oberhalb einer Brücke und wurden erst fünf Monate vor der Räumung weiter ausgebaut. Unter der Brücke führte die Rue

des Garences durch das Industriegebiet in Richtung Stadt. Mit ihrem häufig fotografierten Graffito *London Calling* (in dem ein Werk des Künstlers Banksy das „i“ bildete) wurde diese Brücke ein Symbol des New Jungle. Das Bauwerk befand sich unter der Kontrolle der CRS und fungierte als eine Art Grenzübergang. An zwei anderen Seiten bildeten öffentliche Straßen die Grenze des New Jungle, die vierte Seite grenzte an die marode Umfassungsmauer des Centre Jules Ferry. Das Centre wiederum war durch eine bewachte Pforte zugänglich, es gab jedoch auch einen stark frequentierten und unbewachten Hintereingang in Form einer Mauerlücke.

In der Mitte, also auf Höhe der Brücke, teilten zwei Dünenseen das Gelände in zwei Hälften, die allgemein *Southern Section* und *Northern Section* hießen. Beide waren durch improvisierte Straßen erschlossen, von denen ein Netz weiterer Wege und Pfade in die meist, aber nicht immer, ethnisch homogenen Viertel und Nachbarschaften führten. Diese erstreckten sich teils auf einer ehemaligen Schuttdeponie, die durch toxische Emissionen einer nahegelegenen Fabrik belastet war, und teils über ein natürliches Dünengebiet. Schwer zugängliche Dickichte begrenzten den besiedelbaren Raum.

Die Besiedlung des New Jungle begann im April 2015 im Anschluss an die Räumung der innerstädtischen Camps und im Vorfeld der Räumung der verbliebenen Jungles sowie des Fort Galloo (Juni 2015). In den ersten vier Monaten erhöhte sich die Zahl der Bewohner_innen von zunächst 1.000 auf etwa 3.000 (vgl. Dhesi et al. 2015: 5), um im Herbst ein vorläufiges Maximum zu erreichen. Ausgehend von der Autobahnbrücke und dem Centre Jules Ferry, bezog die Siedlung bald beide Sektionen ein und verdichtete sich zunächst in der Southern Section. In dieser Phase setzte sich die politische Dynamik der Vorjahre in einer dichten Folge von Demonstrationen fort, die von migrantischen Aktivist_innen, der *Calais Migrant Solidarity* und/oder anderen Unterstützer_innen getragen wurden, jedoch im Herbst 2015 verebten, ohne relevante Veränderungen bewirkt zu haben. Allerdings zeigten sich, bedingt durch die Lage der Siedlung neben der Autobahn, nun andere Muster kollektiven Agierens. „Die Leute [...] organisierten sich selbst, um auf die Autobahn

auszuschwärmen und um Staus zu erzeugen [...]. In einer Reihe von Fällen stürmten die Leute den Hafen und den Eurotunnel im Verlangen nach der Passage.“ (King 2016: 116)

Dreimal intervenierte der Staat massiv und schuf ein System unterschiedlicher Zonen und Binnengrenzen:

Erste Intervention: Das Containerlager. Inmitten der Northern Section räumte die Polizei um die Jahreswende 2015/16 einen Teil der gewachsenen Siedlung, siedelte einige hundert Bewohner_innen innerhalb der Sektion um und errichtete ein umzäuntes und bewachtes Lager aus 125 weißen Schiffscontainern mit je 12 Betten und einer Gesamtkapazität von 1.500 Plätzen. Das Lager wurde von einem privaten Sicherheitsdienst bewacht und, wie das Centre Jules Ferry, von *La vie active* betreut. Mit seinem sterilen Weiß, seiner strengen Geometrie, seiner spartanischen Ausstattung und seinen mit Handflächenscannern versehenen Zugangsschleusen stellte es allein optisch einen radikalen Gegenentwurf zum Jungle dar. Das Lager fungierte als provisorische Erstaufnahmeeinrichtung (*Centre d'Accueil Provisoire*, kurz CAP) für Flüchtlinge und sollte ihre Weiterverteilung in ein landesweites System dezentraler *Centres d'Accueil et d'Orientation* (CAO) vorbereiten. In diesen Einrichtungen sollten sie dann für einen befristeten Zeitraum untergebracht werden, in dem sie Asyl in Frankreich beantragen konnten und die sie ansonsten wieder verlassen mussten. Obwohl nur ein Teil der Migrant_innen diesen Weg in das französische Migrationssystem wählte, war die Kapazität des Containerlagers rasch erschöpft. Da es in Frankreich jedoch nach wie vor zu wenig Unterkünfte für Flüchtlinge gab und die erforderlichen CAO erst im Aufbau begriffen waren, kam es 2016 zu einem Rückstau von Menschen, die (entgegen der öffentlichen Wahrnehmung) sehr wohl in Frankreich Schutz suchten, aber im New Jungle strandeten.

Zweite Intervention: Das Glacis. Im Januar und Februar 2016 räumte die Polizei entlang der Autobahn und an einer weiteren Seite einen etwa hundert Meter breiten Streifen, beseitigte sämtlichen Bewuchs und schuf damit eine glacisartige Pufferzone im Vorfeld der Fahrbahn. Vom New Jungle her



Erdwall und Glacis zwischen der Siedlung und der Autobahn zum Fährhafen (rechts).
(Foto: T. Müller, April 2016)

bestand sie zunächst aus einem etwa zwei Meter hohen Erdwall, der die Siedlung gleichsam eindeichte. Hinter dem Wall folgte die eigentliche Freifläche mit einer Fahrstraße für die Einsatzfahrzeuge. Zur Autobahn hin, die in Brückenhöhe verläuft, folgten ein etwa 2 Meter breiter Wassergraben bzw. Steinblöcke als Bewegungshindernis vor der Böschung. Die Autobahn selbst war durch (zunächst unfertige) Hochsicherheitszäune beidseitig gesichert. Es handelte sich in diesem Abschnitt um einen 4,7 bzw. 3 Meter hohen Doppelzaun mit einer Krone aus Klingendraht, Kameras, Flutlicht, Sensoren und Durchgängen für die CRS-Kräfte. Immer wieder war das Glacis Schauplatz heftiger Konfrontationen, in deren Verlauf Migrant_innen beispielsweise

Müllcontainer in Brand setzten, um im Schutz dichter Rauchwolken zur Autobahn zu gelangen, während die CRS exzessiv mit CS-Gas operierten. Dieses sogenannte *Gassing* sollte primär ein Durchkommen auf die Fahrbahn verhindern, weitete sich sukzessive auf wartende Gruppen am Rand der Siedlung aus und konnte die Form einer systematischen und großflächigen Beschießung des New Jungle annehmen. Dies geschah vor allem nachts, also in Abwesenheit der Journalist_innen, und konnte zu einer wöchentlichen bis täglichen Routine gesteigert werden, was darauf hindeutet, dass es auch der Zermürbung und Machtdemonstration diene. So nicht geplant, nutzten die Migrant_innen den Glacis aber auch zur Ablenkung von ihren täglichen Routinen – nämlich als Spielfeld für Cricket.



Die Northern Section eine Woche vor der Räumung. (Foto: T. Müller, Oktober 2016)



Sudanesisches Viertel und staatliches Containerlager. (Foto: T. Müller, Oktober 2016)

Dritte Intervention: Die Räumung der Southern Section. Nach einer Entscheidung des zuständigen Verwaltungsgerichts in Lille vom 25. Februar 2016 begann die Polizei am 29. Februar mit der Auflösung des Jungle. Da sich jedoch herausstellte, dass die Anzahl der Bewohner_innen fast um das Doppelte höher lag, als die Behörden angenommen hatten, und die Kapazitäten des Containerlagers nicht ausreichten, um sie aufzunehmen, beschränkte sich die Räumung auf die Southern Section, wo zu diesem Zeitpunkt rund 60 % der etwa 5.500 Bewohner_innen lebten. Die Räumung dauerte drei Wochen, verlief gewaltsam und stieß auf heftigen Widerstand. Eine Gruppe überwiegend iranischer Flüchtlinge trat in einen 16 Tage dauernden Hungerstreik, durch den sie Gespräche mit Vertreter_innen des UNHCR und des *Défenseur des Droits*

erreichten.²² Während ein Teil der Menschen den Weg in das Containerlager suchte oder auf andere Camps, etwa nach Grande-Synthe bei Dunkerque, auswich, zogen die übrigen in die Northern Section. Im Verlauf der Räumung erreichten Hilfsorganisationen auf juristischem Wege, dass ein Teil der öffentlichen Einrichtungen der Southern Section unzerstört blieb, darunter eine Schule, eine Kunstschule, die Bibliothek, ein Jugendzentrum, zwei Moscheen und die äthiopisch-orthodoxe *St. Michael's Church of the Jungle*, die aus dem Tioxide Jungle hierhin verlegt worden war und eines der bekanntesten Gebäude darstellte. Diese lagen danach inselartig im Gelände, das zwar zugänglich blieb, jedoch nicht mehr besiedelt werden durfte. In der Summe hatten die staatlichen Interventionen die Siedlungsfläche für eine Bevölkerung, die sich in den folgenden Monaten verdoppeln sollte, auf die Hälfte reduziert. In der Northern Section setzte nun eine rasante Verdichtung ein. Dieser Zustand blieb bis zum Beginn der finalen Räumung im Oktober 2016 bestehen.

Neben diesen großen gab es ein schwer zu überblickendes Geflecht kleiner Interventionen mit fließenden Grenzen zu (und zwischen) alltäglichen Polizeiroutinen, politischer Symbolik und indirektem Management, sodass es schwer fällt, das Verhältnis zwischen dem Staat und dem Jungle vollständig zu beschreiben. Auch wenn wir argumentieren werden, dass Exklusion, Extraterritorialität und Suspension innerstaatlicher Normen für den New Jungle konstitutiv waren, so war der Staat dennoch nicht nur Gründer des Camps, sondern in ihm auch nie vollständig abwesend. Der New Jungle war, wie Natasha King schreibt, „sowohl innerhalb als auch außerhalb des Systems und der Gesellschaft, die ihn geschaffen haben“, und beides machte ihn, „unausgesprochen für die Behörden, zu einem autonomen Raum“ (King 2017). Doch betrachten wir zunächst einige Eckdaten.

²² Dokumentiert in: calaihungerstrike2016blog.wordpress.com.

Demographie und Lebensverhältnisse

Im Rahmen des Rechtsstreits um die Räumung der Southern Section führte *Help Refugees*, eine Partnerorganisation von *L'Auberge des Migrants*, einen Zensus durch und aktualisierte die Zahlen danach monatsweise. Diese Daten besitzen, da sie unter schwierigen Bedingungen erhoben werden mussten, eine gewisse Unschärfe, doch ergeben sie gemeinsam mit den empirischen Befunden des britischen *Refugee Rights Data Project*²³ ein ungefähres Bild der demographischen Entwicklung und sozialen Verhältnisse des New Jungle.²⁴

Im New Jungle (ohne das Containerlager und das Centre Jules Ferry) lebten im Februar 2016 demnach 5.497 Menschen, darunter 182 Familien, 205 Frauen und 615 Kinder, von denen 423 unbegleitet waren. Im April 2016 war die Einwohnerzahl infolge der Teilräumung auf 5.188 Menschen zurückgegangen, um danach kontinuierlich anzusteigen: auf 6.123 im Juni, 7.037 im Juli, 9.106 im August und 10.188 im September bei steigender Tendenz, bevor sie angesichts der bevorstehenden Räumung im Oktober auf 8.143 Menschen zurückging. Die Zahl der Minderjährigen hingegen stieg weiterhin und betrug bei der letzten Zählung 1.496, darunter 1.291 unbegleitete Kinder und Jugendliche, bevor die Behörden im Zuge der Räumung 1.941 zählten. Das jüngste

²³ Das Projekt unter der Leitung von Marta Welander ist eine unabhängige britische Initiative, die nach einem einheitlichen methodischen Setting empirische Erhebungen an ausgewählten Orten durchführt. Neben demographischen Daten (Alter, Geschlecht, Nationalität, begleitet/unbegleitet, Aufenthaltsdauer in Europa usw.) werden dabei auch qualitative Aussagen über Migrationsziel und -motive, Erfahrungen mit (Polizei-)Gewalt, physische und mentale Verfassung, Zugang zu Recht und Information usw. erhoben. Die Gruppe setzt Dolmetscher_innen für alle relevanten Sprachen ein. Auf diese Weise entstehen vergleichbare Daten, die zeitliche Verläufe und Veränderungen sichtbar werden lassen.

²⁴ Die Zählungen wurden von Freiwilligen mit empirischen Methodenkenntnissen und Vorerfahrungen im New Jungle durchgeführt. Sie nummerierten in einem ersten Schritt sämtliche Bauten und Zelte, um in einem zweiten Schritt die Anzahl der Bewohner_innen sowie weitere Daten zu erfragen. Zu den Ergebnissen vgl. helprefugees.org (Febr.), helprefugees.org (April), helprefugees.org (Juni), helprefugees.org (Juli), helprefugees.org (August), [d_hospitalités](http://d.hospitalites.org) 19.9.2016 (Sept.), 22.10.2016 (Okt.), 13.12.2016.

unbegleitete Kind war acht Jahre alt, einige Kinder wurden im New Jungle geboren.

Fasst man die Untersuchungen zusammen, so zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Bewohner_innen Männer waren (je nach Studie 93 bis 96 %), und zwar im Alter von 18 bis 25 Jahren. Dabei ging der Anteil dieser Altersgruppe von 51 % (Februar 2016) auf 37 % (Oktober 2016) stark zurück, während der Anteil der unter 18jährigen von 23 % auf 30 % zunahm. Die Aufenthaltsdauer im New Jungle betrug häufig nur einige Wochen oder Monate, allerdings gaben zwischen 12 % und 17 % an, dort bereits ein Jahr oder länger zu leben und zum Teil nicht (mehr) nach Großbritannien weiterreisen zu wollen. Für diese Menschen war der New Jungle also ein dauerhafter Wohnort (vgl. RRD 2016a/e/f).

Ihrer Herkunft nach stammten die Migrant_innen vor allem aus den Kriegs- und Konfliktgebieten im Mittleren Osten und am Horn von Afrika. Etwas mehr als 30 % waren Afghan_innen und etwas weniger als 10 % Pakistaner_innen, letztere wohl vor allem ethnische Paschtun_innen. blieb ihr Anteil ungefähr konstant, so nahm der Anteil von Sudanese_innen binnen weniger Monate von 33 % auf 43 % zu. Sie stammten nach eigener Auskunft überwiegend aus Darfur und waren vor anhaltendem Krieg und Genozid geflüchtet. Aus Eritrea stammten knapp 10 % und aus Äthiopien knapp 4 % der Bewohner_innen; letztere waren meist oppositionelle Oromo. Hinzu kamen kleine Gruppen aus Kuwait (meist Beduin_innen), Syrien, Iran, Irak bzw. Kurdistan, Palästina und anderen Regionen, wobei zu berücksichtigen ist, dass ein großer Teil der (irakisch-) kurdischen Flüchtlinge nach Grande-Synthe abgewandert war.

Für die Absicht der meisten Bewohner_innen, nach Großbritannien zu gelangen, waren englische Sprachkenntnisse ein wesentlicher Grund, oft verbunden mit familiären Bindungen, einer Affinität für die britische Kultur und/oder dem Wunsch nach einem Schulabschluss oder Studium. Nicht selten fehlten ihnen adäquate Informationen, um dies legal erreichen zu können, etwa weil nahe Angehörige in Großbritannien lebten: „Es scheint

eine hohe Zahl von Leuten zu geben – erschreckenderweise meist Minderjährige –, die nach geltendem Recht in Großbritannien anerkannt würden, aber keinen Zugang zu legalen Kanälen und Unterstützung haben.“ (RRDP 2016e: 28; vgl. Kilroy 2016). Unter den übrigen Bewohner_innen befanden sich auch reguläre Asylbewerber_innen, die während des laufenden Asylverfahrens obdachlos waren – ein in Frankreich häufiger Fall –, Wartende auf einen Platz in einem CAO und Leute, die bei ihrer Einreise in die EU registriert worden waren und nun die sogenannte Dublin-Überstellungsfrist abwarteten. Hinzu kamen Migrant_innen (meist afghanischer Nationalität), die im New Jungle ein Gewerbe betrieben, während andere schlicht orientierungslos oder durch Traumatisierungen auf das einmal gewählte Ziel fixiert waren und es nicht mehr schafften, Alternativen wahrzunehmen (vgl. exemplarisch Hunter/Pope 2016: 17f).

In einer weiteren Studie hatte ein Team der Universität Birmingham bereits in der Entstehungsphase festgestellt, dass die Lebensbedingungen im New Jungle „auf eine humanitäre Krise hinauslaufen“, die sich nur durch erheblich größere Ressourcen verhindern lassen würde, als die Behörden real zur Verfügung stellten (Dhesi et al. 2015: 1). Unter anderem dokumentierten die Forscher_innen bakteriell belastetes Trinkwasser, unsägliche hygienische Bedingungen, quantitativ und qualitativ unzureichende Ernährung, Hunger, toxisch belasteten Rauch durch das Kochen oder Heizen mit Abfällen und Kunststoffen, sexuelle Übergriffe und fehlenden Schutz vor Gewalt. Hinzu kamen chronische Stresszustände und unbehandelte physische und seelische Verletzungen wie posttraumatische Belastungsstörungen und schwere Depressionen, an denen nach Einschätzung von Fachleuten etwa 90 % der Minderjährigen litten (vgl. ebd.; *Guardian*, 5.11.2016). Der New Jungle entsprach also in keiner Weise den auch für Frankreich verbindlichen Mindeststandards des UNHCR für Flüchtlingslager. Dieser Befund veränderte sich bis zur Zerstörung der Siedlung nicht grundsätzlich, wie zahlreiche humanitäre und menschenrechtliche Untersuchungen feststellten (vgl. Dhesi et al.: 2017).



Ruine im Viertel der Oromo. In den niedrigen Räumen lebten etwa 15 Menschen, das Betondach diente als Fundament einer Hütte. (Foto: T. Müller, Oktober 2016)



Modulhütte in der Northern Section, hier erweitert um eine Terasse, ein Zelt und ein Reck. (Foto: April 2016)

Zur Lebenssituation im New Jungle gehörten massive Gewalterfahrungen. Gegenüber dem *Refugee Rights Data Project* gaben 76 % der Befragten im März 2016 an, dass sie sich nicht sicher fühlten. Der am häufigsten genannte Grund war „Angst vor Polizeigewalt“, und zwar noch vor Ängsten in Bezug auf die materiellen Lebensbedingungen, rechtsextreme und rassistische Angriffe, der Abwesenheit einer Sicherheit und Recht stiftenden Instanz, Kriminalität und interne Auseinandersetzungen. Ebenfalls 76 % der Befragten (und 90 % der Minderjährigen) erklärten, bereits selbst Polizeigewalt erfahren zu haben, meist in Form von CS-Gas, körperlichen Attacken und in wenigen Fällen auch in Form sexueller Gewalt. Etwa die Hälfte gab außerdem



Schaufassade eines sudanesischen Hauses in der Northern Section. (Foto: T. Müller, August 2016)



CS-Gas im Eingangsbereich des New Jungle (Foto: Calais Migrant Solidarity, September 2015)



CS-Gas aus kurzer Distanz in Richtung Gesicht – eine gängige Routine. (Foto: Calais Migrant Solidarity)

an, während ihrer Zeit in Calais bereits festgenommen oder verhaftet worden zu sein; ebenso viele hatten körperliche oder verbale Angriffe durch Bürger_innen von Calais erlebt, und Kenntnis von Todesfällen im Camp hatten 67 % (vgl. RRDP 2016a/b). Hinzu kamen Probleme durch individuelle und organisierte Kriminalität wie Diebstähle und Straßenraub, Drogenhandel, Vergewaltigungen erwachsener und minderjähriger Menschen beiderlei Geschlechts, erzwungene Prostitution und Tötungsdelikte (vgl. UNICEF 2016: 81f; CMS wie Anm. 3; eigene Interviews).

Das Zusammentreffen der beschriebenen Entwicklungen (Verknappung und Verteuerung der Migrationspfade, Reduzierung und Verdichtung der multi-



Brand eines sudanesischen Wohnviertels während interner Kämpfe am 26. Mai 2016.
(Foto: T. Müller)

ethnischen Siedlung, Aneignung von Ressourcen durch konkurrierende Mafias, latente und manifeste Gewalt, Mangelversorgung und Versorgungsengpässe, Traumata und Stress, Rassismus und religiöse Spannungen, Zunahme von Drogenproblemen, Unsicherheit über die eigene Zukunft) bildete eine explosive Gemengelage. Am 26. Mai 2016 eskalierte ein Konflikt zwischen afghanischen und sudanesischen Gruppen zur heftigsten Auseinandersetzung in der Geschichte des New Jungle. Ausgehend von einem Streit während der Essensausgabe im Centre Jules Ferry, entzündete sich ein offener Kampf, der vom Mittag bis in die Nacht andauerte und u.a. mit Messern und Schusswaf-

fen ausgetragen wurde.²⁵ Ein großes sudanesisches Wohnviertel im Zentrum der Northern Section wurde vollständig niedergebrannt, wodurch rund 250 Hütten und Zelte zerstört wurden, etwa 500 Bewohner_innen ihren gesamten Besitz verloren und etwa 50 ernsthaft verletzt wurden. Während der Auseinandersetzungen übernahmen Freiwillige die Bergung von Verletzten und halfen das Feuer zu löschen, während die Polizei sich auf den Schutz des Containerlagers beschränkte – und nicht nur dies:

„Als der Kampf und die Zerstörung der Unterkünfte begann, griff die Polizei nicht deeskalierend ein. Für jeden sichtbar, stand die Polizei auf den Dächern der Container, schaute passiv zu, es wurde sogar offen gelacht. Außerdem wurde einer Gruppe von Migrant_innen, die zur Polizei rannte, um sich vor den Kämpfen in Sicherheit zu bringen, der Schutz verweigert und ihnen sogar gesagt: ‚Go fight!‘“ (CMS 2016a)

„Ich sah, wie die CRS während der Kämpfe und des Feuers auf Migrant_innen schoss [mit CS-Gas, d.Verf.], einfach nur weil diese vor den Afghanen Angst hatten und schutzsuchend zu den CRS liefen. Aber diese CRS-Kräfte setzten die armen Leute unter Gas und schrien: ‚Shut up! Go far away!‘. Dies geschah nicht weit von der Schule, direkt davor. Ich habe an diesem Tag viele CRS-Fahrzeuge gesehen, und danach Fahrzeuge der mobilen Gendarmerie. Aber ich sah nichts anderes als zum Beispiel Provokation.“ (Lehrerin der *L'Ecole Laïque du Chemin des Dunes*,²⁶ Mail v. 9.11.2016)

²⁵ Die Berichterstattung über die Kämpfe erweckte eher den Eindruck einer Massenschlägerei mit Brandstiftung. Unsere abweichende Schilderung beruht auf eigenen Beobachtungen, da wir während der Kämpfe in Calais anwesend waren und während der folgenden Tage an Soforthilfemaßnahmen teilnahmen. Sie stimmen zudem mit den Lagebeschreibungen überein, die nach einer Besprechung mit den Polizeibehörden an die kooperierenden Hilfsorganisationen kommuniziert wurden.

²⁶ Informelle Schule im New Jungle.

„Es dauerte über eine Stunde, bis CRS und Gendarmerie mit einer größeren Anzahl von Fahrzeugen eintrafen und bis die Polizei damit begann, eine große Menge Tränengas erst auf die eine und dann auf die andere Seite der Kämpfe zu schießen. Viele Feuerwehrgewagen standen außerhalb des Jungle und unternahmen nichts, während die Häuser brannten. Eine große Zahl von Polizisten traf ein, um Fabienne Buccio, die Präfektin von Pas-de-Calais, zu eskortieren, als sie ein paar Kommentare für die Kameras abgab, während die Kämpfe weitergingen.“ (CMS 2016a)

Drei Monate danach, am 23. August 2016, führten CRS-Polizisten eine Aktion durch, die, folgt man der Schilderung der *Calais Migrant Solidarity*, geeignet war, einen vergleichbaren Gewaltausbruch zu provozieren. Nach dem Tod eines sudanesischen Migranten während einer nächtlichen Auseinandersetzung zwischen afghanischen und sudanesischen Gruppen, bei der es offenbar einmal mehr um Migrationspfade ging, sei ein Trupp CRS-Polizisten in den New Jungle marschiert und habe das Foto des Leichnams an eine Wand gehängt, und zwar genau dort, wo afghanische und sudanesisch-nachbarschaften aneinander grenzten. Danach hätten sie die Situation beobachtet, gefilmt und sich wieder zurückgezogen. Erwartungsgemäß stiegen die Spannungen und eine neue Eskalation schien unmittelbar bevorzustehen, doch befriedeten wohl Moderationsprozesse innerhalb der Communities die Situation (vgl. CMS 2016b).

Faktische Extraterritorialität und informelle Urbanisierung

Das Verhalten der Polizei während der Kämpfe am 26. Mai 2016 und die Vorkommnisse im August illustrieren als wesentliches Kennzeichen des New Jungle seine Exklusion aus dem französischen Rechtsraum. Der New Jungle war faktisch extraterritorial, ein „Niemandland zwischen Legalität und

Ungesetzlichkeit“ (Fassin zit. n. *taz*, 21.6.2016). In ihm bestand keine staatliche Ordnungsmacht, kein polizeilicher Schutz vor Übergriffen und keine Recht setzende oder Recht sprechende staatliche Institution; elementare Fürsorgepflichten erfüllte der Staat nicht, wobei er gleichzeitig die Weiterreise blockierte. Auch wenn die Siedlung das Ergebnis einer staatlichen Steuerung und der Staat in ihr nie völlig abwesend war, überließ Frankreich sie im Wesentlichen sich selbst. Insofern war der New Jungle in der Tat ein Getto. Die zonierenden Interventionen manifestierten die Exklusion der Siedlung (Glacis und Erdwall), grenzten ihre Entfaltungsmöglichkeiten ein (Teilräumungen) und erhöhten den Druck im Inneren (Konzentration auf die Northern Section mit dem Containerlager als Korridor in die legalen Verfahren). Der dieser Ordnung innewohnende Rassismus ist evident.

Die Infrastrukturen zur Versorgung der Bewohner_innen mit Lebensmitteln, Kleidung, Gebrauchsgegenständen und Unterkünften sowie zur rechtlichen, sozialen, pädagogischen, medizinischen und psychologischen Betreuung wurden im Wesentlichen von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen, karitativen Hilfswerken, zivilgesellschaftlichen Initiativen und antirassistischen Akteur_innen bereitgestellt, die in unterschiedlichem Maße bereit oder gezwungen waren, mit den Behörden zu kooperieren oder sich einer Kooperation zu verweigern. Dies waren im wesentlichen die Aktivist_innen der vorausgegangenen Phase, die sich nun professionalisierten und neben die eine Vielzahl neuer Initiativen trat:

„Als Calais für Schlagzeilen sorgte, kam es zu einer massiven humanitären Reaktion, allerdings nicht durch den Staat oder durch die meisten NGOs [...], sondern von Menschen überall in Europa, die die Nachrichten gesehen hatten und helfen wollten. [...] Gruppen bildeten sich in den sozialen Medien, in denen Leute ihre Bemühungen koordinierten. Gruppen wie *Calais – people to people – solidarity action from the UK*‘ auf Facebook boten eine einfache Infrastruktur, was die Entstehung eher kollektiv organisierter Hilfen für den Jungle erleichterte. Einige Leute richteten Online-



Das Warehouse der Organisation *L'Auberge des Migrants*, eine Drehscheibe für die Versorgung der Migrant_innen mit dem Notwendigsten. (Foto: T. Müller, April 2016)

Spendenseiten für Calais ein, die angesichts der damaligen öffentlichen Aufmerksamkeit Spenden im Wert von vielen tausend Pfund und Hilfsgüter für die Verteilung einbrachten. In Großbritannien ansässige Gruppen wie *Care for Calais*, *London to Calais*, *Calaid* und *Help Calais* gingen aus diesen Fundraising-Missionen hervor. Gleichzeitig profitierten eine Reihe in Calais ansässiger Organisationen von dieser neuen Aufmerksamkeit und hatten plötzlich hohe Budgets zu managen. Die Organisation *L'Auberge des Migrants* beispielsweise, die in Calais seit 2008 tätig war und Menschen ohne Papiere mit eingeschränktem Personal und ei-

ner Handvoll Freiwilliger humanitär versorgt hatte, sah sich nun überschwemmt mit Geld und Spenden. Innerhalb von Monaten betrieb sie ein großes *Warehouse*²⁷ mit täglich neuen Spendeneingängen, managte viele Freiwillige und leitete ein Projekt zum Bau von Wohnungen für alle.“ (King 2016: 117f).



Schulhof der *Ecole Laïque du Chemin des Dunes*, einer der informellen Schulen im New Jungle. (Foto: T. Müller, April 2016)

Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung existierten vielleicht 100 kleine und kleinste Initiativen, die (manchmal gemeinsam mit migrantischen Freiwilli-

²⁷ Der Begriff *Warenhaus* bezeichnet die außerhalb der Jungles gelegenen und für deren Bewohner_innen nicht zugänglichen Betriebsgelände von *L'Auberge des Migrants* und *Care4Calais*, in denen Sachspenden gelagert und vorsortiert und der Einsatz der Freiwilligen organisiert werden.

gen und Aktivist_innen) ein dichtes Netz informeller Institutionen betrieben, kulturelle, soziale und sportliche Aktivitäten organisierten oder temporäre Projekte durchführten. Außerhalb der staatlichen Kontrolle arbeiteten u.a. Rechtsberatungen, Schulen mit Angeboten für Kinder und Sprachkursen für Erwachsene, Jugendzentren, Küchen, ein Zentrum für Frauen und Kinder in einem speziell für diese reservierten Viertel, eine Bibliothek, mobile WLAN-Hotspots, eine Radiostation, ein Musikstudio, ein Theater und nicht zuletzt eine Infostelle der *Calais Migrant Solidarity*. Da die Akteur_innen aus unterschiedlichen Staaten stammten, manche an mehreren Brennpunkten der ‚europäischen Migrationskrise‘ tätig waren und sie zudem ein breites Spektrum abbildeten, war der New Jungle auf vielen Ebenen in zivilgesellschaftliche Netzwerke mit je eigenen Ressourcen, Erfahrungshintergründen und medialen Kanälen integriert. Diese Entwicklung lässt sich als Teil der zivilgesellschaftlichen Dynamiken des ‚Sommers der Migration‘ begreifen und erinnert an die Anziehungskraft, die zur gleichen Zeit das Camp Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze ausübte (vgl. kritisch: Frenzel 2017).

Wesentlich in unserem Kontext ist, dass die Infrastrukturen des New Jungle, sofern sie nicht von Migrant_innen geschaffen wurden, hauptsächlich das Werk dieser (im eigentlichen Sinne) zivilgesellschaftlichen Akteur_innen waren. Diese haben, wenn man so will, das Getto mit gebaut und mit versorgt, das gleichzeitig jedoch eine enorme Eigendynamik entfaltete, die sich als eine prekäre Form der Urbanisierung verstehen lässt. Auch siedlungstypologisch war der New Jungle viel eher ein Slum (*bidonville*) als ein Camp – und damit eine genuin urbane Siedlungsform (vgl. Damon 2017). Nur noch wenige Unterkünfte waren die bis dahin verwendeten Campingzelte oder Konstruktionen aus Europaletten und Baustellenzäunen mit einer Außenisolierung aus Planen. An ihre Stelle traten Modulhütten aus OSB-Platten, die von Bautrupps außerhalb des New Jungle seriell vorgefertigt, in großer Anzahl rasch errichtet und leicht versetzt werden konnten, bis der Bedarf am Ende nicht mehr befriedigt werden konnte und wieder auf gebrauchte Campingzelte zurückgegriffen werden musste. Das bis dahin gut funktionierende System der Hütten



Die äthiopisch-orthodoxe St.-Michaels-Kirche in der Southern Section. (Fotos: T. Müller, April 2016)

war von professionellen Architekt_innen und Städteplaner_innen mitentwickelt worden, die den New Jungle als „laboratoire de la ville du XXI^e siècle“ (Hanappe 2016b) begriffen und ihm damit eine paradigmatische Bedeutung zuwiesen. Basierend auf den Erfahrungen der früheren Jungles, entwickelte ein Team um den Architekten Cyrille Hanappe einen umfassenden *plan guide* mit konkreten Handreichungen, wie die informellen Bauten verbessert, die Siedlungsentwicklung antizipiert und ihre Risiken reduziert werden könnten (vgl. Hanappe 2016a). Interventionen wie diese zielten nicht auf eine autoritäre oder disziplinierende Überplanung der Siedlung, sondern setzten im Gegenteil auf ihre Autonomie und Selbstorganisation.



Die äthiopisch-orthodoxe St.-Michaels-Kirche in der Southern Section. (Fotos: T. Müller, April 2016)

Der Urbanisierungsprozess zeigte sich in der fortgeschrittenen funktionalen und ethnischen Differenzierung der Siedlung (wobei neben ethnisch homogenen auch gemischte Viertel existierten) ebenso wie in der Herausbildung eines Zentrums (gegenüber reinen Wohnquartieren), in der Konzentration materieller wie immaterieller Ressourcen, in der Zentralität der Siedlung innerhalb des Archipels und nicht zuletzt in Selbstzeugnissen der Bewohner_innen: „Was die Leute hier machen, ist: Sie bauen eine Stadt (*city*); sie versuchen dies als eine Stadt zu nehmen, versuchen hier zu leben,“ schreibt beispielsweise Babak Inaloo (in: Calais writers 2017: 145). Auch Natasha Kings Schilderungen der ökonomischen und kulturellen Muster geben einen Eindruck von dieser



Die Ibad-Alrahman-Moschee in der Southern Section. (Fotos: T. Müller, August/Oktober 2016)

Entwicklung und lassen den New Jungle zugleich als ein (urbanes) Gemeinwesen erkennen, das im Begriff war, eine eigene, wenngleich hybride und plurale, Identität auszubilden.

„Auf seinem Höhepunkt umfasste der Junge vielleicht 30 Läden, 20 Restaurants und Cafés sowie verschiedene Bars und Nachtclubs. Ein eindeutiges Zentrum (*downtown*) bildete sich heraus, das außerdem verschiedene Bäckereien, Imbisse, Friseure und Hamams einschloss. Nach einiger Zeit entstand dort ein nächtlicher Markt, wo Leute Sachen verkauften, die sie als Hilfe bekommen hatten. Und als verschiedene Hilfsgruppen die Zelte durch



Die Ibad-Alrahman-Moschee in der Southern Section. (Fotos: T. Müller, August/Oktober 2016)

geeignere hölzerne Hütten ersetzen, wurden die alten Zelte ebenfalls zum Handelsgut. Außerhalb der Normen und Gesetze des Handels und ohne Pachten oder Steuern zahlen zu müssen, blühte das Geschäft, wo auch immer sich ein Markt ergab.“ (King 2017)

„Jenseits von Unterkunft und Handel bauten die Leute aus dem Jungle drei verschiedene Schulen, mehrere Moscheen und Kirchen verschiedener Glaubensrichtungen, Treffpunkte und eine Stelle für das Reparieren von Fahrrädern. Die Existenz dieser Orte erhöhte die Lebensqualität der Leute sehr. Sie machten den



Läden im Gewerbegebiet der Northern Section. (Foto: T. Müller, April 2016)

Jungle von einem Ort des reinen Überlebens zu einem Ort, wo Leute sich entwickeln, Dinge teilen und anderes schaffen konnten. Es war mit anderen Worten eine eigene Kultur, und zwar eine, die sehr unterschiedliche Einflüsse zusammenbrachte: ein Hybrid aus Bräuchen, Moden, Küchen und Sprachen [...] Sprache war ein gutes Beispiel. Ein [hybrider] Wortschatz entstand und wurde gemeinhin geteilt.“ (ebd.)

Wir wissen wenig über die internen Machtbeziehungen und politischen Prozesse innerhalb dieses sich ständig wandelnden Gemeinwesens. Sicherlich reichten kriminelle Netzwerke in den New Jungle hinein und eigneten sich einen Teil seiner Ressourcen an, doch spricht alles dafür, dass keines



Das afghanische *Peace Restaurant* im Zentrum der New Jungle. (Foto: T. Müller, Oktober 2016)

von ihnen Macht über das Ganze ausüben konnte. Ebenso verfügten die Communities über Binnenstrukturen, die eine begrenzte Autorität besaßen und Entscheidungsprozesse moderieren, Hilfe vermitteln, Normen setzen und Konflikte regulieren konnten. Sie waren in der Lage, bei Gewaltausbrüchen deeskalierend einzugreifen und Verhandlungslösungen zu finden. Die Schilderungen der *Calais writers* zeigen jedoch auch, dass das soziale Handeln sehr stark durch individuelle Bezugsgruppen, nachbarschaftliche Zusammenhänge, die Nutzung digitaler Technologien (*social media*-Gruppen, Übersetzungsprogramme) und gemeinsame Treffpunkte wie Restaurants und Schulen strukturiert war; es ähnelte also den während der Migration



Seeterasse des *Welcome Restaurant*. Der See bildete die Grenze der Southern und der Northern Section. (Foto: T. Müller, August 2016)

erlernten Mustern, nutzte aber gleichzeitig die verdichteten Ressourcen der Siedlung. Eine zentrale Rolle nahmen Wissensressourcen und -transfers zur Bewältigung des Alltags, zur Realisierung der Weiterreise und zu möglichst effizienter Kooperation ein. „Der Jungle agierte als ein gigantischer Knoten (*hub*) in einem riesigen Netzwerk der freien Bewegung. Die Leute kooperierten, [...] weil Kooperation der effektivste Weg zum Überleben war.“ (King 2017)

All dies bildete einen Nährboden für neue politische Projekte wie beispielsweise *Refugee's voice*, das auf eine Kooperation jenseits ethnischer und religiöser

Grenzen setzte. Der Initiator, ein in Großbritannien aufgewachsener Afghane, nutzte völlig selbstverständlich die entwickelten Strukturen:

„Durch meine sprachlichen Kenntnisse konnte ich mit jedem kommunizieren und kannte Leute quer durch alle Communities. [...] Ich entwarf die Facebook-Seite *Refugees' voice*. Ich versuchte zu helfen und die Rechte der Flüchtlinge zu stärken. Da die meisten ihre Gesichter nicht zeigen wollten, entwickelte ich die Seite als ihre Stimme. Was mich persönlich betrifft, so repräsentierte ich keine einzige Community, vielmehr interessierte mich der Prozess, Einigkeit herzustellen und alle Communities zusammenzubringen. [...] Ich kannte mich außerdem mit den Rechten von Flüchtlingen aus und hatte soziale Fähigkeiten. Ich machte eine Radioshow namens *Hopeshow* im Jungle-Radio und versuchte auch in der Bibliothek zu helfen. Ich arbeitete ebenso mit unbegleiteten Minderjährigen wie mit *Citizens UK* zusammen. Mit all diesen Dingen versuchte ich, die Kraft der Gemeinschaft zu stärken.“ (Calais writers 2017: 166)

Refugee's voice sollte die im New Jungle gemachten Erfahrungen später zur Idee von *hopetowns* ausweiten, womit nach dem Graswurzelprinzip organisierte Plattformen migrantischer Communities in Großbritannien gemeint waren (vgl. ebd.: 236f). Das Projekt steht exemplarisch für eine Vielzahl politischer Manifestationen der Bewohner_innen in Bezug auf die eigene Situation, den Erhalt des New Jungle, erlebten Rassismus, Polizeigewalt, die Lebensbedingungen, Todesfälle und Ereignisse in ihrem Heimatland. So nutzten beispielsweise sudanesishe und äthiopische Bewohner_innen die Anwesenheit zahlreicher Journalist_innen im Vorfeld der Räumung, um Giftgaseinätze in Darfur und ein Massaker an Oromo zu thematisieren. Der New Jungle entwickelte damit einen kosmopolitischen Charakter, der auch in den Texten der *Calais writers* aufscheint: Neben dem Schock bei der Ankunft im New Jungle (vgl. ebd.: 111, 113) schildern die meisten Autor_innen Erfahrungen von Solidarität und gegenseitiger Hilfe, von Gastfreundschaft und

relativem Schutz vor polizeilichen und rassistischen Übergriffen, manchmal verknüpft mit der Reflexion eigener Vorurteile – etwa gegen ‚Schwarze‘ – nach dem Zusammentreffen mit den jeweils Anderen (vgl. ebd.: 111, 155).



Der *Jungle belfry*: Symbolische Integration des New Jungle in das Netz der flämischen und nordfranzösischen Städte, deren Wahrzeichen oftmals ein Belfried (mittelalterliche Turmform) ist. (Foto: T. Müller, Oktober 2016)

Wenige Tage vor der Räumung errichteten Aktivist_innen der Gruppe *Utopia 56*, einer Partnerorganisation von *L'Auberge des Migrants*, auf einer in der Mitte der Northern Section gelegenen Düne einen Turm, den sie *Jungle belfry* nannten. Mit diesem Akt banden sie den New Jungle symbolisch in das Netz der flämischen und nordostfranzösischen Städte ein, deren gemeinsames Wahrzeichen der Belfried (*belfry*), eine mittelalterliche Turmform, ist. Aber handelte es sich tatsächlich um eine informelle Stadt? Man wird die Fra-

ge unterschiedlich beantworten können, je nachdem ob man die beschriebenen Indikatoren einer Urbanisierung oder aber die Funktion der Siedlung als Transitcamp mit einer teilweise von außen bereitgestellten Infrastruktur und einer nur in geringem Umfang ansässigen Bevölkerung ins Zentrum der Analyse stellt. Wie auch immer: Urbanisierung beschreibt eine wesentliche und durchaus auch faszinierende Entwicklungslinie des New Jungle, die in fiktiven Entwürfen in die Zukunft verlängert worden ist (vgl. Atelier public de paysage 2016a/b). Sie führt jedoch in die Irre, sobald wir sie vom Begriff des Gettos entkoppeln und aus dem Kontext der expandierenden Grenze lösen.

Die Räumung

Im Juni 2016 kündigte Bürgermeisterin Bouchart die finale Räumung des New Jungle an, nannte allerdings noch keinen Termin. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Siedlung eine Größe erreicht, die eine einfache Zerstörung und Vertreibung der Bewohner_innen in die Obdachlosigkeit, wie es in den Vorjahren üblich gewesen war, ausschloss. So wurde das Ende des Jungle zum Gegenstand zwischenstaatlicher Vereinbarungen auf Ministerebene, die neben einer finanziellen Beteiligung auch legale Transfers von unbegleiteten Minderjährigen nach Großbritannien vorsah (vgl. Cazeneuve/Rudd 2016).

Den symbolischen Auftakt der Räumung bildete eine medienwirksam angelegte Protestaktion mit einer von Bouchart angeführten Menschenkette und einer Autobahnblockade am 5. September 2016, die von Bürger_innen, Lastwagenfahrer_innen, der Gewerkschaft der Hafendarbeiter, Bauern und Gewerbetreibenden getragen wurde. Die Proteste waren mit Innenminister Cazeneuve abgestimmt, während alle anderen Demonstrationen mit Bezug auf die Migrationssituation in Calais seit Februar 2016 unter Verweis auf den landesweiten Ausnahmezustand verboten waren.

Bereits im Juli 2016 hatten die Behörden versucht, die informelle Ökonomie des New Jungle durch die Schließung von 72 Läden und Restaurants

sowie durch die Festnahme mehrerer Inhaber_innen auszutrocknen. In gleicher Weise ging die Polizei auch gegen das im Gewerbeviertel gelegene Jugendzentrum *Kids Cafe* vor. Dieses „Devitalisieren“ (*Passeurs d’hospitalités*, 25.7.2016) verschärfte die ohnehin angespannte Versorgungslage und hätte schwerwiegende Folgen gehabt, wenn das Verwaltungsgericht in Lille die Maßnahmen nicht gestoppt und die informelle Ökonomie wieder zugelassen hätte. Auch an anderen Indikatoren lässt sich die Druckerhöhung auf den New Jungle ablesen, am deutlichsten vielleicht in der Steigerung der nächtlichen *Gassings* zu einer phasenweise täglichen Routine, die, wie Fotos belegen, auf eine großflächige Einwirkung auf die Siedlung zielten (vgl. ebd., 15.9.2016).

Notwendige Voraussetzung der Räumung (und entscheidend für ihren Zeitpunkt) aber war die Fertigstellung der über das gesamte Land verteilten CAO sowie die Organisation der für die Umsiedlungen dorthin erforderlichen Logistik. Im Vorfeld der anstehenden Wahlen für das Amt des Staatspräsidenten sowie für die Nationalversammlung kam dem Gelingen oder Scheitern der Räumung eine hohe innenpolitische Bedeutung zu, zumal an einigen Standorten der geplanten CAO bereits konservative und nationalistische Politiker_innen gegen die Schaffung vermeintlicher ‚Mini-Calais‘ polemisierten. Um das Gelingen der Räumung zu sichern, banden die Behörden einen Teil der zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, während sie das gesamte Gebiet zur „Schutzzone“ erklärten und alle Nicht-Akkreditierten mit außergewöhnlich scharfen Geld- und Haftstrafen bedrohten, sollten sie es betreten (Präfektur du Pas-de-Calais, recueil special no. 70, 23.10.2017; vgl. *Passeurs d’hospitalités*, 24.10.2016). Zwar hob das zuständige Gericht die Regelung auf, doch dokumentiert sie die Nervosität der Behörden am Vorabend der Räumung.

In den Wochen vor der Räumung sank die Zahl der Bewohner_innen des New Jungle um etwa 2.000. Da jedoch nach wie vor neue Menschen eintrafen, dürften sogar noch mehr die Siedlung in dieser Zeit verlassen oder sie von vornherein gemieden haben. Während dieser Phase trafen wir vor Ort Menschen,

die ebenfalls in ein anderes Camp oder ein anderes Land ausweichen wollten, während andere auf ihre Überstellung in ein CAO warteten, auf den Fortbestand des New Jungle hofften oder nicht wussten, was sie tun sollten.²⁸

Als die Räumung am 24. Oktober 2016 begann, verließen die meisten Bewohner_innen den New Jungle freiwillig. In einer Großaktion wurden sie in einem Hangar gesammelt, einem CAO zugeteilt und mit Bussen dorthin transportiert. Kinder und Jugendliche²⁹ wurden nach einem Schnellverfahren zur Altersbestimmung speziellen CAO für Minderjährige zugewiesen, doch gelangten einige auch in Zentren für Erwachsene. Nach drei Tagen, in denen Bilder wartender Migrant_innen und abfahrender Busse die Berichterstattung prägten, erklärten die Behörden die Aktion für weitgehend und erfolgreich abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war mit der Umsiedlung der Minderjährigen, die am 28. Oktober und am 2. November stattfand, noch nicht einmal begonnen worden.

Tatsächlich dauerte die Räumung bis in die zweite Novemberwoche hinein an. In dieser Zeit zerstörte die Polizei die Northern Section, brach danach die zunächst verschonten öffentlichen Gebäude (Moscheen, Kirche usw.) ab und leerte zuletzt das Containerlager. Dabei nahm die Aktion immer chaotischere Züge an. Zeitweise befanden sich Hunderte Minderjährige in der teilzerstörten Siedlung, hatten ihre Schlafstätten verloren, übernachteten provisorisch in einer Moschee, wurden von einer informellen Schule aufgenommen (die daraufhin vorzeitig zerstört wurde) und füllten zuletzt das nun überbelegte Containerlager. In der Nacht vom 1. auf den 2. November kam es ein letztes Mal zu Zusammenstößen zwischen afghanischen und äthiopisch/eritreischen Gruppen.

²⁸ Der Fernsehsender *Arte* nahm das Informationsdefizit zum Anlass für die Herausgabe des mehrsprachigen Informationsblattes *Jungle News* und begleitet die Entwicklung seitdem in einem gleichnamigen Blog (jungle-news.arte.tv).

²⁹ Die Situation der Kinder und Jugendlichen während der Räumung und in der Zeit danach ist Thema des Dokumentarfilms *Calais Children: A Case to Answer* (2017) von Sue Clayton.



Das Zentrum der Northern Section nach dem Abschluss der Räumung. (Foto: T. Müller, November 2016)

Am Ende waren etwa 7.500 Menschen landesweit umverteilt. Im Anschluss daran wurde das Centre Jules Ferry geschlossen, das Containerlager abgebaut und der Siedlungsplatz in einer Art und Weise gereinigt, „als ob der Staat alle Spuren dieses Ortes auslöschen und der Öffentlichkeit zeigen wollte, dass die Migrationssituation gelöst ist“ (wie der Geograph Olivier Clochard bereits die Schleifung des Lagers Sangatte rückblickend beschrieben hatte, ders. 2007: 289). Auch das bei der Unterpräfektur von Calais angesiedelte Büro für Asylanträge – das einzige in Calais und Umgebung – wurde aufgelöst. Am 17. Januar 2017 schließlich erklärte die Präfektur das geräumte Areal des New Jungle und des Centre Jules Ferry zur Sperrzone, offiziell, um ein Renaturierungspro-

jekt einzuleiten. Ein Jahr später sollte nichts mehr an die Northern Section und das Centre Jules Ferry erinnern, an deren Stelle sich nun eine scheinbar natürliche Dünenlandschaft erstreckt, während die Sothern Section als Brache daliegt. Der Versuch, sie zu betreten, wird sofort unterbunden.

Exkurs: Grande-Synthe

Die Entwicklung in Calais lässt sich nicht von derjenigen in Dunkerque trennen. Die dortigen Hafenanlagen erstrecken sich über eine Länge von etwa 15 Kilometern entlang der Küste und umfassen an ihrem westlichen Rand einen Fährhafen mit Verbindung nach Dover. Es ist die nach Calais am zweitstärksten frequentierte Fährverbindung zwischen dem Festland und Großbritannien. Entsprechend existieren seit den frühen 2000er Jahren auch im Raum Dunkerque kleine informelle Camps, so etwa in Tétéghem und in der Kleinstadt Grande-Synthe, von der aus sowohl der Fährhafen, als auch die zugehörigen Infrastrukturen des Fernlastverkehrs gut erreichbar sind. Eines dieser Camps befand sich seit 2005 auf dem bewaldeten Gelände der ehemaligen Baumschule *Le Basroch* in Grandy-Synthe. Zeitgleich mit dem New Jungle, wurde es zum zweitgrößten des Landes.

Hatten dort und in Tétéghem bis Juli 2015 nur rund 80 Menschen, meist irakische Kurd_innen, gelebt, so stieg ihre Zahl am August 2015 signifikant an. Nach der Räumung des Camps in Tétéghem (November 2015) lag sie einer polizeilichen Zählung zufolge bei etwa 2.400 Personen, darunter 230 Kinder. Hilfsorganisationen schätzten die Zahl der Bewohner_innen auf etwa 3.000 und die der unbegleiteten Kinder auf 250 bis 350 (vgl. UNICEF 2016: 93). Ein großer Teil dieser Menschen dürfte aus dem New Jungle hierhin gezogen sein oder Grande-Synthe von vornherein Calais vorgezogen haben. Wie bereits in Tétéghem, befand sich Basroch unter der Kontrolle eines irakisch-kurdischen Schleusernetzwerks, das als besonders rücksichtslos galt (vgl. Ganley 2015).



Der irakisch-kurdische Jungle Basroch in Grande-Synthe nach der Räumung. (Foto: T. Müller, April 2017)

Obwohl sich auch in Grande-Synthe zivilgesellschaftliche Initiativen um eine Grundversorgung der Flüchtlinge kümmerten – darunter *L'Auberge des Migrants*, *Utopia 56* und jüdische Gruppen aus Großbritannien –, waren die materiellen Bedingungen bedeutend schlechter als in Calais. Ein Grund hierfür war die Nässe des Siedlungsplatzes, der sich ohne Übertreibung als tiefer Morast beschreiben lässt. Zum anderen blockierte ein Checkpoint der CRS die einzige Einfahrt des umzäunten Geländes und verhinderte weitgehend, dass Material für den Bau provisorischer Unterkünfte oder zur Befestigung des Untergrundes in das Camp gebracht werden konnte; phasenweise wurde auch die Anlieferung von Lebensmitteln unterbunden. Deutsche Freiwillige berich-

Der New Jungle (2015/16)

teten uns, dass sie Hilfsgüter mitunter regelrecht in das Camp schmuggeln mussten. Kriminelle und sexuelle Gewalt waren alltäglich, und mehrfach kam es zu Schießereien (zeichnerisch dokumentiert: Evans 2017: 71).



Das Flüchtlingslager *La Linière* in Grande-Synthe wenige Wochen nach seiner Eröffnung. (Foto: T. Müller, April 2016)

Angesichts dieser Situation, die durch das Winterwetter zusätzlich verschärft wurde, stellte der grüne Bürgermeister von Grande-Synthe, Damien Carême, gegen den Willen der Regierung ein gemeindeeigenes Gelände als neuen Siedlungsplatz zur Verfügung. Hierin zeigte sich eine ganz andere Handlungsweise der lokalen Behörden als in Calais, wobei Grande Synthe wegen seiner dezidiert sozialen und ökologischen Politik in Frankreich bereits eine Vorreiterrolle einnahm. Carême nutzte die Expertise der *Médecins Sans Frontières*, die

binnen kurzer Zeit eine Hüttensiedlung namens *La Linière* einrichteten und größtenteils auch finanzierten; außerdem betrieben sie dort eine behelfsmäßige Klinik. Die Siedlung erstreckte sich über einen langgezogenen Schotterplatz zwischen Eisenbahn und Autobahn und wurde von Architekt_innen entworfen, die mit den Calaiser Jungles vertraut waren und das dort gesammelte Wissen einfließen ließen; so waren etwa die Hütten eine Weiterentwicklung der im New Jungle gebräuchlichen Modulkäuser. Anders als der New Jungle, war *La Linière* jedoch eine Plansiedlung. Entlang einer zentralen Straße, von der aus die gesamte Anlage kontrollierbar war, standen die Hütten sowie einige beheizbare Zelte in Reihen oder um Höfe gruppiert. In bestehenden Gebäuden waren die Klinik und eine Großküche untergebracht. Über das Camp verteilt gab es einige soziale, kulturelle und schulische Einrichtungen, wohingegen migrantische Institutionen und Betriebe weitgehend fehlten. *La Linière* erfüllte als erstes Flüchtlingscamp in Frankreich die internationalen Standards des UNHCR und wurde rasch als positive Alternative zum New Jungle rezipiert (vgl. Lambert 2016a/b).

Eine von Innenminister Bernard Cazeneuve am 7. März 2016 unterzeichnete Vereinbarung regelte die Kooperation mit der Kommune und den zivilgesellschaftlichen Organisationen, von denen die antirassistische Initiative *Utopia 56* zunächst die Koordination der täglichen Arbeit übernahm. Am gleichen Tag räumten die CRS Basroch und siedelten die Bewohner_innen in die Hüttensiedlung um. Die Anzahl der Bewohner_innen hatte sich jedoch etwa halbiert und lag bei einem erneuten polizeilichen Zensus im März 2016 bei 1.276 Personen (vgl. UNICEF 2016: 93), um im folgenden halben Jahr auf etwa 500 abzusinken, sodass eine Schließung absehbar schien. Im Juni 2016 übernahm der französische Staat die Kosten für den Betrieb des Camps und mandatierte die professionelle, aber mit der Situation nicht vertraute Hilfsorganisation AFEJI mit dem Management des Lagers, während *Utopia 56* sich zurückzog. Faktisch aber blieb *La Linière* unter krimineller Kontrolle, und keine der dort tätigen Organisationen wäre in der Lage gewesen, dieses Machtverhältnis aufzubrechen.

Zwischen den beschriebenen Kämpfen im Mai und der Räumung des New Jungle im Oktober wichen um die 1.000 meist afghanische Migrant_innen von Calais nach *La Linière* aus, sodass nun zwei Gruppen und/oder Schleu- sernetzwerke um die Kontrolle des Lagers und die Migrationsressourcen konkurrierten. Gleichzeitig verschlechterten sich die Lebensbedingungen, auch weil die als kurzfristige Lösung gedachten Hütten nicht winterfest waren und ihre Anzahl nicht mehr ausreichte. Doch war dies nicht das eigentliche Problem. Wie das unabhängige *Dunkirk Legal Support Team* im November 2016 berichtete, bedrohten „sogenannte Reiseagenten“, sprich die Mafias, die Bewohner_innen massiv. Sexuelle Gewalt und Ausbeutung waren an der Tagesordnung, und die Zahl der bei Migrationsversuchen teils schwer Verletzten nahm zu. „In besonders dramatischen Fällen sterben Leute und wir erfahren es nicht“ (DLST 2016: 1). Das Team identifizierte außerdem mindestens 188 unbegleitete Kinder und Jugendliche (meist mit Angehörigen in Großbritannien), die teils obdachlos waren oder bei fremden Erwachsenen leben mussten. Der *Guardian* berichtete im Februar 2017, als rund 2.000 Menschen in *La Linière* lebten:

„Übereinstimmende Berichte von Freiwilligen, Medizinerinnen, Flüchtlingen und auch Offiziellen zeigen, dass sexueller Missbrauch in dem großen Camp bei Dunkerque üblich ist sowie dass Kinder und Frauen gezwungen werden, als Gegenleistung für Decken, Nahrung oder für ein Angebot zur Passage nach Großbritannien Sex mit Schleusern zu haben. [...]

Eine freiwillige Koordinatorin, die im vergangenen Jahr ihre Arbeit im Camp begann, sagte: ‚Sexuelle Übergriffe, Gewalt und Vergewaltigungen sind mehr als üblich. Minderjährige werden angegriffen, Frauen vergewaltigt und gezwungen, den Preis für das Schmuggeln mit ihren Körpern zu bezahlen.‘ Nach Zusicherung der Anonymität fügte sie hinzu: ‚Während angenommen wird, dass die Duschen nachts verschlossen sind, haben besonders gefährliche Leute im Camp Schlüssel und können die Frau-

en so bei Nacht in die Duschen bringen und sich ihnen aufzwingen. Dies geschieht Frauen, die ich gut kenne.' Ihr zufolge sind Windeln für Erwachsene die bei Frauen begehrtesten Hilfsgüter. ‚Die Frauen haben zu viel Angst, nachts zu den Toiletten zu gehen. Keines der Schlösser an den Frauentoiletten im Camp funktioniert.“ (Guardian, 12.2.2017)

Der Reporter beschreibt mehrere Fälle schwerer Vergewaltigungen auch von Kindern und Jugendlichen beiderlei Geschlechts. Zwar war diese Situation nicht neu, doch rückte sie nach dem Ende des New Jungle nun stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit.

In der Nacht vom 10. auf den 11. April 2017 eskalierte eine Auseinandersetzung zwischen kurdischen und afghanischen Gruppen zu einem offenen Kampf, in dessen Verlauf der größte Teil von *La Linière* niedergebrannt wurde. Danach blieb das Camp geschlossen. Nach einer provisorischen Notunterbringung begann am 12. April der Transfer der Bewohner_innen in die CAO. Einige hundert gründeten am folgenden Tag einen neuen Jungle, der seitdem mehrfach geräumt wurde und sich danach von neuem bildete. Er befindet sich in dem weitläufigen Erholungs- und Naturgebiet Puythouck in der Nähe des zerstörten Camps, jedoch noch etwas näher zum Fährhafen und zur Anfahrtstrecke der Fernfahrer_innen hin gelegen.

Das zivilgesellschaftliche Modellprojekt *La Linière* hat also eine viel negativere Entwicklung durchlaufen als der New Jungle. Zwar waren beide Camps staatlich formalisierte und rechtlich exkludierte Sonderzonen, doch scheint es, dass sich die informellen Machtverhältnisse und Gewaltstrukturen in den weniger heterogenen und weniger komplexen Camps von Grande-Synthe wesentlich leichter errichten und aufrechterhalten ließen als im semi-urbanen New Jungle. Als sozialer Organismus scheint der ‚Dschungel‘ dem Lager insofern überlegen gewesen zu sein.

Eine neue Phase (ab Ende 2016)

Verbringung in die CAO

Als wir Calais wenige Tage nach Abschluss der Räumung des New Jungle besuchten, waren die bis dahin immer sichtbaren Migrant_innen aus dem Stadtbild verschwunden. Die wenigen in der Stadt Verbliebenen lebten in sicheren Häusern. Überall patrouillierten CRS und Gendarmerie. *Racial profiling* war omnipräsent. Nach offizieller Lesart war Calais nun, am Beginn der politisch besonders sensiblen Wahlkämpfe, frei von illegalen Migrant_innen.

Die Entwicklung der folgenden Monate war komplex und vollzog sich auf mehreren Ebenen. Wie bereits gesagt, hatten mehr als 2.000 Menschen den New Jungle vor der Räumung verlassen. Die übrigen waren größtenteils in die CAO umgesiedelt worden, doch waren manche von ihnen, wie sich zeigen sollte, bald wieder auf ein klandestines Leben angewiesen. Für einen Teil der unbegleiteten Kinder und Jugendlichen wurde eine legale Einreise nach Großbritannien möglich, für andere hingegen verschlimmerte sich die Lage. In dieser Situation beantragten manche Migrant_innen erfolgreich Asyl in Frankreich, und einige wurden abgeschoben, auch nach Afghanistan und in den Sudan. Ohne die massive Polizeipräsenz wäre wohl sehr schnell ein neuer Jungle in Calais entstanden, so jedoch wichen viele nach Grande-Synthe oder Paris aus, wo bereits andere Migrant_innen lebten, versteckten sich im Umland von Calais oder lebten obdachlos in der Stadt, in der nach wie vor neue Migrant_innen eintrafen. Dort erreichte ihre Zahl wenige Monate nach der Räumung wieder den Stand der Jahre nach ‚Sangatte‘.

Betrachten wir zunächst die CAO. Etwa 7.500 Menschen, darunter ungefähr 1.900 Minderjährige, waren aus Calais mit Bussen in diese „Aufnahme- und Orientierungszentren“ gebracht und damit aus dem Grenzraum entfernt wor-

den. In allen Teilen Frankreichs (ausgenommen Calais, Paris und Korsika) existierten zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich 451 solcher Einrichtungen mit einer Gesamtkapazität von 7.587 Plätzen; 287 Zentren waren erst aus Anlass der Räumung geschaffen worden.³⁰ Meist waren es kleine Einrichtungen für etwa 20 Personen. Ihre Qualität variierte stark und reichte „von modern eingerichteten Appartements für Familien bis hin zu ausgedienten Schul- oder Krankenhausgebäuden mit behelfsmäßigen Betten“ (Care4Calais 2017a: 4). Gleiches galt für den Zugang zu rechtlicher Beratung, medizinischer Versorgung und für das Verhalten der einheimischen Bevölkerung. Entscheidend jedoch war der provisorische Charakter der Einrichtungen:

„Die CAO waren nur als eine temporäre Lösung vorgesehen. Den Geflüchteten wurde ein Zeitraum von vier Wochen in den CAO für die Entscheidung eingeräumt, in Frankreich Asyl zu beantragen oder das Land zu verlassen. In einigen Fällen wurde die Frist verlängert, doch uns erreichen immer mehr Berichte, dass Leute die CAO verlassen oder rausgeschmissen werden.“ (ebd.)

Wir können die CAO als Übergangsinstitutionen zwischen dem Leben *in limbo* und dem französischen Asylsystem mit seinen regulären Unterkünften, den CADA (*Centre d'Accueil de Demandeurs d'Asile*), begreifen. Insgesamt sollten innerhalb eines Jahres etwa 42 % der Umgesiedelten (von denen etwa ein Drittel bereits einen Asylantrag gestellt hatte) in Frankreich Asyl oder einen anderen Schutzstatus erhalten, wobei die französische Asylbehörde nach eigenem Bekunden großzügig mit Fällen umging, in denen die Betroffenen bereits in einem anderen Dublin-Staat registriert worden waren. Von den Übrigen warteten ein Jahr nach der Räumung noch etwa 46 % auf eine endgültige Entscheidung (vgl. *Le Figaro*, 24.10.2017). Wie viele Abschiebungen erfolgt sind und wie viele Migrant_innen wieder in die Informalität zurückgekehrt sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

³⁰ Die Zahlen entstammen: thelocal.fr.

Komplizierter entwickelte sich die Situation der unbegleiteten Minderjährigen. Von ihnen gelangten im Vorfeld, während und nach der Räumung etwa 850 legal nach Großbritannien. Die legalen Einreisen waren vor allem ein Erfolg der britischen Initiative *Safe Passage* und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure. Anfang 2016 war es ihnen gelungen, erstmals ein Verfahren zur Familienzusammenführung nach der Dublin-III-Verordnung von 2013 einzuleiten und erfolgreich abzuschließen. Es war das erste Verfahren dieser Art in Frankreich überhaupt, und die Unterpräfektur von Calais war bis zur Schließung ihres Asylbüros im Oktober 2016 die einzige französische Behörde, die Erfahrungen damit sammeln konnte. Entsprechend schwierig und langwierig war die Bearbeitung, und so konnten bis zur Räumung nur etwa 80 unbegleitete Minderjährige von Calais und Grande-Synthe aus zu ihren Familien in Großbritannien gelangen (vgl. *Safe Passage* 2017: 8ff).

Im Mai 2016 hatten die beiden Kammern des britischen Parlaments auf Initiative des Labour-Politikers Lord Alfred Dubs außerdem eine Ergänzung des *Immigration Act* beschlossen, um die Aufnahme von etwa 3.000 unbegleiteten Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, die unter besonders gefährlichen Umständen auf dem europäischen Festland lebten. Das als *Dubs Amendment* bekannte Gesetz³¹ war ebenfalls ein Erfolg von *Safe Passage*. Unmittelbares Vorbild waren die Kindertransporte der Jahre 1938 und 1939, eine zivilgesellschaftliche Rettungsaktion für jüdische Kinder aus dem deutschen Machtbereich nach der Pogromnacht von 1938 – Dubs war eines der damals geretteten Kinder. Auf der Grundlage dieser Regelung gelangten im Kontext der Räumung etwa 200 Minderjährige aus dem New Jungle nach Großbritannien (vgl. *Safe Passage* 2016).

Allerdings stellte sich bald heraus, dass viel weniger Kinder aus dem New Jungle von der Regelung profitierten, als zunächst erwartet. Die britische

³¹ Es handelt sich um § 67 des *Immigration Act 2016*. Im Wortlaut: „(1) The Secretary of State must, as soon as possible after the passing of this Act, make agreements to relocate to the United Kingdom and support a specified number of unaccompanied refugee children from other countries in Europe. [...]”

Eine neue Phase (ab Ende 2016)

Innenministerin Rudd verwies in einer Parlamentsrede am ersten Tag der Räumung auf die Befürchtung der französischen Regierung, dass durch das *Dubs Amendment* „mehr Kinder ermutigt werden könnten, nach Calais zu kommen“, und kündigte an, dass man sich daher auf Griechenland und Italien konzentrieren werde. Daher werde man in Calais „diejenigen priorisieren, die einen Flüchtlingsstatus in Großbritannien erwarten können; wir werden ebenso diejenigen priorisieren, die zwölf oder weniger Jahre alt sind, und wir werden diejenigen in Betracht ziehen, die wahrscheinlich einem hohen Risiko sexueller Ausbeutung ausgesetzt sind“ (Rudd 2016). Entsprechend beschränkte das *Home Office* das Dubs-Verfahren am 8. November 2016 auf Kinder unter zwölf Jahren, syrische und sudanesishe Kinder unter 15 Jahren sowie auf Kinder, die von offiziellen französischen Stellen als besonders gefährdet für sexuelle Ausbeutung benannt worden waren; außerdem mussten die Minderjährigen vor dem 20. März 2016 nach Europa gelangt sein und vor dem 24. Oktober im New Jungle gelebt haben (vgl. Hunter/Pope 2016: 32). Entgegen den Erwartungen der Initiator_innen war ein großer Teil der Betroffenen damit ausgeschlossen. Am 8. Februar 2017 gab Großbritannien bekannt, dass es nach der Aufnahme von insgesamt 350 Minderjährigen (einschließlich der 200 während der Räumung umgesiedelten) keine weiteren Aufnahmen aus Frankreich nach dem *Dubs Amendment* mehr geben werde, sondern nur noch aus Italien und Griechenland (vgl. Beddoe 2017: 35ff). Später erhöhte das Innenministerium die Zahl zwar von 350 auf insgesamt 480 (vgl. *Guardian*, 22.12.2017), doch waren bis Januar 2018 überhaupt nur 220 Minderjährige transferiert worden (vgl. ebd., 26.1.2018). Im Großen und Ganzen hatte die Regierung May die Initiative Dubs' also sabotiert; dieser hofft nun, zumindest im künftigen EU-Austritts-Gesetz Großbritanniens einen entsprechenden Passus über legale Einreisen durchsetzen zu können (vgl. ebd., 29.4.2018).



Offizielle Informationstafel über den Transfer minderjähriger Migrant_innen in die CAOMI und über die Einreise nach Großbritannien. (Foto: T. Müller, November 2016)

Die meisten legalen Einreisen geschahen daher auf der Grundlage eines dritten, während der Räumung ad hoc entwickelten und rechtlich nicht kodifizierten Verfahrens, das von *Safe Passage* als „das beschleunigte Verfahren des Innenministeriums“ (*the Home Office expedited process*, auch: *Calais Procedure*) bezeichnet wird (vgl. *Safe Passage* 2017). Dieses informelle Verfahren war an die Familienzusammenführungen nach der Dublin-III-Verordnung angelehnt und sollte das Versagen der französischen Behörden angesichts der hohen Zahl potenzieller Fälle kompensieren, wobei es sich zeitlich mit den Dubs-Verfahren überlagerte. Eine Woche vor der Räumung begannen Beamte des Home Office mit Befragungen im New Jungle. Fast alle, die nicht unmittelbar

Eine neue Phase (ab Ende 2016)

transferiert wurden, brachte man am 28. Oktober und am 2. November 2016 in spezielle CAO, genannt CAOMI (*Centres d'Accueil et d'Orientation pour Mineurs*, anfangs auch: CAO MIE). Dort, so hieß es in einem Handzettel, den die französische Präfektur an die Jugendlichen verteilte, würden alle Fälle behandelt, und von dort würden dann auch alle Abfahrten nach Großbritannien erfolgen. Vielleicht als Fehlinterpretation dieses Zettels verbreitete sich unter den Wartenden die Ansicht, mit der Überführung in ein CAOMI die Garantie für einen späteren Transfer nach Großbritannien zu erhalten (vgl. Hunter/Pope 2016: 8, 22f). Philippe Wannesson berichtet hierüber:

„Sie wussten nicht, wohin der Bus sie bringen würde [...]. Ihnen war nicht erklärt worden, was dort geschehen wird, außer dass man sie in Zentren brächte, von denen aus sie nach Großbritannien gehen könnten. Als Beweis für die Ernsthaftigkeit dieses Versprechens begleiteten zwei Personen als Vertreter des britischen Innenministeriums jeden Bus, allerdings nicht mit dem Schriftzug ‚Home Office‘ auf ihren Westen, sondern nur den vagen Worten ‚Official UK‘. Meist verschwanden diese Personen gleich nach der Ankunft in den Zentren, wo den jungen Leuten auch danach wenig bis nichts erklärt wurde, besonders wie sie jene Verfahren betreiben könnten, die ihnen eine legale Einreise nach GB möglich machten. Mit den Tricks europäischer Verwaltungen vertraut, blieben die jungen Leute skeptisch. Von einer in die Großbritannien entgegengesetzte Richtung, nach Marseille, geschickten Gruppe war bei der Ankunft nur noch ein Einziger im Bus. Andere warten erst noch ein bisschen ab: So erfreuten sich die vierzig zuvor nach Sion Gebrachten nicht lange am atemberaubenden Blick auf die lothringische Landschaft [...]. Nach zwei Tagen waren alle weg.“ (Passeurs d'hospitalités, 6.11.2016)

Die insgesamt 85 CAOMI waren meist von Hilfsorganisationen betriebene Einrichtungen unterschiedlicher Größe und Qualität, die häufig überstürzt eingerichtet worden waren, sodass ihr Personal schlecht vorbereitet war und

nicht über angemessene Informationen verfügte. Vielfach fehlten Übersetzer_innen und fast immer psychosoziale Betreuung und rechtliche Beratung. Die Jugendlichen hatten kaum Möglichkeiten, sich auf die bevorstehenden Interviews durch Vertreter_innen des Home Office vorzubereiten. Überhaupt erwies sich das ‚beschleunigte Verfahren‘ als ausgesprochen intransparent, fehleranfällig und partiell rechtswidrig. So erfolgte etwa die wichtige Überprüfung des Alters allein nach Augenschein. Dies war, so Wannesson, „völlig illegal nach britischem Recht, aber es geschieht auf französischem Boden, völlig illegal nach französischem Recht, aber es wird von britischen Beamten angewandt, und wird praktiziert in Strukturen außerhalb jeglichen rechtlichen Rahmens, in denen die Minderjährigen außerstande sind, ihre Rechte geltend zu machen“ (ebd., 16.11.2016). Ablehnende Entscheidungen über die Familienzusammenführung wurden, wie es in einer offiziellen französischen Mitteilung an ein CAOMI hieß, nur mündlich kommuniziert, „weil sich die britischen Behörden weigern, ihre Entscheidungen im Rahmen der während der Räumung begonnenen Ad hoc-Verfahren zu formalisieren“ (zit. n. Safe Passage 2017: 50f). Ein Widerspruch gegen die Entscheidung war damit ebenso unmöglich wie ihre gerichtliche Überprüfung. Nach Besuchen in zwölf CAOMI und zwei CAO, in denen Minderjährige gemeinsam mit Erwachsenen untergebracht waren, berichtete ein Team von *Safe Passage*:

„Falsche und fehlende Informationen des Home Office verschärften die psychische Not der unbegleiteten Minderjährigen und bringen sie dazu, die Zentren zu verlassen oder entsprechende Absichten zu äußern. Nachdem sie die CAOMI verlassen haben, fallen die Minderjährigen durch die Maschen der Kinderschutzmechanismen und sind daher in Gefahr.“ (Hunter/Pope 2016: 4)

Um den 9. Dezember 2016 ließen die britischen Behörden rund 550 Kindern und Jugendlichen über die französischen Präfekturen mitteilen, dass sie nach dem ‚beschleunigten Verfahren‘ nach Großbritannien gebracht würden. Den übrigen stellte man eine ‚zweite Liste‘ in Aussicht, die zwischen dem 12. und 17. Dezember eintraf und nur Ablehnungen enthielt. Wie schon die Erwach-

Eine neue Phase (ab Ende 2016)

senen, verließen auch die verbliebenen Minderjährigen die CAOMI nun scharenweise, um es erneut auf informellem Wege zu versuchen, während andere für ihre Rechte demonstrierten oder Hungerstreiks durchführten (vgl. *Passeurs d'hospitalités*, 16.11./20.12.2016). Im Januar 2017 schließlich waren die ‚beschleunigten Verfahren‘ weitgehend beendet, und zahlreiche CAOMI schlossen. Etwa tausend Minderjährige, von denen viele in einem reguläre Verfahren durchaus realistische Chancen gehabt hätten, waren damit schutzloser als zuvor (vgl. *Safe Passage* 2017: 29).

Die aus den CAO bzw. CAOMI zurückgekehrten Migrant_innen – gleich ob erwachsen oder minderjährig – lebten obdachlos oder in informellen Camps. Sie trafen nun auf diejenigen, die sich der Umsiedlung entzogen hatten oder seitdem neu in Frankreich eingetroffen waren. Neben Calais, Grande-Synthe und den kleinen Camps wurde Paris zu einem zentralen Ort des Geschehens. In der französischen Hauptstadt bestanden seit Langem Camps, doch wuchsen sie nun stark und lagen teils auf offener Straße und an Metrostationen der Innenstadt. Allein während einer Räumungsaktion am 4. November 2016 brachte die Polizei 3.800 Menschen nach Calaiser Vorbild in die CAO, doch lebten weiterhin hunderte Migrant_innen obdachlos in der Stadt, und weitere Räumungen folgten.

In Anlehnung an Grande-Synthe hatte die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo währenddessen ein neuartiges Erstaufnahmezentrum (*Centre de Premier Accueil*) mit einer Kapazität von 400 Plätzen etabliert. Die am 10. November 2016 eröffnete Einrichtung besaß in Frankreich Modellcharakter, was durch eine futuristische Architektur – eine aus riesigen Halbkugeln bestehende, durch Druckluft stabilisierte Leichtbauhalle mit Modulhütten im Inneren – auch optisch unterstrichen wurde. Ähnlich wie das Containerlager in Calais, sollte das Zentrum die Migrant_innen aufnehmen und nach einem Registrierungsverfahren innerhalb weniger Tage auf die CAO verteilen. Etwa 20.000 Personen durchliefen die „humanitäre Blase“, wie Kritiker_innen das Zentrum in Anspielung an seine Form nannten, im ersten Halbjahr. Vielfach glaubten die Betroffenen jedoch, mit der Registrierung ihr Asylverfahren ein-

geleitet zu haben, und erfuhren erst in den CAO, dass dies nicht der Fall war und sie wichtige Fristen überschritten hatten. Auch für sie führte der Weg zurück auf die Straße (vgl. Utopia 56 2017).

Als das *Refugee Rights Data Project* im Januar 2017 die Situation der obdachlos in Paris lebenden Flüchtlinge untersuchte, stellte es fest, dass 26 % von ihnen zuvor in Calais gelebt hatten. Genau wie dort, stammten sie hauptsächlich aus Afghanistan, Sudan, Eritrea und Äthiopien. Etwa 15 % waren minderjährig und meist unbegleitet. Krankheiten aufgrund der winterlichen Witterung und nächtliche Vertreibungen durch die CRS gehörten zum Alltag und gingen mit der Konfiszierung von Decken und Mobiltelefonen einher. Anders als in Calais blieben Übergriffe durch Bürger_innen die Ausnahme, Hilfe hingegen war üblich (vgl. RRDP 2017a).

Bezieht man auch die übrigen Orte ein, so wird deutlich dass sich im Jahr nach der Räumung des New Jungle sicherlich rund 2.000 bis 3.000 Menschen mit dem Migrationsziel Großbritannien in der Grenzfall befanden (Schätzung: Care4 Calais, Oktober 2017). Während Bilbao und Brüssel nun die äußeren Punkte des Archipels markierten, wurde Calais von Neuem zu dessen Zentrum.

Rückkehr nach Calais

Schon wenige Wochen nach dem Ende des New Jungle war klar, dass sich einige Migrant_innen lediglich in der Umgebung der Stadt versteckt hielten, während andere aus den CAO zurückkehrten. Damit bestand zunächst eine ähnliche Situation wie 2003 nach der Schließung des Lagers Sangatte. Im April 2017 war die Zahl der obdachlos in Calais Lebenden auf etwa 400 gestiegen und schien im Sommer und Herbst bei etwa 700 zu liegen, allerdings sind dies nur ungenaue Schätzungen.³² Sechs und zwölf Monate nach der Räumung führte

³² Öffentlich von Behörden, Medien und humanitären Organisationen genannte Zahlen schwanken zwischen etwa 500 und etwa 800. Bei Feldforschungen im Oktober 2017 hörten

Eine neue Phase (ab Ende 2016)

das *Refugee Rights Data Project* vergleichende Untersuchungen durch (RRDP 2017b/c), die Kontinuitäten und Veränderungen gegenüber der Situation im New Jungle erkennen lassen.

Handelte es sich nach wie vor überwiegend um Männer (April: 92 %, Oktober: 97 %), so bildeten im April die Eritreer_innen die größte Gruppe (39 %), gefolgt von Sudanese_innen (30 %) und Äthiopier_innen bzw. Oromo (20 %), während der Anteil afghanischer (4 %) und pakistanischer Migrant_innen (3 %) aufgrund der Binnenmigration im Archipel stark zurückgegangen war. Im Oktober hingegen war der Anteil der Afghan_innen auf 28 % angestiegen, gefolgt von Äthiopier_innen und Eritreer_innen (je 23 %), Sudanese_innen (21 %) und einer geringen Anzahl von Menschen aus Libyen, Syrien, Palästina, Tschad, Südsudan und Ägypten. Die meisten hielten sich bereits länger als sechs Monate in Europa auf (April: 72 %, Oktober: 64 %) und hatten zuvor im New Jungle gelebt (April: 62,9 %). Mehr als ein Drittel hatte sich zwischenzeitlich in Paris aufgehalten (April: 38 %, Oktober: 42 %). Der Anteil derjenigen, die nach Großbritannien zu gelangen hofften, betrug konstant etwa 90 %. Etwa genauso viele gaben an, keinen Zugang zu Informationen über die Einwanderungs- und Asylregeln in Europa zu haben. Der Anteil der Minderjährigen hatte gegenüber dem New Jungle sogar noch zugenommen und lag im Oktober bei 41 %, ³³ von denen 99 % unbegleitet waren. Die meisten von ihnen verneinten, zuvor in einem CAOMI (April: 69 %) gewesen zu sein. Das Alter des jüngsten angetroffenen Kindes betrug 12, bei einer anderen Untersuchung (Help Refugees 2017) 10 Jahre.

Diese Menschen lebten nun ohne den relativen Schutz eines Jungle. Ihre Lebensbedingungen waren und sind hochgradig prekär und werden in diesem

wir von Schwankungen etwa durch die Rückkehr vieler Migrant_innen aus Brüssel, während nach Medienberichten wiederum mehr als 200 Menschen aus Calais in dezentrale Zentren (CAES, vgl. *Le Figaro*, 31.10.2017) gebracht worden waren.

³³ Die April-Untersuchung enthält keine Altersstatistik und schätzt den Anteil der Minderjährigen auf etwa die Hälfte. Im Oktober waren 41 % der Befragten unter 18 Jahre (16 Jahre: 13 %, 17 Jahre: 22 %), 24 % zwischen 18 und 25 Jahre und 14 % zwischen 26 und 35 Jahre (RRDP 2017c: 8).

Zustand gleichsam eingefroren. Während eine kleine Zahl besonders gefährdeter Menschen von zivilgesellschaftlichen Akteuren untergebracht werden konnte, stellten die Behörden keine Unterkünfte in Calais zur Verfügung. Im Laufe des Jahres 2017 intensivierten sie stattdessen Transfers in Aufnahmezentren außerhalb der Grenzregion und stellten im Dezember 2017 erstmals wieder ein Nachtasyl für die Frostperiode in Calais bereit; es hatte Plätze für 200 Männer und 70 Frauen und Kinder und bestand aus den gleichen weißen Containern wie das Containerlager im New Jungle.

Für Kinder und Jugendliche besteht zwar die Möglichkeit, staatlichen Schutz und damit einen möglichen Zugang zu legalen Verfahren zu finden. Tatsächlich jedoch sind die Strukturen in Calais so beschaffen, dass der Zugang nur über die Polizei möglich ist, die den Betroffenen im Alltag jedoch feindselig und brutal entgegentritt. Der Autor und Aktivist Benjamin Hunter spricht von einem vollständigen „Vertrauensverlust in den Staat, in das Asylsystem und in die sozialen Dienste“ und sieht darin den Hauptgrund für die Obdach- und Schutzlosigkeit der unbegleiteten Minderjährigen in Calais (Hunter 2017a: 15f; vgl. ders. 2017b). Auf ein weiteres Hindernis weist *Human Rights Watch* hin:

„Für unbegleitete Minderjährige in Calais ist die nächstgelegene Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung in Saint-Omer, 45 Kilometer entfernt.³⁴ Sie bringt Neuankömmlinge in der Regel in einer Unterkunft für Notfälle unter, die sich in einem umgewandelten Gymnasium befindet. Da Platz für einen dauerhaften Aufenthalt fehlt, bedeutet dies, dass die Neuankömmlinge für längere Zeit in der Notunterkunft bleiben. Die Jugendlichen sollten eigentlich durch ein schnelles Verfahren in den regulären Kinderschutz kommen. Das geschieht nicht. Sie [die Mitarbeiter_innen, d.Verf.] können nicht sagen, wann sie den Jugendlichen einen Platz anbieten und ihnen angemessene soziale und rechtliche Be-

³⁴ Die staatliche Einrichtung (*Établissement d'accueil et accompagnement vers l'autonomie pour mineurs isolés étrangers de St Omer*) hat eine Kapazität von 80 Not- und 40 Festplätzen.

Eine neue Phase (ab Ende 2016)

treuung gewähren können‘, erklärte uns Sabriya Guivy, Rechtsberaterin des *Refugee Youth Service*. Die Notunterkünfte bieten nur wenig Privatsphäre, und es gibt keine Sozialarbeiter oder andere Fachdienste. [... Guivy erklärte,] dass die Jugendschutzbehörden nicht verstehen, warum die Jugendlichen die Unterkunft nach kurzer Zeit verlassen. ‚Sie nehmen an, dass die unbegleiteten Jugendlichen nicht geschützt werden wollen. Dabei nehmen die Behörden ihre Fürsorgepflicht gar nicht aktiv wahr‘. (HRW 2017a: 37f)



Schlafstelle am Rand einer Straße im Industriegebiet Marcel Doret. (Foto: T. Müller, Oktober 2017)

Die meisten Migrant_innen einschließlich der Minderjährigen lebten 2017 obdachlos unter Brücken und Balkonen, in öffentlichen Parks, in Grünstreifen am Straßenrand, auf Brachflächen an Rand der Stadt, in Dickichten, unter Bü-

schen, in Hecken und anderen Verstecken. Zelte wurden nicht geduldet und umgehend entfernt oder zerstört, sodass die Schlafplätze meist nur durch Europaletten, Thermofolien oder Planen vor Nässe und Witterung geschützt werden konnten. Manche Migrant_innen trugen ihre Schlafsäcke während der Tagesstunden mit sich. Die Hütten, Infrastrukturen, Betriebe und Institutionen des New Jungle fehlten vollständig, und im Gegensatz zu damals lebten die Menschen wieder nach Ethnien getrennt. Immer wieder kam es zu stillen Besetzungen leerstehender Gebäude, die rasch geräumt wurden und auch von langjährigen Aktivist_innen kaum dokumentiert sind (vgl. CMS 2018b).



Mobile Trinkwasserversorgung an der Rue des Verrotières. (Foto: Jean-Philippe Huguet/Médecins du Monde)

Eine neue Phase (ab Ende 2016)



Zelte am Rand der Essensausgabe an der Rue des Verrottières. (Foto: Jean-Philippe Huguët/Médecins du Monde)

In Calais bildeten sich im Laufe des Jahres 2017 etwa sechs (nicht immer klar voneinander abgrenzbare) Zonen heraus, in denen Migrant_innen meist gleicher Herkunft schliefen, wo sie von zivilgesellschaftlichen und antirassistischen Akteur_innen mit dem Notwendigsten versorgt wurden und von wo aus ein Zugang zu den verbliebenen Migrationspfaden möglich war.³⁵ Wir können diese Zonen typologisch als Vor- oder Frühstadien neuer Jungles begreifen, zumal sie an frühere Siedlungsmuster anknüpfen: In den Grünflächen rund um Bahnhof und Rathaus und im Osten der Innenstadt, wo bereits in den 1990er Jahre Migrant_innen gelebt hatten und 2014 die meisten innerstädti-

³⁵ Einen Überblick zur räumlichen Verteilung der Zonen im Stadtraum vermittelt eine von *L'Auberge des Migrants* veröffentlichte Karte (vgl. Torondel 2017: 14) mit Eintragungen zur Häufigkeit ihrer Zerstörung durch die Polizei.

schen Camps lagen, lebten ein Jahr nach der Räumung vor allem Oromo. An der Rue des Verrotières, einer Seitenstraße der Rue des Garennes in der *Zone Industrielle des Dunes*, hatte sich eine regelmäßige Verteilung von Mahlzeiten und Hilfsgütern zu einem festen Treffpunkt für Migrant_innen entwickelt. Er lag in der Nähe des früheren Tioxide Jungle und unweit des Dubrulle-Waldes, der nun wieder als Versteck diente und teilweise eingezäunt wurde.³⁶ Die übrigen Zonen hatten sich dort gebildet, wo die 2016/17 errichtete Mauer entlang der A 216 endet und die Fahrbahn noch zugänglich ist. Dort, in den Gewerbegebieten *Marcel Doret* und *Beau Marais*, den Brachflächen hin zum nahe gelegenen Autobahnkreuz Calais und hinter der Grenze der Nachbargemeinde Marck, von wo aus der Lastwagenverkehr der *Zone de Fret Transmarck* erreichbar ist, lebten Migrant_innen aus den übrigen ostafrikanischen Staaten, während Afghan_innen ein Gelände auf der entgegengesetzten Seite des Autobahnkreuzes nutzten, wo sich eine provisorische Sozialstation von *Secours Catholique* befindet. Insgesamt erstreckten sich die Zonen über ein beachtliches Gebiet, in dem die Migrant_innen so sichtbar und präsent waren wie in den vergangenen Jahren; eine der größten von ihnen benutzten Brachflächen befand sich beispielsweise vor dem neuen Krankenhaus von Calais auf dem Gelände des geplanten Freizeitparks *Heroic Land*. Wie früher in der *Zone Industrielle des Dunes*, so konzentrierte sich das Geschehen am stärksten in den Gewerbegebieten, wohin sich die Infrastrukturen für den Fernlastverkehr (24-Stunden-Tankstellen, Imbisse, Supermärkte mit Wechselstube, bewachte Lastwagenplätze, Werkstätten usw.) verlagert hatten. Sie bildeten eine irreduzible

³⁶ Eine 2017 errichtete Zaunanlage trennt die Längsseite des Waldes von der vorbeiführenden Rue des Garennes und dem parallel verlaufenden Eisenbahngleis zum Fährhafen ab, während die übrigen beiden Seiten frei zugänglich sind. Etwas später wurde der nahegelegene Platz an der Rue des Verrotières, auf dem die Verteilung der Lebensmittel erfolgt, durch einen Zaun geteilt, der in der Mitte einen torartigen Durchgang besitzt. Das zwischen diesem Platz und dem Wald gelegene Brachgelände, über das die meisten Migrant_innen zu den Verteilungen gehen, wurde vom Bewuchs befreit. Der Zweck der Zäune ist nicht klar ersichtlich und wird von lokalen Beobachter_innen unterschiedlich interpretiert. Er kann z.B. als taktische Vorrichtung für polizeiliche Eingriffe, als Element einer künftigen Absicherung der Eisenbahnstrecke und/oder als symbolpolitische Demonstration von Handlungsmacht gedeutet werden.

Eine neue Phase (ab Ende 2016)

Möglichkeit für die Grenzpassage, solange der Fluss der Warenströme nicht unterminiert werden soll. Die Anlagen werden daher von CRS-Posten und -Patrouillen gesichert, was die Migrant_innen jedoch nicht davon abhält, in Sichtweite auf ihre Gelegenheit zu warten.

Diese Situation resultierte aus einer permanenten polizeilichen Intervention, die darauf abzielt, den natürlichen Entwicklungsschritt von agglomerierten Schlaf- und Wartezonen zu neuen Camps zu unterbrechen und unterbrochen zu halten. Von den Behörden als *points de fixation* begriffen, die es zu unterdrücken gelte, bildeten sie das eigentliche Ziel repressiven Handelns (vgl. Tazzioli 2017; Torondel 2017: 2). Die extreme Prekarität eines solchen zwar schon verorteten, aber noch nicht verfestigten Jungle wurde auf diese Weise verstetigt und als abschreckendes Element nutzbar gemacht. So entstand eine ausgesprochene Limbus-Situation, in der den Migrant_innen so viel Terrain wie möglich entzogen war: „in rechtlicher Hinsicht wie auch als wirklicher Boden – ihre Räume der Existenz ebenso wie ihre Räume der Bewegung“ (Tazzioli 2017). Hierin unterschied sich die Entwicklung des Jahres 2017 wesentlich von der Phase nach ‚Sangatte‘, als es rasch wieder zur *fixation* kam. Diesen Zustand der ‚Nichtverfestigung‘ als ‚Normalität‘ zu verstetigen, erfordert einen anhaltend hohen Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen sowie ein hohes Maß an legaler und illegaler Gewalt. In gewisser Weise komplementiert dieser *Raumentzug* die *Raumzuteilung* in den temporären Aufnahmezentren *außerhalb* des Grenzraums und in Negation des Migrationsziels (vgl. ebd).

Die Behörden erzielten diese Wirkung, indem CRS-Trupps die Migrant_innen meist in den frühen Morgenstunden von ihren Schlafplätzen vertrieben und die kommunale Stadtreinigung die Zelte, Decken und übrigen Hinterlassenschaften der Menschen ‚entsorgte‘. Die Vertreibungen konnten je nach Herkunft und Habitus der eingesetzten CRS-Einheit sehr brutal verlaufen. Die vorliegenden Schilderungen und Untersuchungen stimmen darin überein, dass die Menschen durch Rufe, Tritte, Stockhiebe und/oder das Sprühen von Pfefferspray oder CS-Gas (teils ins Gesicht) geweckt wurden. Vorgefundenes Trinkwasser sowie Nahrung, Decken, Schlafsäcke, Zelte, Mobiltelefone, Kleidung,

Schuhe und Brennmaterial, aber auch persönliche Papiere und Medikamente, wurden konfisziert, zerstört oder unbrauchbar gemacht, oft durch chemische Kontamination (vgl. HRW 2017a: 15–25; Torondel 2017). „Ich schlief, da kamen sie vorbei und sprühten mir ins Gesicht, sie schlugen mich mit ihrem Schlagstock auf die Knie, die wie taub waren. Sie nahmen mir die Schuhe ab und sagten, ich solle verschwinden“, so die typische Schilderung eines Betroffenen (zit. n. RRDP 2017c: 25).

Die Untersuchungen des *Refugee Rights Data Project* vom Frühjahr und Herbst 2017 lassen eine Zunahme der Polizeigewalt gegenüber dem New Jungle erkennen. Hatten dort 76 % der Befragten und 90 % der Minderjährigen angegeben, diese Form von Gewalt erfahren zu haben (s. Kap. 3), so waren es nunmehr 89 % (April) bzw. 92 % (Oktober) der Befragten und 96 % (April) bzw. 94 % (Oktober) der Minderjährigen. 81 % (April) bzw. 88 % (Oktober) nannten das Verhalten der französischen Polizei nunmehr „schlecht“ oder „sehr schlecht“, und etwa ebenso viele Menschen führten ihre gesundheitlichen Probleme auf den Gaseinsatz zurück wie auf die ungesunden Lebensumstände (vgl. RRDP 2017b: 9–13; 2017c: 18–28). Sowohl diese Zahlen, als auch Beobachtungen von *L'Auberge des Migrants* lassen eine Intensivierung der Polizeigewalt im Laufe des Jahres 2017 erkennen:

„Diese Operationen begannen nach der Zerstörung des Slums [New Jungle, d.Verf.] im Oktober 2016 und haben seitdem nicht aufgehört. Im Frühsommer 2017 haben sie sich intensiviert. Um genauere Statistiken über die Säuberungsoperationen zu erhalten und zu analysieren, haben wir am 16. und 17. August 2017 eine Umfrage durchgeführt: 76 % der Migrant*innen berichteten uns, dass die Reinigungskolonnen und die Polizei im Verlauf der letzten sieben Tage ihre Decken konfisziert haben. Im Durchschnitt gaben die Migrant*innen an, dass dies zweimal in der Woche passierte. Seit zwei Monaten [d.h. seit Oktober 2017, d.Verf.] finden diese Zerstörungen fast täglich statt.“ (Torondel 2017: 6f)

Eine neue Phase (ab Ende 2016)

„Das Niveau der Polizeigewalt scheint sich seit den RRDP-Untersuchungen im Calaiser Camp und im April 2017 intensiviert zu haben, wobei sich das Polizeiverhalten in der Wahrnehmung der Befragten ständig verschlechtert hat. Viele dem RRDP-Forscherteam berichtete Fälle polizeilicher Brutalität stimmen darin überein, dass der Einsatz von Gewalt durch die Polizei unverhältnismäßig und willkürlich erscheint (z.B. Knochenbrüche an Gliedmaßen, Herunterstoßen der Leute von Lastwagen mit schweren physischen Verletzungsfolgen, Einsatz von Polizeihunden ohne Maulkorb). In vielen Fällen scheint die Polizei ihre Macht übermäßig gegen Migranten zu missbrauchen, die nichts verbochen haben (z.B. Sprühen von Tränengas oder Pfefferspray auf Menschen, die schlafen oder die Straße entlanggehen). Außerdem waren die Polizeipraktiken in einer großen Zahl von Fällen ausgesprochen unsensibel und kontraproduktiv (z.B. Konfiszierung von Mobiltelefonen und Schuhen, Einschlagen der Zähne sowie Fälle, in denen unbegleitete Mädchen in der weiteren Umgebung ausgesetzt und einem erhöhten Risiko überlassen wurden).“ (RRDP 2017c: 38)

Auch die Art und Weise der Gewaltanwendung lässt sich als ein Entzug von Raum begreifen, denn sie entzog Orte und Zeiten körperlicher und seelischer Regeneration. Das *Refugee Rights Data Project* spricht von einer „inoffiziellen staatlichen Praxis“, die „einem Schlafentzug“ gleichkomme und die „physische und geistige Gesundheit“ der nach Calais zurückgekehrten Migrant_innen angreife (ebd.: 25).

„Mentale Gesundheitsprobleme scheinen in Calais endemisch zu sein. Insgesamt 21,2 % derjenigen mit Gesundheitsproblemen gaben an, dass es sich aus ihrer Sicht eher um mentale als um physische Beschwerden handle. Dies ist eine deutlich höhere Zahl als im April 2017 (16,4 %). Eine beachtliche Zahl der Befragten wurde vom Forschungsteam [...] dabei beobachtet, wie sie Selbstge-

sprache führten, und verschiedene Befragte äußerten, dass einer der ihrigen anscheinend dabei sei, ‚verrückt zu werden‘. Einige Jungen erzählten dem Forschungsteam, dass einer ihrer Begleiter, ein zwölfjähriger Junge aus Afghanistan, sich kürzlich selbst verletzt und versucht habe, sich umzubringen, weil er mit seiner Situation so unglücklich sei. Viele Befragte bezeichneten Schlafmangel als wichtigsten Grund ihres mentalen Unwohlseins, andere hingegen die hoffnungslose Situation, in der sie sich befinden. Eine beträchtliche Zahl der Befragten nimmt Schlaftabletten, um sich etwas erholen und nachts etwas Schlaf finden zu können. Aber die anhaltenden Polizeüberfälle machen es für die Leute schwer, mehr als einige wenige Stunden in der Nacht zu schlafen, wenn überhaupt.“ (RRDP 2017c: 29)

Hinzu kamen verbale und tätliche Angriffe aus der Mitte der Gesellschaft und von rassistischen Gruppen, die extrem gewalttätig verlaufen können.³⁷ Es verwundert daher nicht, dass die Betroffenen die in Calais erfahrene Bedrohung auf das gesamte Land übertrugen und auch aus diesem Grund um jeden Preis nach Großbritannien weiterreisen wollten. Als ein Team von *Human Rights Watch* im Sommer 2017 die Lage der Flüchtlinge in Calais untersuchte und unter dem Titel *Life like in Hell* publik machte, stellte es fest, dass „nahezu alle [...] interviewten Personen, die nicht in Frankreich bleiben wollen, ihre Behandlung durch die französische Polizei als einen wichtigen Faktor ihrer Entscheidung“ bezeichnet hätten (HRW 2017a: 37).

Von den karitativen, humanitären und antirassistischen Initiativen, die es nach wie vor gibt, haben sich vor allem die Distributionszentren auf die neue Situation einstellen, eine Schlüsselrolle übernehmen und, wie wir sehen werden, juristische Erfolge erzielen können. Während sich *Care4Calais* vor

³⁷ Zum Beispiel: „Ein 17 Jahre alter Eritreer sagte, er sei von einer Bande, die er als ‚Rassisten‘ bezeichnet, in einem Transporter entführt und ungefähr eine Stunde weit weggefahren worden, dann habe man ihn zusammengeschlagen und sich selbst überlassen, sodass er auf eigene Faust nach Calais zurückkommen musste.“ (RRPD 2017c: 16).

Eine neue Phase (ab Ende 2016)

allem auf den Archipel konzentrierte und *Secours Catholique* ein neues stationäres Zentrum für die Ausgabe von Hilfsgütern in der Innenstadt eröffnete, setzte *L'Auberge des Migrants* mobile Teams ein, um die in Calais lebenden Migrant_innen mit Trinkwasser, warmen Mahlzeiten, Nahrung, Hygieneartikeln, Thermofolien und anderen Gütern zu versorgen. So bildeten sich in den entsprechenden Zonen der Stadt feste Anlaufstellen heraus, die von den Teams regelmäßig angefahren und von den Migrant_innen intensiv genutzt wurden. Auf diese Weise fand auch eine allgemeinmedizinische und gynäkologische Notversorgung statt, es standen Waschmöglichkeiten bereit, Mobiltelefone konnten aufgeladen und Informationen weitergegeben werden; es wurde Fußball gespielt und Musik gehört. Die Treffpunkte knüpfen damit an die sozialen und kulturellen Räume des New Jungle an, ohne sie ersetzen zu können. Auch sie waren Ziel polizeilicher Übergriffe, die sich sowohl gegen Migrant_innen, als auch gegen Helfer_innen und Beobachter_innen richten können (vgl. HRW 2017a: 26–35) und zum Teil wohl auch darauf abzielten, die Zahl der Treffpunkte zu reduzieren und das Geschehen auf die Rue des Verrotières zu konzentrieren. Wir selbst konnten in einer vergleichsweise ruhigen Phase beobachten, wie die Polizei dort routinemäßig die Personalien aller anwesenden Nichtmigrant_innen erfasste und gleichsam ein *racial profiling* unter umgekehrten Vorzeichen durchführte, dann demonstrativ die beiden erstbesten Migrant_innen festnahm und schließlich die übrigen vom Platz drängte.

Nach französischem Recht sind Hilfeleistungen für illegalen Aufenthalt zwar als sogenanntes ‚Solidaritätsdelikt‘ strafbar, nicht jedoch, wenn sie zum Schutz der Menschenwürde und der körperlichen Unversehrtheit notwendig sind. Die bereitgestellten Hilfen konterkarierten damit zwar die Strategie des Raumentzugs, waren und sind aber gleichwohl legal. An diesem Punkt nun setzte nach der Zerstörung des New Jungle eine gegenläufige Entwicklung ein: Als Bürgermeisterin Bouchart im Winter 2016/17 praktisch alle Hilfen für Migrant_innen untersagte und es zu grotesken Konflikten um die Verteilung von Lebensmitteln und die Aufstellung von Duschen kam (vgl. *Passeurs d'hospitalités*, 12.–26.2.2017), entschied das Verwaltungsgericht in

Lille mehrmals zu Gunsten der Hilfsorganisationen und stellte außerdem fest, dass die Migrant_innen „einer inhumanen und entwürdigenden Behandlung ausgesetzt“ seien (zit. n. HRW 2017a: 26). Als Konsequenz aus ihrer Niederlage gestatteten die Behörden die Verteilungen, begrenzten sie jedoch auf die Rue des Verrottières und die Dauer von einer (später zwei) Stunde(n) am Tag. Alle übrigen Verteilungsstellen blieben informell und wurden im Juni von Polizeibeamt_innen für illegal erklärt, allerdings ohne formelle Anordnung der Präfektur. Im gleichen Monat besuchte Gérard Collomb als Innenminister im Kabinett des neu gewählten Präsidenten Emmanuel Macron Calais und bekräftigte die harte Linie der Regierung. Es folgte ein weiterer Rechtsstreit, in dessen Verlauf das Liller Gericht die Behörden verpflichtete, binnen zehn Tagen für Trinkwasser, Toiletten, Duschen und Waschmöglichkeiten zu sorgen (vgl. ebd.: 26–30). Die Bürgermeisterin und das Innenministerium gingen in Berufung, scheiterten jedoch am 31. Juli 2017 vor dem Staatsrat. Das oberste französische Gericht bestätigte vielmehr die Liller Rechtsauffassung und verpflichtete die Behörden dazu, auch den Zugang zu Unterkünften und rechtlichen Verfahren zu ermöglichen. Kurz zuvor hatte der oben genannte Bericht von *Human Rights Watch* interne polizeiliche Ermittlungen ausgelöst (Inspection Générale de Police Nationale et al. 2017), die die vorgeworfenen Menschenrechtsverletzungen in Teilen bestätigten und es angesichts der Masse des Materials als „plausibel“ ansahen, dass polizeiliche Standards verletzt würden (*Guardian*, 24.10.2017; vgl. auch HRW 2017b; Défenseur des Droits 2017). Ließ die Untersuchung noch die Deutung zu, dass besonders eklatante Fälle übertrieben dargestellt worden seien, so warf die wenig später veröffentlichte Lebensbeichte eines über 15 Jahre in Calais eingesetzten CRS-Beamten ein schonungsloses Licht auf Gewalttroutinen, Mentalitäten und Befehlsgebungen (vgl. Sabéran 2018).

Eine neue Phase (ab Ende 2016)



Neu errichteter Zaun zwischen dem Dubrulle-Wald, der Keimzelle der Calaiser Jungle, und der Rue des Garennes. (Foto: T. Müller, Mai 2017)

Der Innenminister reagierte auf die juristische Niederlage mit der Eröffnung neuer Aufnahmezentren (CAES, *Centres d'Accueil et d'Examen de Situation*) im August 2017, die sich wie die CAO außerhalb des Grenzraumes befinden und wie das Containerlager im New Jungle als Übergang in das französische Migrationssystem fungieren. Mehrmals wöchentlich fahren aus Calais und Grande-Synthe Busse in die neuen Einrichtungen (vgl. *Le Figaro*, 31.10.2017; kritisch Torondel 2017: 6), doch hat dies die Zahl der informell in Calais lebenden Menschen bislang nicht verringert. In gewissem Sinne sind Muster des New Jungle und seiner Räumung also in ein Krisenmanagement übernommen worden,

das zwar einen Weg in das französische Migrationssystem anbietet, im gleichen Zug aber den Druck auf die Migrant_innen stetig erhöht.

Anfang 2018 hat sich die Situation nicht grundlegend verändert, doch waren gewisse Tendenzen erkennbar. Insbesondere war es den Behörden gelungen, die Innenstadt von Calais wieder von migrantischen Schlafplätzen zu ‚säubern‘ und sie in die *Zone des Dunes* und andere periphere Gebiete abzu drängen. Ein entscheidendes Mittel war dabei die zeitliche und räumliche Beschränkung des Zugangs zu Trinkwasser und sanitären Ressourcen, die zum Teil wieder von *La vie active*, dem ehemaligen Betreiber des Centre Jules Ferry, bereitgestellt wurden. Im März 2018 sollte die Präfektur schließlich noch einen Schritt weitergehen und gemeinsam mit *La vie active* eine eigene Anlaufstelle mit Essenausgabe, Trinkwasser und Waschgelegenheiten eröffnen, die noch etwas weiter vom Zentrum der Stadt entfernt war als der Treffpunkt an der Rue des Verrotières.

Der sublime Jungle

Ein Jahr nach der Räumung des New Jungle war die Situation in Calais also prekärer als in den vorausgegangenen Phasen. Gleichzeitig lassen die Vorjahre erkennen, welche Dynamiken und Potenziale den Jungles prinzipiell inne wohnen. Vor dem Hintergrund der symbolpolitischen Aufladung, die Calais irreversibel erfahren hat, und im Kontext der sozialen wie kulturellen Spannungen innerhalb der französischen Gesellschaft, der Instabilität des franzö sischen Parteiensystems und der erodierenden Legitimation liberaldemokra tischer Staatskonzepte in Europa, ist der ‚Jungle von Calais‘ mehr denn je ein eminent politischer Ort – auch und gerade im Modus seiner vermeintlichen Nichtexistenz. Im öffentlichen Diskurs zu sagen, der ‚Jungle von Calais‘ sei beendet, oder zu sagen, er sei noch oder wieder existent, bedeutet, ein kontami niertes Feld zu betreten. Die Süddeutsche Zeitung sprach von einem Zustand der „verbrannten Erde“ (19.4.2017).

Gerade deshalb und dessen ungeachtet stellt sich die Frage, ob der Terminus *Jungle* die gegenwärtige Phase beschreibt oder nicht. Bei Gesprächen in Calais zeigte sich, dass einige Beobachter_innen die agglomerierten Schlafplätze ohne weiteres als neue Jungles bezeichnen, während andere den Begriff meiden. Wenn wir die heutige Situation jedoch als das gewaltsame ‚Einfrieren‘ mehrerer im Entstehen begriffener Jungles verstehen – als einen im Anfangsstadium gekappten Entwicklungsprozess, was die Menschen in einer gleichsam animalischen Situation *unterhalb einer ständig neu geschaffenen Grenze* gefangen hält –, so können wir vielleicht am besten von *sublimen* Jungles sprechen. Sie stellen das Gegenteil der vorausgegangenen manifesten, sichtbaren und öffentlichen Jungles dar und sind damit Teil eines Blickregimes, das die ‚humanitäre Krise‘ dadurch gelöst zu haben suggeriert, dass es die Migrant_innen dem Blick entzieht, indem es ihren symbolbeladenen Ort, den Jungle, sublimiert. Dies beseitigt seine Existenz zwar nicht (das Gegenteil ist der Fall), weist den ‚illegalen‘ Männern, Frauen und Kindern jedoch eine Existenz außerhalb und unterhalb ‚unserer Lebensweise‘ als ‚Europäer_innen‘ zu, die dem tradierten rassistischen Bild eines primitiven Vegetierens im Busch nicht nur visuell-symbolisch nahekommt, sondern es materiell produziert.

„Eine 29jährige eritreische Frau erklärt: ‚Auf der Straße machen sie immer Affenlaute, wenn sie an mir vorbeikommen.‘ Ein 29 Jahre alter eritreischer Mann berichtet unabhängig davon: ‚Sie schreien mir Affengeräusche entgegen und zeigen mir den Mittelfinger.‘“ (RRDP 2017c: 16)

Dem sublimen Jungle von Calais wohnt damit etwas Animalisierendes und Dehumanisierendes inne, das sich in der rassistischen Beleidigung der Migrant_innen als Affen ebenso spiegelt wie in der vielzitierten Selbstbehauptung der vorausgegangenen Jungles: *I am not animal!*³⁸

³⁸ Die Sentenz war titelgebend für das erste in deutscher Sprache erschienene Buch über die Jungles (Khamis 2016). Sie war in Äußerungen der Migrant_innen präsent und als Graffiti an den meisten Siedlungsplätzen zu finden. Im ‚öffentlichen‘ New Jungle hörten wir auch den Zusatz: *...and the Jungle is not a zoo.*

Antirassistische Initiativen charakterisieren Calais vor diesem Hintergrund auch als einen Ort der Apartheid. Man wird nicht umhinkommen, Calais auch als denjenigen Ort im Kern der Europäischen Union zu begreifen, an dem ein institutionell-rassistisches Regime von besonderer Radikalität über einen langen Zeitraum und ohne Anzeichen eines baldigen Endes etabliert worden ist. Doch zeigt die bisherige Entwicklung ebenso, dass mit Unvorhergesehenem zu rechnen ist. Schleichend verändern sich die subtilen Jungles zu kleinen und kurzlebigen Camps, leerstehende Gebäude werden besetzt und wieder geräumt, das Netz mobiler wie stationärer Versorgungsstrukturen wird dichter, die Schlüsselakteure der vergangenen Phasen haben nicht aufgehört zu intervenieren (vgl. exemplarisch CMS 2018a/b) und neue sind an anderen Orten hinzugekommen. Als die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens im Januar 2018 die Grundlagen des Grenzregimes neu justierten, war die Situation wie folgt:

„Es sind gut über 1.000 Migrant_innen allein in Calais – eine genaue Zählung ist unmöglich – darunter viele Minderjährige. [...] Ein weiteres Tausend ist in der Region und entlang der Küste verstreut, beginnend in Dunkerque, wo die Leute – meist irakische Kurden einschließlich Familien mit kleinen Kindern – in den Wäldern campieren und ihre Zelte regelmäßig von der Polizei zerstört werden. In Ouistreham nahe Caen wurde kürzlich ein Jungle von 200 Sudanesen zerstört; Leute aus der Gegend haben es geschafft, die Leute aus diesem Jungle unterzubringen und eine 2.000 Personen starke Demonstration zu organisieren. Die Leute verteilen sich von Le Havre bis Bilbao im Baskenland, wo ein kleiner Jungle entstanden ist. [...] In Belgien versuchen Leute, Großbritannien von Brüssel (mit dem Eurostar) oder auch von der Küste aus zu erreichen [...]. Die stärkste Konzentration gibt es in Brüssel, zuletzt 600 Leute, die sich im Maximilian-Park sammeln. Es gibt dort eine fantastische Mobilisierung von Bürgern, über 300 lokale Einwohner bringen Leute bei sich zuhause unter, wenn die Polizei sie festnehmen will, und ihre Bewegung

wächst weiter! Die Bürger haben eine Menschenkette von 2.500 Personen um den Bahnhof gelegt, als die Polizei weitere Razzien ankündigte.“ (Watch the border 2018)

Sandhurst

Ein Fluchtpunkt der gegenwärtigen Phase ist der Vertrag von Sandhurst, den die Innenminister_innen Frankreichs und Großbritanniens am 18. Januar 2018 im Rahmen des jährlichen Gipfeltreffens beider Regierungen unterzeichneten und der am 1. Februar in Kraft trat. Zwei Tage vor dem Gipfel besuchte Emmanuel Macron Calais. Wie der *Guardian* berichtete, sollte der Besuch „schonungslos“ deutlich machen, dass „die Grenze geschlossen ist und Calais nicht länger ein Ziel für Migranten sein darf“. Macron „gelobte, dass es nie wieder ein großes Flüchtlingscamp in Calais geben werde, und warnte diejenigen, die in der Hoffnung auf ein Erreichen Großbritanniens in der Gegend geblieben waren, dass sie in einer Sackgasse steckten. Der französische Präsident beschuldigte außerdem verschiedene Organisationen, über Polizeibrutalität zu lügen und die Leute zu ermutigen, in Calais zu bleiben und die Passage in das Vereinigte Königreich zu versuchen.“ (*Guardian*, 16.1.2018). Der einzig verbleibende Weg sollte die Migrant_innen vielmehr in die CAES führen, sodass in einem reformierten Verfahren zügig über ihren Aufenthalt entschieden werden könne. Ein Pressefoto zeigt den Präsidenten mit einem jungen Bewohner des CAES in Croisilles, etwa 130 Kilometer entfernt von Calais, so als wolle er dies per Handschlag besiegeln (vgl. ebd.). Es ist nicht schwer, in dieser symbolpolitischen Inszenierung den Status quo von Raumentzug und Raumzuweisung, also die verstetigte Räumung, zu erkennen. Der Vertrag von Sandhurst greift genau dies auf und hebt es auf die Ebene einer rechtsverbindlichen zwischenstaatlichen Vereinbarung: Der Zugang zu Recht und Unterkünften wird an das Verlassen der Gebiete rund um Calais und Dunkerque geknüpft, und im Gegenzug stellt Großbritannien

eine finanzielle Unterstützung für Einrichtungen wie die CAES in Aussicht (vgl. Treaty of Sandhurst: Präambel, Art. 1.2 u. 4).

Aus der Sicht beider Regierungen erneuert der Vertrag von Sandhurst die bestehenden Vereinbarungen von Canterbury (1986), Sangatte (2000) und vor allem La Touquet (2003), und zwar auf der Grundlage jener Strategie, die sie in der wichtigen Erklärung *Managing Migratory Flows in Calais* am 20. August 2015 niedergelegt hatten (vgl. ebd.: Präambel; s. Kap. 1). Statt die alten Vereinbarungen aufzukündigen oder dies zumindest anzudrohen, wie französische Spitzenpolitiker_innen es zu Beginn der Brexit-Phase gefordert hatten, wurden sie in Sandhurst also zur Basis eines „koordinierten Managements [der] geteilten Grenze“ (so der Titel des Vertrags) unter den Bedingungen des Brexit. Zur Finanzierung der damit verbundenen Maßnahmen sagte Großbritannien 50 Millionen EUR allein für das Jahr 2018 zu, was einem Drittel der bis dahin investierten britischen Gelder entspricht und insofern eine überraschend hohe Summe darstellt (vgl. Communiqué: pos. 53).

Stärker als seine Vorläufer weitet der Vertrag von Sandhurst das Grenzregime von Calais und Dunkerque auf weitere französische Häfen wie Ouistreham und Le Havre (vgl. ebd.: pos. 51) sowie auf das Hinterland der Departements Nord und Pas-de-Calais aus. Für diesen erweiterten Aktionsraum soll ein neues *Joint Information and Coordination Centre* der *law enforcement*-Behörden entstehen, dessen Kompetenzen weit gefasst sind: „Management und Prävention von Gefahren für die öffentliche Ordnung im Bereich der in Nord und Pas-de-Calais angesiedelten Transportinfrastrukturen“, „Krisenmanagement im Fall von akutem Migrationsdruck“ und Maßnahmen gegen den Schmuggel von Menschen und Waren (Treaty of Sandhurst: Art. 6). Auch die überwölbende Rolle des *UK-France Border Committee* wird festgeschrieben und die Rolle der Innenministerien innerhalb dieses Gremiums gestärkt (vgl. ebd.: Art. 9).

Allerdings schafft der Vertrag auch eine Möglichkeit der legalen Einreise, denn er enthält ein Regelwerk zur Implementierung der Dublin-III-Verordnung von 2013 einschließlich der Verfahren zur Zusammenführung der unbegleiteten Minderjährigen mit ihren Familienangehörigen in Großbri-

Eine neue Phase (ab Ende 2016)

tannien (vgl. ebd.: Art. 2.5). Solche Verfahren hatten, wie wir gesehen haben, in Frankreich lange Zeit gefehlt, waren erstmals überhaupt im Kontext des New Jungle praktiziert und dann, bedingt durch den Zeit- und Erfolgsdruck der Räumung, durch ein improvisiertes Schnellverfahren überlagert worden. Der Vertrag von Sandhurst holt die Implementierung der *regulären* Verfahren nun nach und versieht sie mit den erforderlichen Verfahrensweisen, Zuständigkeiten, Bearbeitungsfristen und Ressourcen. Er ermöglicht damit die lange geforderte sichere Passage zumindest für einen Teil der am stärksten gefährdeten Migrant_innen. Unter der Aufsicht des *UK-France Border Committee* sollen die Institutionen der gemeinsamen Grenzregimes die Implementierung durchführen und hierzu die erforderlichen Strukturen schaffen (vgl. ebd.: Art. 9). Die sichere Passage wird also in genau jenem institutionellen Rahmen stattfinden, dessen genuine Funktion die Schließung der Grenze und der Raumentzug in ihrem Vorfeld ist. Es wird sich zeigen, was dies in der Realität bedeutet.

Im Kontext des Gipfels, aber nicht explizit im Vertrag geregelt, stellte die britische Regierung außerdem die Einreise von 260 unbegleiteten Minderjährigen nach dem Dubs-Verfahren in Aussicht. Diese Zahl entspricht der Differenz zwischen den angekündigten 480 und den tatsächlich durchgeführten 220 Transfers bis Januar 2018, mithin stellt sie also keine Erhöhung der Aufnahmen dar. Vielleicht als Vorbereitung dieser Maßnahme hatten die Behörden 118 Kinder und Jugendliche aus Calais in ein improvisiertes Zentrum in Merlimont gebracht, die sich einen Tag später jedoch größtenteils wieder auf den Weg zurück nach Calais machten (vgl. Watch the borders 2018).

Der Gipfel von Sandhurst zeigt nicht zuletzt die weitere Integration von Calais in einen Komplex umfassender sicherheitspolitischer Dispositive von nationaler, europäischer und globaler Reichweite. Der Vertrag über das Management der *Shared Border* bildet dabei gemeinsam mit anderen Vereinbarungen zur Verteidigungspolitik, zur Inneren Sicherheit, zur Cyber- und Digitalen Sicherheit, zur Außen- und Entwicklungspolitik und zur Migration ein Gesamtpaket namens *Shared Security*, dessen Elemente miteinander verknüpft sind. So

umfassen die Maßnahmen zur Inneren Sicherheit etwa Pläne für eine „bilaterale maritime Antiterror-Vereinbarung“ mit dem Ziel eines „verbesserten Schutzes der Sicherheit der über 15 Millionen Passagiere, die den Kanal jedes Jahr überqueren“, sowie „zur Sicherung der Kanalhäfen“ und ihres „ökonomischen Nutzens.“ (Communique pos. 28, Appendix *Protecting our Internal Security*). Im Kontext der laufenden Brexit-Verhandlungen bedeutet dies auch eine materielle und symbolische Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Großbritannien und den EU-Staaten. Demonstrativ betonten die Regierungen von Frankreich und Großbritannien in Sandhurst die historischen und normativen Verbindung beider Räume. In diesem Kontext scheint der gemeinsame Aufbau einer hochorganisierten Grenze die gemeinsame Zugehörigkeit zur Europäischen Union als identitätsstiftendes Element zu kompensieren, oder mit anderen Worten: Es ist, als werde in der Sekuritisierung des grenzübergreifenden Verkehrs eine neue Brücke über den Kanal gesehen. Die Zäune von Calais wären dann das groteske Symbol der Post-Brexit-Ära.

Der britische Außenminister Boris Johnson nutzte Sandhurst, um für den Bau einer tatsächlichen Brücke über den Kanal zu werben. Würde sie gebaut, wäre sie Brücke und Festung zugleich. Sie wäre aber auch ein weiterer Migrationspfad.

Perspektiven

Der Grenzraum Calais war, wie ein Blick auf seine Geschichte zeigt, durch kontinuierliche Transmigration geprägt, die wiederum durch staatliche und gesellschaftliche Interventionen periodisiert worden ist. Auf eine erste Phase vergleichsweise einfacher Grenzübertritte und eines entsprechend kurzen Wartens unter prekären Bedingungen in den 1980er und 1990er Jahren folgte die unter dem Schlagwort ‚Sangatte‘ bekannt gewordene Sondersituation der Jahre 1999 bis 2002. Sie bestand, wie wir gesehen haben, in der Bereitstellung einer Großunterkunft, die rasch zum Symbol einer ‚Migrationskrise‘ wurde und das lokale Geschehen zum ersten Mal international bekannt machte. Diese zweite Phase erscheint im Rückblick als Blaupause späterer Maßnahmen und markiert den Beginn einer bis heute anhaltenden physischen, technologischen und organisatorischen Fortifikation der Verkehrswege, die wir zugleich als eine Expansion der Grenze begreifen können: Das zunächst für den Kanaltunnel entwickelte System der vorgezogenen Grenzkontrollen wurde durch das Abkommen von Le Touquet zu einem britisch-französischen Grenzregime verallgemeinert und partiell auf Belgien und die Niederlande übertragen. In Calais begann mit der Schließung des Lagers Sangatte eine Phase erneuter Prekarität, nur dass die informelle Passage der Grenze nun erheblich erschwert war, die Aufenthaltsdauer in Calais zunahm und profitable Geschäftsfelder für Schleusernetzwerke entstanden. Die Grenzfalle war geboren, und mit ihr etablierten sich polizeiliche Routinen im Grenzbereich von Legalität und Illegalität, die sich seitdem zwar neuen Situationen angepasst, in ihren Grundzügen aber kaum verändert haben. In dieser dritten Phase wuchsen die provisorischen Camps zu komplexen Siedlungen und erlangten als ‚Jungle von Calais‘ eine ambivalente Prominenz.

Dies war die Voraussetzung für eine vierte und ausgesprochen dynamischen Phase, die um 2009 einsetzte und 2014 förmlich explodierte. Calais war

nun nicht mehr nur das Laboratorium einer innereuropäischen Migrationsabwehr in Form eines hochgradig technisierten und damit ökonomisch innovativen Grenzregimes, sondern auch einer sozialen und politischen Gegenbewegung, die bis dahin geltende Strategien der Unsichtbarmachung ins Leere laufen ließ. Kennzeichnend für diese Phase waren die Größe und/oder Multiethnizität der Jungles, ihr Heraustreten aus der Klandestinität und ihr Hineintreten in den Stadtraum, die Interventionen der radikal solidarischen europäischen Akteur_innen, die Konstitution neuartiger autonomer und hybrider Räume und nicht zuletzt die Überlagerung und Zuspitzung aller damit einhergehenden Konflikte. Die Zerstörung dieses sozialen und politischen Laboratoriums zu Beginn des Jahres 2015 und die Kanalisierung des Geschehens auf ein Areal außerhalb der Stadt markierten den Übergang in die fünfte Phase. Diese war charakterisiert durch eine Formalisierung der bis dahin informellen Jungles und schuf mit dem New Jungle eine Art Getto (oder ‚Hotspot‘), in dem allerdings die Dynamiken der Vorjahre wirksam blieben. So entstand eine informelle Stadt (oder stadtähnliche Siedlung) mit zeitweise über 10.000 Bewohner_innen und einer komplexen Binnenstruktur, die wiederum auf zahlreichen Ebenen mit der europäischen Zivilgesellschaft verwoben war und einen öffentlichen Raum ganz eigener Art darstellte. Diese Entwicklung vollzog sich jenseits europäischer Konzepte der Migrationsverwaltung und war in den Kernstaaten der EU singulär, wenngleich die Urbanisierung von Flüchtlingscamps im globalen Kontext ein gängiges Phänomen ist. Dabei wurde auch deutlich, dass neben der Fortführung der Reise nach Großbritannien auch andere Motive den Ausschlag dafür gaben, im Jungle zu leben, darunter Obdachlosigkeit während regulärer französischer Asylverfahren und die Suche nach Schutz, Hilfe und Identität bietenden sozialen Bezugsgruppen. Die Jungles erweisen sich insofern nicht als die ‚humanitäre Krise‘, die dann durch die Räumung beendet worden sei, sondern vielmehr als eine funktionierende Antwort auf diese, wenn man so will: als Ausdruck eines zivilisatorischen Prozesses unter den Bedingungen limitierter (und entzogener) materieller und rechtlicher Ressourcen.

Die sechste, mit der Umsiedlung der Migrant_innen und der Zerstörung des New Jungle einsetzende Phase hat diese Dynamik vorerst gestoppt. Die Jungles von Calais entstehen seitdem permanent neu und werden zugleich permanent zerstört. Dabei zeigt die Radikalität, mit der die Behörden gegen die *points de fixation* (wie sie diese sublimen Jungles umschreiben) vorgehen, dass Calais nach wie vor eine hohe soziale, politische und symbolische Brisanz beigemessen wird. All dies wiederum vollzieht sich im Kontext eines weit gestreuten Archipels von Camps, das sich seit ‚Sangatte‘ kontinuierlich entwickelt und mit der Expansion der Grenze ebenfalls ausgedehnt hat, zuletzt bis Bilbao und Brüssel.

In welchen Kontexten könnte die weitere Entwicklung nun verlaufen? Zunächst: Calais ist für den Fluss der Waren- und Verkehrsströme zwischen Großbritannien und dem Festland unverzichtbar und besitzt eine für die europäische Ökonomie vitale Bedeutung. Die Kontrolldichte an dieser Grenze lässt sich daher nur soweit erhöhen, wie sie den Verkehrsfluss nicht nachhaltig stört und damit dysfunktional wird. Wie empfindlich beide Staaten auf solche Störungen reagieren, wurde beispielsweise während eines mehrwöchigen Streiks der Hafentarbeiter_innen im Sommer 2015 deutlich, der zu massiven Staus im Umfeld des Fährhafens führte – was wiederum von Migrant_innen erkannt und genutzt wurde. Es wird also ein Rest von Durchlässigkeit verbleiben. In einem spektakulären Einzelfall, der im Herbst 2015 europaweit für Schlagzeilen sorgte, gelang es einem sudanesischen Flüchtling sogar, den Kanaltunnel zu Fuß zu durchqueren. Der Grenzraum Calais dürfte daher auf lange Sicht ein Transitort und eine Grenzfallbeziehung bleiben, in der, bezieht man den Archipel ein, einige tausend Menschen unter prekären Bedingungen leben, während sich eine vergleichbare Situation an der Grenze zwischen dem italienischen Ventimiglia und dem französischen Menton herausbildet (vgl. RRDP 2017d).³⁹

³⁹ Im Sommer 2017 lebten dort ähnlich viele Migrant_innen wie in Calais. Es waren überwiegend Sudanese_innen, und ihre Lebensbedingungen waren vergleichbar. Etwas mehr als die Hälfte (54 %) nannte Großbritannien als Migrationsziel (RRDP 2017d: 31).

Auch der Ausbau der Grenzanlagen am Kanaltunnel und am Fährhafen ist nicht beendet. So haben die Betreiber des Fährhafens Pläne für eine Verdopplung der Kapazität bis 2021 durch den Bau von Außendocks und eines Eisenbahnterminals vorgelegt. Dieser soll, so die Vorstellung, durch eine ‚Schienen-Autobahn‘ (*autoroute ferroviaire*) bis zur spanischen Grenze den südwesteuropäischen Frachtmarkt erschließen, perspektivisch aber auch Mittel- und Osteuropa anbinden. In den Planungen entspricht diese ‚Schienen-Autobahn‘ dem seit Jahren als Migrationspfad genutzten Gleis, das quer durch die *Zone Industrielle des Dunes* führt und seit 2017 mit Zäunen versehen wird. Sollte außerdem der von Boris Johnson im Januar 2018 vorgeschlagene Bau einer Brücke über den Kanal in konkrete Planungen übergehen, würde auch dies sowohl Migrationsgelegenheiten schaffen, als auch neue Fortifikationen bedingen. Es ist nicht schwer zu prognostizieren, dass Projekte wie diese eine Schlüsselrolle im *koordinierten Grenzmanagement* einnehmen würden. Dabei bilden bauliche Anlagen die Expansion der Grenze nur unvollständig ab. Denn gerade weil der physischen Kontrolle der Verkehrsströme in Zeiten der Just-in-time-Produktion enge ökonomische, zeitliche, organisatorische und räumliche Grenzen gesetzt sind, treten technologische Verfahren stärker in den Vordergrund (vgl. CRN 2017a: freight industry). Calais würde sich damit abermals als Laboratorium erweisen, zu dessen Standortvorteilen auch die fortgeschrittene Suspension rechtlicher, politischer und ethischer Normalitäten gehört. Dies zu Ende gedacht, erscheint die Sicherung der vitalen Verkehrs- und Warenströme über den Kanal als Schlüsselement sicherheitspolitischer Dispositive ‚in Zeiten des Terrors‘ und allgemein ‚empfundener Bedrohungen‘. Calais markiert damit weit jenseits der Migrationspolitik eine Entgrenzung staatlichen Handelns und seines Übergangs in einen latenten Ausnahmezustand.

Hatten sich die vorgezogenen Grenzkontrollen zunächst als Nukleus des britisch-französischen Grenzregimes der 2010er Jahre erwiesen, das zeitweise wohl auch als Modell für ein Außengrenzregime der EU angelegt war, so zeichnet sich nun eine zweite Transformation zu einem britisch-kontinentalen Grenzregime der 2020er Jahre ab – oder anders gesagt: die

Entstehung einer neuen nordwestlichen EU-Außengrenze (mit einer von innen nach außen gerichteten Migrationsbewegung). In dieser Übergangsphase definiert der Brexit-Prozess die Beziehung und damit auch die Grenze zwischen Großbritannien und der EU neu. Da das geltende Grenzregime nicht auf europäischem Recht, sondern auf zwischenstaatlichen Vereinbarungen beruht, kann dies auch nur zwischenstaatlich erfolgen. Der Vertrag von Sandhurst lässt sich daher vor allem als Grundlegung für die Post-Brexit-Ära verstehen. Doch sind auch die eigentlichen Brexit-Verhandlungen nicht ohne Auswirkungen auf Calais. Würden etwa wiedereingeführte Zollkontrollen, indem sie die Grenzabfertigung langwieriger machen und lange Staus entstehen lassen, neue Migrationsgelegenheiten schaffen – oder vielmehr neue Zonen und Technologien der Kontrolle, vielleicht sogar neue Formen vorverlagerter Grenze oder sich autonom kontrollierender Fahrzeuge? Und was bedeutet die Entstehung einer Landgrenze zwischen der EU und Großbritannien auf der irischen Insel (oder ihre Vermeidung durch einen Sonderstatus) für die Suche nach neuen Migrationspfaden?

An den Gründen und an der Richtung der Migration wird all dies nichts ändern, wohl aber an ihren Wegen, Risiken und Verläufen und damit auch an der Situation in Calais. Es ist jedoch zu früh, um prognostizieren zu können, wie die sechste Phase enden und eine siebte möglicherweise beginnen könnte.

Literatur

ACTED 2016: Annual report 2016, acted.org.

Agier, Michel 2016: Borderlands. Towards an Anthropology of the Cosmopolitan Condition, Cambridge.

Agier, Michel / Babels 2017: De Lesbos á Calais. Comment l'Europe fabrique des camps, Neuvy-en-Champagne.

Agier, Michel / Bouagga, Yasemine / Galisson, Maël / Hanappe, Cyrille / Petite, Mathilde / Wannesson, Philippe 2018: La Jungle de Calais: les migrants, la frontière et le camp, Paris.

Alaux, Jean-Pierre 2015: Calais vaut bien quelques reguieim, in: Plein droit, Nr. 104, S. 3–8.

AnArchitektur 2002: Grenzgeographie Sangatte, anarchitektur.org.

Atelier public de paysage 2016a: Habiter le paysage. La jungle de Calais comme paysage, urbanisme-puca.gouv.fr.

Atelier public de paysage 2016b: Autour: diffuser l'accueil, urbanisme-puca.gouv.fr.

BABELS 2017: De Lesbos á Calais. Comment l'Europe fabrique des camps, Neuvy-en-Champagne.

Bar Human Rights Committee of England and Wales (BHRC) 2016: Camps at Calais and Grande-Synthe (France): Policing and Access to Justice, barhuman-rights.org.uk.

Literatur

Bar Human Rights Committee of England and Wales (BHRC) 2017: Breakdown: the dismantling of the Calais “Jungle” and of the promises to its unaccompanied children, 24–25 October 2016, barhumanrights.org.uk.

Beddoe, Christine 2017: “Nobody deserves to live this way!” An independent inquiry into the situation of separated and unaccompanied minors in parts of Europe, hrsg. v. Human Trafficking Foundation, infomie.net.

Bee, Keigh 2017: Calais und die Grenzindustrie. Profiteure der EU-Migrationspolitik, hrsg. v. Informationsstelle Militarisierung e.V., imi-online.de.

Benoît, Mathieu et al. 2016: Flux, urbanisme-puca.gouv.fr.

Bolt, David 2017: An inspection of Border Force operations at east coast sea-ports, July to Novembre 2016, gov.uk.

Boutinova, Veronika 2015: Calais Cul-de-sac. Théâtre, Paris.

Calais Migrant Solidarity (CMS) o.J.: Radical Migrant Solidarity. Initiatives, observations and ideas from the struggle against the border regime, calaismigrantsolidarity.files.wordpress.com.

Calais Migrant Solidarity (CMS) 2011: Calais: this border kills. Documented police violence, June 2009 – June 2011, calaismigrantsolidarity.files.wordpress.com.

Calais Migrant Solidarity (CMS) 2014a: Calais. Deux ans après. Harcèlement policier discriminations. Nouvelle saisine du défenseur des droits, calaismigrantsolidarity.files.wordpress.com.

Calais Migrant Solidarity (CMS) 2014b: Calais. Novembre 2011 – Avril 2014. Chronologie *non exhaustive* des contrôles d’identité, interpellations, intimidations, fermetures de squats, etc, subis par les exile-e-s, calaismigrantsolidarity.files.wordpress.com.

Calais Migrant Solidarity (CMS) 2015a: Calais. Trapped on the Border. A brief history of solidarity quating practices, calaismigrantsolidarity.files.wordpress.com.

Calais Migrant Solidarity (CMS) 2015b: Jules Ferry Centre: Another Step towards Segregation (29.1.2015), calaismigrantsolidarity.wordpress.com.

Calais Migrant Solidarity (CMS) 2016a: Fight in the Calais 'jungle', calaismigrantsolidarity.wordpress.com.

Calais Migrant Solidarity (CMS) 2016b. Fuel, calaismigrantsolidarity.wordpress.com.

Calais Migrant Solidarity (CMS) 2018a: Death at the border, calaismigrantsolidarity.wordpress.com.

Calais Migrant Solidarity (CMS) 2018b: Another illegal expulsion today, calaismigrantsolidarity.wordpress.com.

Calais Research Network 2016: Funding the border, calaisresearch.noblogs.org.

Calais Research Network 2017a: Decision-makers, calaisresearch.noblogs.org.

Calais Research Network 2017b: Eurotunnel. Deaths at the fences, profits for Goldman Sachs, calaisresearch.noblogs.org.

Calais writers 2017: Voices from the 'Jungle'. Stories from the Calais refugee camp, London.

Cazeneuve, Bernard / Rudd, Amber 2016: Joint press statement, 11.10.2016, gov.uk.

Clochard, Olivier 2007: Le jeu des frontières dans l'accès au statut de réfugié. Une géographie des politiques européennes d'asile et d'immigration, Diss. Univ. Poitiers (hier: Kap. 6: La situation singulière de la région de Calais).

Coco e Foolz 2016: C'était Calais (Charlie Hebdo hors série 16).

Literatur

Commission Nationale Consultative des Droits de l'Homme (CNCDH) 2015: Opinion on the situation of migrants in Calais and in the Pale of Calais, cncdh.fr.

Collectif 2017: Calais, face à la frontière, Ariège/Paris/Marseille.

Collectif SANS PLUS ATTENDRE 2016: Architectures de la Jungle, urbanisme-puca.gouv.fr.

Coordination Française pour le droit d'asile (CFDA) 2008: La loi des "jungles". La situation des exilés sur le littoral de la Manche et de la Mer du Nord. Rapport de mission d'observation mai-juillet 2008, gisti.org.

Damon, Julien 2017: Un monde de bidonvilles. Migrations et urbanisme informel, Paris.

Défenseur des Droits 2015: Exiles and fundamental rights: the situation in the territory of Calais, in: defenseurdesdroits.fr.

Défenseur des Droits 2017: Visite des services du Défenseur des Droits le Lundi 12 Juin à Calais, defenseurdesdroits.fr.

Department of Transport 2017: Sea Passenger Statistics: Final 2016.

Dhesi, Surindar / Isakjee, Archad / Davies, Thom 2015: An Environmental Health Assessment of the New Migrant Camp in Calais, Oktober 2015, birmingham.ac.uk.

Dhesi, Surindar / Isakjee, Archad / Davies, Thom 2017: Public health in the Calais refugee camp. Environment, health and exclusion, wrap.warwick.ac.uk.

Djigo, Sophie 2016: Les migrants de Calais. Enquête sur la en transit, Agone.

Dunkirk Legal Support Team (DLST) 2016: Basic facts about unaccompanied minors from the refugee camp in Grande-Synthe, passeursdhospitalites.files.wordpress.com.

- Eczet, Jean-Baptiste / Cometti, Geremia 2016: Dar-Inconnus, urbanisme-puca.gouv.fr.
- Equer, Jérôme 2011: La jungle Calais, un déshonneur européen, Paris.
- Eurin, Philippe 2010: La Jungle de Calais. Misère et solidarité, Paris.
- Evans, Kate 2017: Threads, from the refugee crisis, London.
- Fassin, Didier 2005: Compassion and Repression: The Moral Economy of Immigration Policies in France, in: *Cultural Anthropology* 20, Heft 3, S. 363–387.
- Fassin, Didier 2012: Humanitarian Reason: a moral history of the present, Berkeley.
- Fassin, Didier 2017: Das Leben. Eine kritische Gebrauchsanweisung, Berlin.
- Fourquet, Jérôme / Manternach, Sylvain 2017: Calais: Miroir François de la crise migratoire européenne, Teil 1 und 2, fondapol.org.
- Framer-Larleix, Arthur 2015: Dans la peau d'un migrant: De Peshewar à Calais. Enquête sur le "cinquième monde", Paris.
- Frenzel, Fabian 2017: Auf in den Jungle. Camps von Geflüchteten werden zu Reisezielen, in: Blätter des iz3w, Heft 361: Tourismus und Migration.
- Freyburger, Pierre / Georges, Luc 2015: Sept jours à Calais, o.O.
- Ganley, Elaine 2015: Human trafficking in refugees: Smugglers rule camp in northern France, The Associated Press, 28.9.2015.
- Georgi, Fabian 2014: Making Migrants Work for Britain, in: Forschungsgruppe "Staatsprojekt Europa" (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld, S. 113–130.
- Hanappe, Cyrille 2016a: Architecture et reduction du risqué. Plan guide d'intervention la Jungle de Calais, Jan. 2016, dropbox.com.

Literatur

Hanappe, Cyrille 2016b: Les leçons urbaines de la jungle, in: *Libération* 6.3.2016.

Hanappe, Cyrille 2016c: Calais: l'Etat s'apprête à détruire la ville des pauvres, in: *Libération* 11.10.2016.

Help Refugees 2017: Refugees' blankets taken 'three times a week' in Calais: a new report, helprefugees.org.

Human Rights Watch 2017a: "Like Living in Hell". Police abuses against adult and child migrants in Calais, hrw.org.

Human Rights Watch 2017b: France: Inquiry finds police abused migrants in Calais, hrw.org.

Hunter, Benjamin/Pope, Rosie 2016: An uncertain future: Life for the children of the Calais „Jungle“ post-eviction, infomie.net.

Hunter, Benjamin 2017a: Life on the street. Unaccompanied children at risk in France. Sociological Study with case studies, (o. O.).

Hunter, Benjamin 2017b: Children and the British border. UK policy hurting lone child migrants, in: Cornell Polity Review, 16.5.2017. cornellpolicyreview.com.

Inspection Générale de Police Nationale / Inspection Générale de l'Administration / Inspection Générale de la Gendarmerie Nationale 2017: Evaluation de l'action des forces de l'ordre à Calais et dans le Dunkerquoise, statewatch.org.

Kilroy, Charlotte 2016: Aus dem 'Dschungel' ins Königreich. Die Minderjährigen von Calais, in: Republikanischer Anwaltsverein: Infobriefe, Sonderbrief Rassismus und Recht.

King, Natasha 2016: No borders. The politics of immigration control and resistance, London.

King, Natasha 2017: Law in the Jungle. The ultimate ‘outsider’ space, the Jungle refugee camp in Calais became its own society, the no-borders idea made real, Aeon-Essays, aeon.co.

Khamis, Hammed 2016: „I am not animal“. Die Schande von Calais, Berlin.

Lambert, Léopold 2016a: Police, Fences, and Containers. A Photographic Report from Calais’ “Jungle”, in: The Funambulist, thefunambulist.net.

Lambert, Léopold 2016b: Report from Calais and Grande-Synthe. Two political architectures of (in)hospitality, in: The Funambulist, thefunambulist.net.

Lequette, Samuel / le Vergos, Delphine 2016: Décamper. De Lampedusa à Calais, un livre de textes et d’images & un disque pour parler d’une terre sans accueil, Paris.

Mandel, Lisa / Bouagga, Yasemine 2017: Les nouvelles de la jungle (de Calais), Brüssel.

Mendel, Gideon 2017: Dzhangal, London.

Mayer, Séverine 2017: Calais, frontière des espoirs. Ou l’Humanité Au Rabais.

Møller Hansen, Katrine 2015: Narrating ‘The Marginalizes’. Critical Reflections on Giving Voice, educatingwithoutborders.files.wordpress.com.

Monsutti, Alessandro 2015: “Let’s go to England!”: Multiple Facets of the Jungle of Calais, iwmm.at.

Müller, Thomas 2017: Raum und Grenze des Jungle von Calais. Eine politisch-geographische Skizze, in: Frickers, Andreas / Haude, Rüdiger / Krebs, Stefan / Tschacher, Werner (Hrsg.): „Jeux sans frontières“? Grenzgänge (in) der Geschichtswissenschaft, Bielefeld, S. 89–102.

Mörsch, Stefan 2016: Der Jungle von Calais, in: Barboza, Amalia et al. (Hrsg.): Räume des Ankommens. Topographische Perspektiven auf Migration und Flucht, Bielefeld, S. 207–216.

Literatur

No Border 2015: Des No Border sans frontière, in: *Plein droit* Nr. 104, S. 3–8.

Non, Amy [pseud.] 2015: *Calais, Calais*, eyfa.dysnomia.ecobytes.net.

Oeschger, Christoph 2017: *They've made us to ghosts*, Zürich.

Pendry, Elizabeth/UK Border Agency: *United Kindom Annual Policy Report 2010*, Prepared for the European Migration Network, ec.europa.eu.

Pette, Mathilde 2015: Les associations dans l'impasse humanitaire, in: *Plein droit*, Nr. 104, S. 22–26.

Popoola, Olumide / Holmes, Annie 2016: *Breach*, London.

Puri, Pooja 2017: *The Jungle. Imagine a world with no borders*, Edinburgh.

Rault-Verprey, Claudie 2015: Dix ans de Lutte á Cherbourg, in: *Plein droit*, Nr. 104, S. 14–17.

Refugee Rights Data Project (Hrsg.) 2016a: *The Long Wait. Filling data gaps relating to refugees and displaced people in the Calais camp*, refugee-rights.org.uk.

Refugee Rights Data Project (Hrsg.) 2016b: *Unsafe borderlands. Filling data gaps relating to women in the Calais camp*, refugeerights.org.uk.

Refugee Rights Data Project (Hrsg.) 2016c: *The "other" camp. Filling data gaps relating to refugees and displaced people in Dunkirk*, refugeerights.org.uk.

Refugee Rights Data Project (Hrsg.) 2016d: *The unknown knowns. Observations from small informal refugee camps in Northern France*, refugee-rights.org.uk.

Refugee Rights Data Project (Hrsg.) 2016e: *Still waiting. Filling additional data gaps relating to the Calais camp*, refugeerights.org.uk.

Refugee Rights Data Project (Hrsg.) 2016f: *Still here. Exploring further dynamics of the Calais Camp, 2016*, refugeerights.org.uk.

Refugee Rights Data Project (Hrsg.) 2017a: Life on the Streets. Data relating to refugees and displaced people in Paris, refugeerights.org.uk.

Refugee Rights Data Project (Hrsg.) 2017b: Six months on. Filling information gaps relating to children and young adults in Northern France following the demolition of the Calais camp, 2017, refugeerights.org.uk.

Refugee Rights Data Project (Hrsg.) 2017c: Twelve months on. Filling information gaps relating to refugees and displaced people in Northern France a year on from the demolition of the Calais camp, refugeerights.org.uk.

Refugee Rights Data Project (Hrsg.) 2017d: In dangerous transit. Filling information gaps relating to refugees and displaced people in Ventimiglia, Italy, refugeerights.org.uk.

Rudd, Amber 2016: Statement on Calais. Home Secretary's statement on the transfer of unaccompanied minors from Calais camp (oral statement to Parliament), gov.uk.

Sabéran, Haydée 2012: Ceux qui passent, Paris.

Sabéran, Haydée 2018: "CRS à Calais, je sais que ça ne sert à rien", in: *ebdo* 2/2018 v. 19.1.2018, S. 94ff.

Safe Passage 2016: Calais demolition report, safepassage.org.uk.

Safe Passage 2017: Family Reunification from France to the UK: Dublin III and the Home Office Expedited Process, June 2017.

Tazzioli, Martina 2017: Calais after the jungle: migrant dispersal and the expulsion of humanitarianism, opendemocracy.net.

Torondel, Laon et al. 2017: État des lieux sur les destructions des abris des migrants à Calais, hrsg. v. L'Auberge des Migrants, laubergedesmigrants.fr.

UNICEF France 2016: Neither safe nor sound. Unaccompanied children on the coastline of the English Channel and the North Sea, unicef.org.

Literatur

Utopia 56 2017: Utopia 56 is leaving the Paris Humanitarian Centre, utopia56.com.

Wannesson, Philippe 2015: Une Europe des jungles, in: Plein droit, Nr. 104, März 2015, S. 18–21.

Watch the borders 2015: Calais new Ghetto, new fences, a traffic jam and more..., watchtheborders.wordpress.com.

Watch the borders 2016: One more death at Calais border / Clashes over the points of passage and in the 'jungle' / A shooting. watchtheborders.wordpress.com.

Watch the borders 2018: Calais border, news after the summit Macron-May, watchtheborders.wordpress.com.

Waters, Steve 2017: The play about Calais, London.

Wildschut, Henk 2010: Shelter, background, henkwildschut.com.

Wildschut, Henk 2017: Ville de Calais, Amsterdam.

Yaghmaian, Belzud 2017: Life after the Jungle – the route that will not close, newsdeeply.com.

Zwischenstaatliche Erklärungen und Vereinbarungen (chronologisch)

Treaty of Canterbury: Treaty between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic Concerning the Construction and Operation by Private Concessionaires of a Channel Fixed Link, Treaty Series No. 15 (1992) Cm 1827.

Protocol of Sangatte: Protocol between the Government of the United Kingdom of Great-Britain and Northern Ireland and the Government of the French

Republic Concerning Frontier Controls and Policing, Co-operation in Criminal Justice, Public Safety and Mutual Assistance Relating to the Channel Fixed Link, Sangatte 25.11.1993, Treaty Series No. 70 (1993), Cm 2366.

Additional Protocol to the Sangatte Protocol on the Establishment of Bureaux Responsible for Controls on Persons Travelling by Train between the United Kingdom and France, Brüssel 29.5.2000, Treaty Series No.33 (2002) Cm 5586.

Le Touquet Agreement: Agreement Concerning the Carrying of Service Weapons by French Officers on the Territory of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Le Touquet 4.2.2003, Treaty Series No.28 (2005) Cm 6604.

Evian Summit: French-British Summit of July 6th, 2009. Declaration on Immigration, gisti.org.

London Summit: UK-France Summit 2010 Declaration on Immigration, gov.uk.

Joint Declaration 2014: Bernard Cazeneuve / Theresa May: France/UK/migration, statewatch.org.

Joint Declaration 2015: Bernard Cazeneuve / Theresa May: Migratory Flows in Calais. Joint Ministerial Declaration on UK/French Co-Operation, 20. August 2015, gov.uk.

Joint statement by the governments of France and the United Kingdom, 30. August 2016, gov.uk.

Treaty of Sandhurst: Treaty between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the French Republic Concerning the Reinforcement of Cooperation for the Coordinated Management of their Shared Border, Treaty Series No. 1 (2018) Cm 9568.

Communique: United Kingdom-France Summit, 18. Januar 2018, gov.uk.

Appendix: Protecting our Internal Security, 18. Januar 2018, gov.uk.

Autoren

Thomas Müller ist Politikwissenschaftler und Historiker. Er hat an der Rheinisch-Westfälischen Hochschule Aachen über das Raumkonzept der deutschen Westgrenze promoviert, forscht zur Geschichte und Ideologie von Grenzen und arbeitet heute im Stadtarchiv Aachen.

Uwe Schlüper hat nach seinem wirtschaftswissenschaftlichen Abendstudium eine Diplomarbeit über die Agenda 2010 vorgelegt. Er ist langjähriger Berater zu Asyl-, Aufenthalts- und Sozialrecht an einer Flüchtlingsberatungsstelle in Aachen, die zu den größten in Nordrhein-Westfalen gehört.

Über bordermonitoring.eu e.V.

Der gemeinnützige Verein *bordermonitoring.eu e.V.* wurde 2011 in München gegründet. Im Zentrum der Tätigkeiten des Vereins steht die Auseinandersetzung mit den Politiken, Praktiken und Ereignissen im europäischen Grenzregime und in den Bewegungen der Migration. Zu diesem Zweck kombiniert der Verein wissenschaftliche Forschung, bürgerschaftliches Engagement, kritische Öffentlichkeitsarbeit und konkrete Unterstützung für Flüchtlinge und Migrant_innen. Der Verein leistet damit einen Beitrag zur Veränderung der Realität an den Grenzen und ihrer Konsequenzen für die Gesellschaften in Europa.

Unterstützen Sie die Arbeit des Vereins!

Die Arbeit des Vereins finanziert sich im Wesentlichen aus Spenden und Fördermitgliedschaften. Aufgrund unserer Gemeinnützigkeit sind Spenden und Fördermitgliedsbeiträge steuerlich absetzbar.

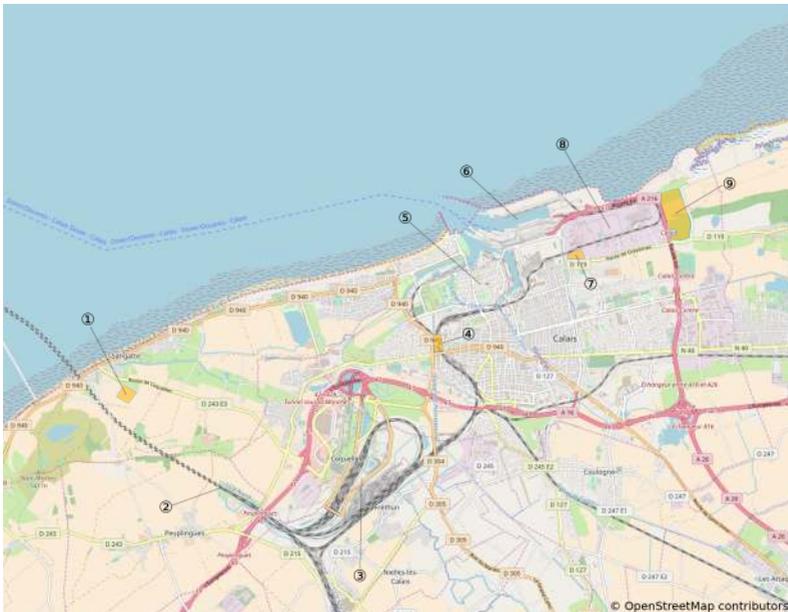
Fördermitglieder erhalten alle unsere gedruckten Berichte kostenlos per Post.

Informationen zur Fördermitgliedschaft und unserem Spendenkonto finden Sie auf unserer Website: www.bordermonitoring.eu.

Zwischen Frankreich und Großbritannien hat sich ein rigides Grenzregime innerhalb der EU entwickelt, das so sonst nur an den EU-Außengrenzen zu finden ist. Die Hafenstadt Calais bildet das Zentrum dieses Grenzregimes, ist aber zugleich Transit- und Lebensort von Migrant_innen auf ihrem Weg nach Großbritannien.

Seit Langem bilden sich dort informelle Camps – die Jungles –, die in den 2000er Jahren zu komplexen multiethnischen Siedlungen anwuchsen und zuletzt zu einer urbanen Siedlung mit über zehntausend Bewohner_innen wurden. Calais wurde zu einem viel beachteten Laboratorium für migrantisch-solidarische und zivilgesellschaftliche Politik und Kultur, aber auch für die technische, polizeiliche und symbolische Aufrüstung der Grenze.

Der vorliegende Band beschreibt die Dynamiken dieser Entwicklung von den 1980er Jahren bis zur Zerstörung des größten Jungle im Herbst 2016, der Rückkehr der Migrant_innen nach Calais im Jahr 2017 und der Neujustierung des Grenzregimes durch den britisch-französischen Vertrag von Sandhurst im Januar 2018.



- Legende: ① Lager Sangatte ② Tunnelleinfahrt ③ Betriebsgelände Kanaltunnel
④ Squat Galloo ⑤ Zentrum ④ Hafen
⑤ Bois Dubrulle ⑥ Zone Industrielle des Dunes ⑥ New jungle

